

8 Dringlichkeitsanträge

8.1 Sportwetten endlich als Glücksspiel einstufen (GR Simon Gostentschnigg, KPÖ)

GR Gostentschnigg:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer im Livestream und auf der Galerie. Ich darf heute ein Thema in den Gemeinderat einbringen, über das viele von Ihnen, viele von uns, vielleicht noch gar nicht so intensiv nachgedacht haben bislang. Es geht um das Thema Sportwetten. Viele kennen das Thema Sportwetten sehr wahrscheinlich aus dem Besuch im Fußballstadion oder, wenn man ein sportliches Großereignis im Fernsehen verfolgt. Wer in letzter Zeit einmal dort anwesend war wird wissen, Sportwetten und deren Anbieter sind omnipräsent. Die Werbung ist exzessiv, die Einstiegshürden sind quasi nicht existent und mit dem breiten Angebot an Onlinesportwetten steht dieses Angebot quasi rund um die Uhr sieben Tage die Woche zur Verfügung. Jetzt könnten man sagen ja, und wo ist das Problem? Ist völlig richtig. Für die meisten Leute, ich weiß nicht wer von Ihnen gerne ins Stadion geht, gehört der Tipp vor dem Kick irgendwie zur lieb gewonnenen Matchtagesroutine und viele Leute wetten ja genau so, nämlich gelegentlich mit geringen Einsätzen. Dagegen ist prinzipiell genau gar nichts einzuwenden. Was allerdings hierzulande eigentlich unbekannt ist, worüber auch kaum gesprochen wird, ist der Umstand, Sportwetten sind nicht als Glücksspiel, sondern als Geschicklichkeitsspiel eingestuft. Jetzt könnte man sich die Frage stellen ist das sinnvoll? Ein Blick in Nachbarländer, nämlich in alle anderen EU-Länder zeigt, die meisten Staaten sehen das anders. Wir nehmen da nämlich als Österreich EU-weit eine Sonderrolle ein. In sämtlichen anderen EU-Staaten sind Sportwetten Glücksspiel, bei uns sind sie es nicht. Warum ist das an sich ein Problem? Das führt natürlich auch zu einer grundsätzlich anderen Beurteilung und anderen Rahmenbedingungen, was Einschränkungen von zum Beispiel Werbemaßnahmen angeht, was Maßnahmen zum

Spielerinnen- und Spielerschutz angeht usw. Und, das muss man auch dazu sagen, es hat recht gewaltige steuerliche Vorteile für die Anbieter. Glücksspiel wird nämlich ganz anders besteuert, weil in dem Fall Sportwetten formal ein Geschicklichkeitsspiel sind. Vielleicht noch ein paar Zahlen um zu untermauern warum das eine Thematik ist, warum man einmal genauer hinschauen sollte. Wir haben es mittlerweile in Österreich mit der Situation zu tun, dass bereits rund 100.000 Personen als wettsuchtgefährdet gelten. Die Sportwette hat nach dem Automatenglücksspiel das höchste Gefährdungspotenzial was ein krankhaftes Spielverhalten angeht und während niemand auf die Idee kommen würde zu argumentieren, dass AutomatenSpiel, Geschicklichkeitsspiel, oder in irgendeiner Form harmlos ist, so ist es bei den Sportwetten in der allgemeinen Wahrnehmung gänzlich anders. Ich würde dafür argumentieren, dass Sportwetten endlich als das eingestuft werden was sie sind, nämlich Glücksspiel, weil selbst mit intensivster Recherche ist es nicht möglich im Vorhinein seriös Aussage darüber zu treffen wie ein Spiel ausgehen wird. Man kann Wahrscheinlichkeiten abwägen, aber wissen kann man es nicht, entsprechend kann es keine Geschicklichkeit sein die dieser Wettentscheidung zugrunde liegt. Ich plädiere dafür, eben, und deswegen die Petition an den Bundesgesetzgeber Sportwetten auch in das Glücksspielgesetz einzuordnen, was einhergeht, einfach mit wichtigen Maßnahmen zum Spielerinnen- und Spielerschutz. Dass es eben nicht passiert, was bereits bei vielen Spielsüchtigen, auch Sportwetten-Süchtige, der Fall ist, dass die eigene Existenz zugrunde geht und die Existenz von nahen Angehörigen, teilweise auch von Freundinnen und Freunden, usw. Ja, ich hoffe, ich habe das halbwegs gut vorgebracht, warum das in meinen Augen sinnvoll wäre. Ich hoffe natürlich auf breite Zustimmung und würde mich über die eine oder andere Debatteneinlage sehr freuen. Dankeschön.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Begeisterung für Sport und Sportereignisse ist vielen Menschen ein wohlbekanntes Gefühl. Wer jemals in ein Stadion von innen gesehen bzw. einen sportlichen Wettkampf

im Fernsehen verfolgt hat, weiß: Sportwetten und ihre Anbieter sind allgegenwärtig. Ein Tipp für den Herzensverein vorm Kick am Wochenende gehört für viele zur lieb gewonnenen Matchtag-Routine, die Spannung und Nervenkitzel weiter steigern.

Bei immer mehr Menschen bleibt es aber nicht beim harmlosen Gelegenheitstipp. Die Anzahl an Menschen, die süchtig nach Sportwetten sind, steigt stark. Rund 100.000 Personen in Österreich gelten mittlerweile als wettsuchtgefährdet. Vor allem junge Männer und Menschen, die selbst Sport betreiben (v.a. Fußball) und in Vereinen aktiv sind, haben ein massiv erhöhtes Risiko, ein pathologisches Spielverhalten zu entwickeln – und damit ihre eigene Existenz und die ihrer Angehörigen zu vernichten.

Dies verwundert angesichts der Rahmenbedingungen nicht: Der Zugang zu Sportwetten ist niederschwellig, die Werbung allgegenwärtig, die Einstiegsangebote verlockend. Der Grund dafür: Im Gegensatz zu allen (!) anderen EU-Staaten gelten Sportwetten in Österreich nicht als Glücksspiel, sondern werden als Geschicklichkeitsspiel eingestuft. Sportwetten sind demnach nicht dem Glücksspielgesetz unterworfen, weshalb es neben erheblichen steuerlichen Vorteilen für die Anbieter keine ausreichenden Maßnahmen und Regelungen zum Spielerschutz und zur Prävention von Spielsucht gibt. Auch hinsichtlich der Werbemaßnahmen gibt es in Österreich – anders als in anderen Ländern – kaum Einschränkungen. Die Konsequenzen dieser äußerst fragwürdigen Einstufung von Sportwetten lassen sich in den Spielsucht-Statistiken ablesen: Die Anzahl der Betroffenen hat sich in den letzten sechs Jahren mehr als vervierfacht!

Aus wissenschaftlichen Untersuchungen ist bekannt, dass Sportwetten nach dem Automatenglücksspiel das höchste Suchtpotential aufweisen. Klar ist auch: Selbst bei akribischster Recherchearbeit vor einer Sportwette ist es unmöglich, den Spielausgang vorherzusagen. Entsprechend ist eine Einstufung als Geschicklichkeitsspiel nicht seriös argumentierbar.

Hinter Sportwetten stehen äußerst finanzkräftige Anbieter mit guten Lobbys. Ihr Geschäftsmodell beruht darauf, Menschen zum Wetten zu verleiten und sie längerfristig zu binden. Die extrem hohen Umsätze und Gewinne der Branche zeigen, wie gut dieses Modell funktioniert – und die Erfahrungen der Einrichtungen, die von Glücksspielsucht Betroffenen helfen, belegen, wie schädlich dieses Modell für die Gesellschaft ist.

Entsprechend ist der Bundesgesetzgeber gefordert, Gemeinwohl- vor Profitinteressen zu stellen und hinsichtlich der Einstufung von Glücksspiel nachzubessern.

Sportwetten sind Glücksspiel und gehören deshalb als solches behandelt!

Daher stelle ich namens KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Bundesgesetzgeber wird auf dem Petitionsweg ersucht, Sportwetten als Glücksspiel einzustufen und entsprechend in das Glücksspielgesetz aufzunehmen.

Die Dringlichkeit ist mehrheitlich angenommen (gegen KFG, FPÖ, Lohr).

Zum Antrag: keine Wortmeldung

GR **Gostentschnigg** (Schlusswort):

Das war flott. Ich sage danke für die zahlreiche Zustimmung die sich abzeichnet und ich freue mich gleich, dass ich jetzt die Hand haben darf. Dankeschön.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG, FPÖ, Lohr).

GRin CO Gmeinbauer befangen

8.2 Ein Zeichen der Solidarität mit den Menschen **(GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Claudia Unger, ÖVP)**

GRⁱⁿ Drⁱⁿ Unger:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin. Wir hatten das Thema heute eigentlich schon in der Fragestunde. Ich darf es hier noch einmal mit Vehemenz auf den Tisch bringen und möchte auf ein paar Punkte besonders eingehen, die wir unter Solidarität mit Israel verstehen. Vorab, der Staat Israel, das ist glaube ich Konsens und das wissen wir alle, ist nach dem 2. Weltkrieg mit internationaler Hilfe gegründet worden, um einen sicheren Ort für Juden und Jüdinnen zu schaffen, die in den Jahren 1938 bis 1945, vor allem in Österreich und Deutschland, aber auch darüber hinaus, verfolgt und ermordet worden sind. Dass es in den 70 Jahren dieser Geschichte mit dieser Region des Nahen Ostens schwierige Situationen, viele Konflikte und auch im Kontext des Zusammenlebens von Palästinensern und Israelis große Konflikte gegeben hat ist evident, das wissen wir und auch Israel hat ja selbstverständlich Verantwortung wahrzunehmen, etwas, was auch international natürlich steht, thematisiert werden muss. Der Konflikt ist komplex und mit großer Verantwortung schuld, Bemühungen aber auch entsprechend verbunden auf beiden Seiten, das vorab. In meinem Antrag geht es allerdings um etwas Anderes. Es geht darum, dass am 7. Oktober in Israel tausende Menschen, vor allem Juden und Jüdinnen, aber nicht nur, das möchte ich betonen, umgebracht worden sind von einer Terrororganisation, weil sie in diesem Land leben und zum Großteil auch, weil sie Juden und Jüdinnen sind, denn die Hamas bekräftigt bei vielen Gelegenheiten, dass der Staat Israel ausgelöscht gehört und eben auch die jüdische Bevölkerung. Das war ein beispielloser Terrorakt und viele Länder, Organisationen und Städte haben das scharf verurteilt und haben auch ein sichtbares Zeichen gesetzt, indem sie die israelische Flagge gehisst haben. In Graz ist das Ringen um diese klaren Zeichen offensichtlich schwierig, denn die Beleuchtung in blau-weiß darf, glaube ich, zumindest ist das meine Wahrnehmung, als eher mangelhafte Geste verstanden werden. Sie ist nicht besonders eindrucksvoll und, glaube ich, nicht ein starkes Zeichen. Dabei sollte es gerade in einer Stadt wie unserer,

wo wir ein UNESCO-Trainingszentrum für Menschenrechte, einen Menschenrechtsbeirat, ein Friedensbüro und viele andere Organisationen mehr haben, ganz selbstverständlich sein, dass wir einen solchen Akt ganz klar verurteilen und scharf Protest üben. Damit zusammenhängend möchte ich darauf hinweisen, dass wir andere Gelegenheiten sehr wohl wahrnehmen und die stehen jetzt wieder auf dem Prüfstand, nämlich was unsere Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit anlangt. Am 1. November, am 8. November, am 27. Jänner, wir werden hier einerseits gedenken am Zentralfriedhof, auf der anderen Seite in der Synagoge gedenken und auch der Befreiung von Auschwitz gedenken. Bei all diesen Gelegenheiten sagen wir, das darf nie wieder passieren. Und wenn wir damit ernstgenommen werden wollen, dann müssen wir auch Signale setzen. Erklärungen und Petitionen sind wichtig, aber es bedarf eines ganz klaren Zeichens nach außen, denn auch in Graz hat eine Synagoge gebrannt. Auch hier gibt es ein Lager Liebenau. Und wenn wir Geld für einen sehr interessierten, aber doch nicht professionellen Archäologen im Lager-Liebenau-Areal haben, wie es die Koalition ja auch hat, dann müssen wir bitte auch bei anderen Sachen den Mumm haben entsprechend stark aufzutreten. Nie mehr heißt Solidarität mit Israel, genau aus dem Grund, dass wir die eigene Geschichte verstanden haben, dass wir beherzigen was Juden und Jüdinnen einst passiert ist, aber auch jetzt. Wir nehmen damit ernst, dass Menschen aufgrund ihrer Religion bedroht und verfolgt werden. Hier und dort. Wir haben eine Verantwortung und vor allem auch deshalb, weil wir den Terror auf das Schärfste verurteilen. Und die Hamas ist eine Terrororganisation. Das ist unbestritten. Wie gesagt, verfolgt sie die Auslöschung des Staates Israels und wir haben dagegen auch aufzutreten, weil es leider auch in Europa Sympathisanten und Sympathisantinnen gibt, ich darf nur drei Organisationen nennen, die da immer wieder in höchst fragwürdige Erscheinung treten. Auf der einen Seite ist das der BDS, die Palästina Solidarität Österreich deren Homepage ja von der AIK, der Antiimperialistischen Koordination betrieben wird. Wir haben vor 1 ½ Jahren genau diese Organisation schon einmal zum Thema gehabt, in einem anderen Zusammenhang, und wir alle wissen, dass manche die AIK sehr gut kennen und auch persönlich kennen und nutzen und ein nächstes Unternehmen, dass hier

beschäftigt, ich sag Samidoun. Wir haben in Wien und in anderen Städten Parolen gehört, dass Israel sterben soll, „Free Palestine from the river to the sea“ ist auch eine Parole, die nicht ganz unweit, zum Beispiel in Wien, aber auch in Berlin, gefallen ist und es hat verschiedenste Angriffe auch in den letzten Tagen gegeben. In Wien sind auf dem nach Hause Weg von einer Solidaritätsbekundung nach dem Terroranschlag die Leute dazu aufgerufen worden sich ruhig zu verhalten und unter anderem die israelische Flagge lieber zu verstecken. Und wenn das in Österreich möglich und notwendig ist, sollten wir die Flagge anstatt Graz ganz klar zeigen. Und aus diesem Grund darf ich folgenden

Antrag

stellen: Frau Bürgermeisterin veranlasst so rasch wie möglich, dass am Rathaus eine israelische Flagge zum Zeichen der Solidarität mit den Opfern des Terroranschlags der Hamas gehisst wird, und verbindet diese Geste mit der klaren Aussage, dass Aktivitäten von in Graz lebenden Menschen, die mit dieser Terrororganisation oder entsprechenden Vorfeldorganisationen sympathisieren, verurteilt und sanktioniert werden. Ich bitte um Annahme. Danke.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Israel steht seit dem 7. Oktober im Mittelpunkt des weltpolitischen Interesses. Überall haben die bestialischen Terrorangriffe der Hamas Entsetzen und Mitgefühl mit den Opfern ausgelöst. Viele Städte, Länder und Organisationen haben nicht nur dringend dazu aufgerufen, dieses Morden zu beenden und Friedensverhandlungen anzustreben, sondern auch ein sichtbares Zeichen durch Hissen der israelischen Flagge gegeben.

In Graz ist das Ringen um klare Zeichen offensichtlich schwierig. Bis gestern war der Uhrturm noch in pinkes Licht getaucht, die angekündigte Beleuchtung in Weiß und Blau darf also getrost als mangelhafte Geste bezeichnet werden. Dabei sollte es gerade in einer Stadt der Menschenrechte, in der es Einrichtungen wie das UNESCO Trainingscenter for Human Rights und ein Friedensbüro gibt, selbstverständlich sein, dass ein solcher Akt der Grausamkeit eines klaren und starken Protests bedarf.

Graz hat vielleicht keine weltpolitische Bedeutung, aber die Geste, eine israelische Flagge zu hissen, bedeutet mehr als ein Einstimmen in den riesigen Chor jener, die sich weltweit zu Recht über die Hamas und ihre Gräueltaten empören.

Es ist ein Zeichen dafür, dass uns die Geschichte der Juden und Jüdinnen, vor allem im 20. Jahrhundert bewusst ist – hier wie dort. Es ist ein Zeichen dafür, dass unsere Stadt solidarisch ist mit jüdischen Menschen, die nach wie vor aufgrund ihrer Religion bedroht und verfolgt werden – hier und dort. Und es ist ein Zeichen dafür, dass Graz Terror auf das Schärfste verurteilt.

Es heißt nicht, dass wir uns des Konflikts in der Region seit der Staatsgründung Israels nicht bewusst wären. Dieser ist komplex und mit großer Verantwortung, Schuld, Bemühungen und Konflikten auf beiden Seiten, Palästinas und Israels, verbunden. Das schwierige Leben der Palästinenser:innen und ihre berechtigten Forderungen sollen damit nicht geringgeschätzt werden. Die jahrzehntelangen Friedensbemühungen und die schwierige Situation für Zivilbevölkerung auf beiden Seiten sind uns bewusst.

Die Hamas ist allerdings eine Terrororganisation, die die Auslöschung des Staates Israel anstrebt. Dagegen vehement aufzutreten, ist aus meiner Sicht unabdingbar, zumal erschreckend viele Sympathisant:innen auch in Europa, Österreich und vielleicht auch in Graz fragwürdige Botschaften und Zeichen setzen: BDS, Palästina Solidarität Österreich, deren Homepage von der AIK, der Antiimperialischen Koordination betrieben wird, und Samidoun sind nur drei Organisationen, von denen wir uns alle als Personen und Parteien distanzieren müssen. Kundgebungen wie jene in Wien, bei denen Parolen wie „Marg bar Israel/ Tod Israel“ oder „Free Palestine from the river tot he sea“, ein Code für die Vernichtung Israels, gerufen werden, schockieren doppelt, wenn man weiß, dass TeilnehmerInnen einer Solidaritätskundgebung für Israel zu erhöhter Vorsicht aufgerufen wurden, unter anderem dazu, israelische Fahnen auf dem Heimweg zu verstecken. Aus diesem Grund sollten wir sie zeigen.

Ich stelle deshalb namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

Dringlichen Antrag:

Bürgermeisterin Elke Kahr wird aufgefordert, so rasch wie möglich zu veranlassen, dass am Rathaus die israelische Flagge zum Zeichen der Solidarität mit den Opfern des Terroranschlags der Hamas gehisst wird, und diese Geste mit der klaren Aussage zu verbinden, dass Aktivitäten von in Graz lebenden Menschen und Vereinigungen, die mit dieser Terrororganisation oder entsprechenden Vorfeldorganisationen sympathisieren, verurteilt und, sofern keine entsprechenden gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen seitens der Stadt bestehen, sanktioniert werden (wie z.B. Förderungen zu versagen).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR Pointner:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Antragstellerin. Natürlich unterstützen wir den dringlichen Antrag der ÖVP aus vollster Überzeugung und wir erwarten uns auch, dass er eine Mehrheit findet. Die Flagge, wie ich schon vorher gesagt und auch präsentiert habe, ist ein deutlich wahrnehmendes Zeichen, ein Zeichen und daher wichtig, ein Zeichen gegen Antisemitismus. Ich möchte noch einmal kurz zurückkommen auf den Vorschlag Menschenrechtsbeirat, von der Frau Bürgermeisterin. Ich habe sehr wohl zugehört, aber ich glaube, dass da der Beirat das falsche Gremium ist. Denn wirksame Maßnahmen gegen den Antisemitismus brauchen eine wohl begründete und auch finanzielle Absicherung im Magistrat. Der Kontakt zu den Behörden ist wichtig, wie man bei der letzten Demonstration gesehen hat, die wegen Gefährdung der Sicherheit verboten wurde, verboten werden hat müssen. Das können Menschen im Beirat nicht handeln, weder Politiker, noch Professoren, das ist nicht böse gemeint, das müssen Profis im Haus Graz machen. Deshalb brauchen wir eine Arbeitsgruppe. Und wer die Stellungnahme von der Jüdischen Gemeinde zur Personalie Professor Benedek gelesen

hat, diese Personalie wird von der Jüdischen Gemeinde abgelehnt. Da denke ich schon, dass der Vorschlag Menschenrechtsbeirat auf sehr dünnen Füßen steht. Wir gießen jetzt nicht weiter Öl ins Feuer. Aber es wäre sehr gut, wenn die Arbeitsgruppe doch aufgenommen wird und nochmals vollinhaltliche Zustimmung zum Antrag.

GR Ammerer:

Werte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen.

Samstag, der siebente Oktober 2023. Ein schwarzer Tag.

Im Morgengrauen schneiden mehr als 1000 Hamas Terroristen Löcher in die Grenzzäune im Süden Israels und infiltrieren israelisches Staatsgebiet. Was folgt, ist an Grauen kaum vorstellbar. Die Terroristen gehen in den Kibbuz von Haustüre zu Haustüre. Morden. Vergewaltigen. Foltern. Löschen ganze Familien aus, ermorden Kinder in ihren Betten. Köpfen, verbrennen Säuglinge.

Sie ermorden auch Holocaust-Überlebende.

Sie dringen auf das Gelände des Supernova-Psytrance Festivals und richten ein Blutbad mit hunderten Toten an.

Am Ende des Tages haben sie mehr als 1000 unschuldige Menschen ermordet in einem Akt purer Barbarei.

Wir sprechen vom größten und tödlichsten Pogrom seit 1945.

An keinem einzigen Tag seit dem Holocaust wurden so viele Juden und Jüdinnen ermordet wie an diesem.

Wir sind außer uns vor Trauer und stehen angesichts dieses Massakers in Solidarität mit Israel gegen Terrorismus. Es gibt keine Rechtfertigung dafür.

Am Dienstag erhielt ich eine E-Mail von Sacha Roytman, dem Vorsitzenden der Combat Antisemitism Movement. Er schrieb mir aus einem Luftschutzbunker in Tel Aviv, in den er sich mit seinen Kindern geflüchtet hatte. Er schrieb von Michal Harav, aus dem Kibbuz Nirim. Als Hamas Terroristen an die Tür ihres Safe-Rooms hämmerten, drückte sie ihren Kindern mit den Worten "Was auch immer durch die

Tür kommt: Wir kämpfen“ - Pfeffersprays und Stangen in die Hand. Glücklicherweise haben sie überlebt.

Er schrieb auch vom Kibbuz Nahal Oz, wo zwei Schwestern, Dafna, 15 und Ella, 12, entführt wurden. Ihre Mutter Maaya fürchtet um ihr Leben.

Dass dieses Verbrechen eine militärische Reaktion nach sich ziehen wird, lag auf der Hand. Kein Staat in der ganzen Welt kann einen solchen Angriff hinnehmen. Und wie jeder andere Staat hat Israel das Recht auf Selbstverteidigung. Die Hamas wusste das und entschied sich das Leid eines Krieges über die Zivilbevölkerung in Gaza zu bringen. Dem nicht genug, nutzt sie Zivilist:innen als menschliche Schutzschilde. Hindert sie mit Gewalt an der Flucht und bringt noch mehr Leid über die Menschen in Gaza. Wer den Menschen in Gaza Freiheit wünscht, der muss für Ihre Befreiung vor der faschistischen Hamas eintreten.

Die Gräueltaten vom 07. Oktober waren leider auch der Beginn von weltweiten Angriffen auf Juden und Jüdinnen.

Seit gestern gilt hier in Österreich eine erhöhte Terrorwarnstufe.

Am Tag des Massakers selbst veranstalteten Hamas-Verehrer:innen Freudentänze vor unserem Bundeskanzleramt.

In Berlin wurden zwei Synagogen angegriffen, eine davon mit Molotow-Cocktails.

In Tunesien wurde gestern eine Synagoge bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

In Wien wurde einem koscheren Fleischer die Scheibe eingeschlagen.

In Berlin werden die Wohnhäuser von Juden und Jüdinnen mit Davidsternen markiert als Ziele.

Was sich hier zeigt ist nicht weniger als die hässliche Fratze antisemitischen Vernichtungswahns. Dem gilt es sich mit aller Kraft und Entschiedenheit des Rechtsstaats und der Politik entgegen zu stellen. Das Hissen der Israel-Flagge ist auch in diesem Kontext zu verstehen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen:

Es ist 2023. Und es brennen wieder Synagogen.

Dem werden wir entschieden entgegenstellen.

Denn nebst anderen hat die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock sehr treffend gesagt:

“Nie wieder” - ist jetzt.

StR Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Gemeinderat, liebe Gäste via Livestream.

Ich glaube wir sind uns alle einig und es ist von den Vorreden schon wirklich eindrucksvoll unterstrichen worden. Diese fürchterlichen barbarischen

Terroranschläge der letzten Woche der Hamas an Israel sind an Unmenschlichkeit nicht zu überbieten. So viele Kinder, so viele Jugendliche, so viele Familien, so viele Menschen wurden bestialisch ermordet aufgrund ihrer Herkunft und aufgrund ihrer Religion. Und der Karl Dreisiebner hat es in der Stadtregierungssitzung vergangenen Freitag sehr gut auf den Punkt gebracht. Wir reden von fürchterlichen

Terroranschlägen, aber in Wirklichkeit ist es ein Genozid, ein Völkermord, in einer Dimension, was ist eigentlich in meinem bisherigen Leben noch nicht erleben musste.

Als Menschenrechtsstadt haben wir die Verantwortung, dass wir ein ganz klares Zeichen setzen. Und wir haben einige Zeichen gesetzt, aber sie genügen nicht. Wir haben eine Erklärung verabschiedet, Gott sei Dank einstimmig. Wir haben den Uhrturm und das Rathaus beleuchtet, aber bei der Fahne hat es leider keine Einigkeit gegeben. Und die KPÖ hat vergangenen Freitag und auch heute signalisiert, dass sie nicht mitgehen kann. Zuerst mit Argumenten, die ich nicht nachvollziehen konnte, quasi eine Fahne ist im Supermarkt nicht zu besorgen. Mir war es wichtig, dass wir dann eine Fahne auch finden, die habe ich aufgetrieben gehabt. Dann hat Robert Krotzer gesagt, es wäre sinnvoll eine schwarze Fahne aufzuhängen. Aus unserer Sicht kein klares Zeichen. Und am Schluss der Diskussion, und das hat mich schon teilweise erschüttert, habe ich dann auch den eigentlichen Grund der kommunistischen Partei gehört. Die Begründung von dir, liebe Frau Bürgermeisterin, war, lieber Kurt, also das ist sinngemäß. Lieber Kurt, die Mehrheit der Bevölkerung will das nicht, dass diese Fahne aufgehängt wird. Und da bin ich wirklich ganz anderer Meinung Frau

Bürgermeisterin. Gerade wenn es um Minderheiten geht dürfen wir uns nicht von der Mehrheitsmeinung treiben lassen. Ich bin wirklich ganz anderer Meinung, gerade wenn es um jüdisches Leben geht müssen wir voll hinter den jüdischen Vertreterinnen und Vertretern stehen. Das ist mir ganz, ganz wichtig an dieser Stelle. Und ich möchte auch einige Beispiele bringen. Es haben wirklich ganz viele Städte in Europa und darüber hinaus die Fahne auch als klares Signal aufgehängt. Ich habe jetzt nur einige Städte gegoogelt. Wien, Klagenfurt, Augsburg, Darmstadt, Linz, Berlin, Karlsruhe, Ulm. Also meine Bitte ist wirklich, dass wir heute mit größtmöglicher Mehrheit dieses solidarische Signal setzen und ich möchte auch noch beim Philipp Pointner ansetzen, der in der Fragestunde auch einen guten Vorschlag gemacht hat, auch wenn wir in der letzten Periode nicht mit dabei waren. Wir werden mit dabei sein, dass wir einen ständigen Ausschuss oder ein Arbeitsgremium einberufen, dass wir wirklich ständig gegen Antisemitismus auftreten. Das ist, glaube ich, wichtiger denn je und ich bitte jetzt um eine breite Zustimmung. Danke.

GR Zirngast:

Liebe Frau Bürgermeisterin, geschätzte Stadtregierung, geschätzte Kolleg:innen, liebe Zuseher:innen! Die terroristischen Massaker der Hamas, der wahllose Massenmord an Jüdinnen und Juden sind in ihrer Grausamkeit kaum begreiflich. Mehr noch, sie zielten nicht nur auf das differenzlose Ermorden von Jüd:innen, sondern auch auf die Dokumentation des Horrors. Diese Darstellung zielt auf das Schaffen maximalen Hasses und maximaler Angst ab und somit auf das Zerschlagen jeglicher Hoffnung auf ein zukünftiges friedliches Zusammenleben jüdischer, arabischer und aller anderen Menschen in Freiheit und Gleichheit.

Die Stadt Graz hat sich mit einer gemeinsamen Erklärung der Stadtregierung klar gegen diese barbarischen Attacken gewandt und sich für ein Ende der Gewalt und eine Freilassung der Geiseln ausgesprochen. Auch wird mit der Beleuchtung des Rathauses und des Uhrturmes in blau-weiß, den israelischen Nationalfarben ein Zeichen gesetzt.

Die Trauer und das Mitgefühl mit den Menschen in Israel darf uns aber auch nicht daran hindern, dass Leid der Zivilbevölkerung in Gaza zu sehen, das ja auch im Motiventext von Kollegin Unger benannt ist.

Und dabei können wir uns keineswegs auf die Seite der aktuellen Regierung Israels, angeführt von Benjamin Netanyahu, stellen. Führende israelische Politiker:innen haben sich in einer Weise geäußert, die die Spirale der Gewalt nur weiter vorantreibt. Itamar Ben-Gvir, Minister für Nationale Sicherheit, meinte, dass solange die Hamas die Geiseln nicht freilasse „das Einzige, was nach Gaza muss, Hunderte Tonnen Sprengstoff der Luftwaffe, und nicht ein Gramm humanitärer Hilfe“ sei. Verteidigungsminister Yoav Gallant meinte, dass Israel gegen „menschliche Tiere“ kämpfe und dementsprechend auch handle. Damit rechtfertigte er konkret, dass kein Strom, keine Nahrung, kein Treibstoff nach Gaza kommen solle, ins – wie die ehemalige ÖVP-Außenministerin Ursula Plassnik unlängst im ORF ausgedrückt hatte, „größte Freiluftgefängnis der Welt“. Auch durch die jahrelange Blockade des Gazastreifens ist die Lage katastrophal. Claire Magone, die Generealdirektorin von Ärzte ohne Grenzen Frankreich, schilderte sehr drastisch die Lage in den Krankenhäusern in Gaza und meinte eindringlich: „Das Sterben unter Bomben in Gaza kann nicht die einzige Option sein, die den Menschen bleibt.“

Ich möchte mich hier ganz klar gegen Relativierung und Verharmlosung der Opfer auf der einen Seite und das Aufmessen durch die Opfer auf der anderen Seite verwehren. Eine Kontextualisierung ist keine Rechtfertigung und keine Verharmlosung. Wir müssen uns dem Aufrechnen der Opfer verwehren – unsere Perspektive kann nur die Verständigung der Menschen und der Frieden sein.

Ich möchte aus all den Opfern der Hamas paradigmatisch Hayim Katsmann nennen, der im Kibbuz Holit ermordet und dabei auch noch mehrere Leben rettete, als er seine Nachbarin mit seinem Körper vor den Kugeln schützte und so ihr in weiterer Folge ermöglichte zwei kleine Kinder zu retten. Hayim Katsmann hatte in den USA seinen PhD gemacht und war Friedensaktivist. Seine Doktorarbeit war Ausdruck seiner Friedensarbeit und beschäftigte sich mit „allen Lebensformen zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer“. Er und andere langjährige Friedensaktivist:innen wurden nun zu

Opfern der Hamas. Dennoch betonte sein Bruder Noy, selbst Aktivist der jüdisch-palästinensischen Basisbewegung „Standing Together“, dass Hayims Tod „nicht zur Rechtfertigung von Vergeltung gegen unschuldige Menschen“ dienen solle.

Wir glauben, dass es unsere Aufgabe als Mandatar:innen der Stadt Graz, als Politiker:innen in Österreich nur sein kann, im Sinne von Menschen wie Hayim und Noy Katsmann – aber auch im Sinne von israelischen Menschenrechtsorganisationen und führender israelischer Akademiker:innen – gegen jeden Antisemitismus, Rassismus, gegen Hass und Angst und für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen und das gemeinsame, friedliche Zusammenleben von Araber:innen und Jüd:innen ohne Unterdrückung in Israel und Palästina zu agieren.

In diesem Sinne begrüßen wir alle Initiativen der Stadt Graz für Deeskalation und für ein friedliches, respektvolles Zusammenleben, gegen die Dehumanisierung ganzer Menschengruppen. Und darum meinen wir, dass das Hissen einer Nationalflagge in diesem komplexen Konflikt nicht das richtige Zeichen ist. Danke.

GRⁱⁿ Heinrichs:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren hier und an den Bildschirmen, werte Kollegin Claudia Unger. Sehr weitgehend teile ich bezüglich der Ausformulierungen deines Motiventextes dieselbe Auffassung. Es gibt seitens der KPÖ zwei, wie ich meine, entsprechend deutliche verschriftlichte Stellungnahmen zum äußerst betrüblichen Thema. Ebenso ein gemeinsames Statement aller Fraktionen der Stadt Graz, wie schon gesagt. Du umreißt knapp den komplexen Konflikt sowie nur eines von vielen Beispielen des aktuellen massiven Medienangebots, seit dem 7. Oktober, Das Weltjournal am Mittwoch, voriger Woche, wo alle Facetten der kriegerischen, der mörderischen Geschichte des speziellen Bereichs des Gebietes im Nahen Osten dargestellt wurden. Interessiert man sich für diesen Nahen Osten, dann dürfen allerhand Fragen gestellt werden. Zum Beispiel, wann sind die Akteure, die Player, und mit ihnen zwangsläufig die armen Armen betroffenen und schwer getroffenen Menschen der Zivilgesellschaften falsch abgebogen? Etwa gleich nach dem

Abkommen von Paris, Aufteilung Palästinas? Mit 1920 bereits, als es zu bewaffneten Konflikten zwischen Arabern, britischen Besatzern und der jüdischen bewaffneten Miliz Hagana gekommen ist, etwa nach der sehr verständlichen Gründung Israels, unsere historische Mitverantwortung steht außer Frage und wurde schon mehrmals thematisiert und dem UN-Teilungsplanes von Palästina in zwei Staaten, falsch abgebogen. Wie gesagt, nicht wegen dieser Ideen, sondern wegen dem was sich nicht machen hat lassen. Wie auch immer. Die versprochene Unabhängigkeit der Araber ist nie gekommen. Im Staate Israel seit jeher immer wieder Flammen des Bürgerkriegs. Ungelöste Fragen, fürchterliche Auseinandersetzungen, teuflische Verbrechen, ratlose Historiker, mehr oder weniger planlose Politiker. Schon lange haben die Bemühungen um friedliche Lösungen sich in Luft aufgelöst. Keine Lösungsmöglichkeiten, keine scheinbaren, keine Antworten. Eine Gewissheit haben wir jedenfalls. Wenn es um die Beurteilung dieses aktuellen blindwütigen, doch kaltblütig geplanten Terrorangriffs geht, niemand kann so etwas letztlich verstehen. Denn was hat man geglaubt. Natürlich hat man einkalkuliert, dass daraus nichts Anderes erwächst als ein weiteres sinnloses Hinschlachten von Menschen und kleinsten Menschenkindern. Sinnlosigkeit, wie über die Jahrzehnte davor, und nichts bleibt außer die Erbärmlichkeit eines Bürgerkrieges, grenzenloses Leid und unbändiger Hass. Hissen wir jetzt die Fahne einer der beiden Bürgerkriegsparteien, ist weiterhin nichts erreicht, kein Friede gewonnen. Alle Gesten und Zeichen, die große Weltpolitik hat bis heute im Nahen Osten nichts an nachhaltigem Friedenwerk erreicht. Alle redlichen Bemühungen wurden letztlich eingestellt, wie schon gesagt. Das alles unter Fahnen. Man beginnt bei null. Die Fahne Israels wird hängen, mag sein, dass andere Fahnen geschwungen werden, und dann, welche alten und weiteren Kriege sind für uns beachtenswert? Gibt es wichtige und unwichtige Kriege? Welche Fahnen hissen wir im Falle kommender Kriege nicht? Solche Fragen haben uns unter anderem im Zusammenhang mit dem dringlichen Antrag beschäftigt. Wir denken, dass wir für ein neutrales Fundament Sorge tragen müssen und alle Anstrengungen im Sinne von Friedensbemühungen im neutralen Verhalten an den Tag legen sollten. Auch wenn das gegenwärtig rundum als eine lächerliche Idee angesehen wird, wir betrachten es als den sinnvollen Versuch zu kalmieren. Da mögen

sich die Geister scheiden. Sehr geehrte Damen und Herren, vielleicht ich, als weiblicher Mensch, habe am Sonntag, dem 15.10., im Kurier interessiert gelesen. Timna Brauer sagt in einem Kurier-Interview: „*Ich will die sogenannten Feinde näher kennen lernen und damit verstehen. Das ist Fortsetzung von Voices for Peace*“. Voices for Peace ist ein musikalisches Kunstprojekt Timna Brauers. Timna Brauer kann es sich erlauben so zu sprechen. Bei ihren Anstrengungen und Bemühungen, bei der Geschichte ihrer Familie. Immer, wenn rote Linien, wenn Grenzen überschritten werden aus kriegerischen Gründen, dann darf man sich wehren. Man muss sich verteidigen. Blindwütiges Verbrechen bleibt immer unverstanden. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren vor den Fernsehschirmen oder vor den Computern. Das ist natürlich eine sehr komplexe Thematik, die wir da jetzt im Grazer Gemeinderat zu behandeln haben, und wir haben, ich denke zurecht, darüber zu reden. Vieles was die Vorredner gesagt haben, das kann ich nur doppelt und dick unterstreichen, das von der Kollegin Heinrichs eher weniger, da schwimmt dann schon ein bisschen so eine gewisse Schuldzuweisung an beide Seiten mit, das hat mir nicht so gut geschmeckt. Wir werden, sage ich gleich vorweg, also wenn es eine getrennte Abstimmung gibt, unterschiedlich abstimmen, wir werden also nicht allen Punkten die Zustimmung geben, aber aus anderen Gründen als es die KPÖ tut, da möchte ich mich schon ganz klar da schon vorab distanzieren. Wenn man ein bisschen auf die Genese dieses Antrages eingeht, wie ist es dazu gekommen, dass man überhaupt heute diesen Antrag hier erleben. Da hat es diesen Erklärungsversuch gegeben, der an alle ausgeschickt worden ist, wo ich mich schon ein bisschen geschreckt habe wie ich das gelesen habe.

Also diese Formulierungen waren wirklich, buuuuh, die haben mir, muss ich sagen, sehr sauer aufgestoßen. Ich habe dann darauf auch reagiert, auch aus persönlichen Gründen heraus, also weil ich zu zwei Menschen, die Doppelstaatsbürger sind, also der eine israelisch-deutsch, die andere österreichisch-israelisch, da habe ich mir einfach

gedacht, dass kann man doch jetzt nicht machen, dass man als Stadt Graz, situiert in Mitteleuropa, vom Schreibtischstuhl aus ein paar Selbstverteidigungstipps gibt, daher sollte man bitte da jetzt noch nicht wirklich irgendwie irgendwelche Maßnahmen setzen. Angesprochen ist da konkret diese Blockade des Gaza-Streifens. Das ist natürlich keine Sache die man aus Sicht der israelischen Selbstverteidigungskräfte aus Jux und Tollerei macht, dass macht man, weil sonst diese Kräfte, die da schweren Schaden in Israel angerichtet haben, wieder in das Land gekommen wären. Also das wird wirklich unverständlich. Man hat das dann zum Glück abgeändert, diese Erklärung ist dann anders rausgegangen, ist dann auch einstimmig im Stadtsenat abgestimmt worden und man könnte man sich natürlich die provokante Frage stellen, braucht es überhaupt eine Erklärung des Offensichtlichen? Weil wenn man sich das jetzt durchdenkt, erklären wir, dass wir uns vom Terrorismus von der Hamas und von allem Möglichen distanzieren, das sollte ja sowieso schon klar sein. Das ist das, was mich ein bisschen verwundert. Leider ist es scheinbar notwendig, dass man das gemacht hat. Ist auch gut, dass es gemacht wurde. Das gibt auch ein bisschen zu denken. Ich kann ganz offen sagen, also die Frage, ob wir, vor allem was die Flagge betrifft, da zustimmen werden oder nicht, das haben wir sehr kontrovers diskutiert. Und wir haben uns da wirklich auch andere Dinge, die zum Beispiel mir auch sauer aufstoßen, ins Treffen geführt, nämlich, dass jetzt die große Empörung stattfindet, dass jetzt die große Wut stattfindet, und man aber eigentlich diesen Anschlag über Jahre hinweg, und ich sage das jetzt ein bisschen provokant und nehme da Anleihe beim durchwegs anerkannten Militärhistoriker Thorsten Heinrich, das sage ich ganz offen. Man hat jahrelang, und man ist da in dem Sinne die Europäische Union, die Bundesrepublik Deutschland, ist aber auch Österreich, mit der Entwicklungshilfe nach Gaza hat man das alles mitfinanziert. Das muss man einmal ganz trocken so sagen. Weil jeder Euro, der in Gaza in ein humanitäres Projekt geht, wenn das überhaupt dort in ein humanitäres Projekt geht, geht entweder in dieses humanitäre Projekt und die Hamas muss es nicht mehr ausgeben, kann damit Waffen ankaufen, oder es kommt überhaupt nicht zu diesem humanitären Projekt und es werden damit Waffen gekauft. Das muss man einmal in dieser Art und Weise so sagen. Das ist sicher hart, aber ich finde das ist der richtige

Zugang. Dann gibt es weitere andere Zugänge. Und ich habe da im jüdischen Magazin für Politik und Kultur geschmökert, wo es schon damals große Aufregung gegeben hat, 2021, wie auch nach einer Raketenwelle das Bundeskanzleramt beflaggt worden ist. Da gibt es Für- und Gegenstimmen. Und ich sage Vieles davon hat mir da sehr, sehr gut gefallen, vor allem der Slogan „Flagge zeigen statt hissen“. Nicht jetzt zu hissen und dann zu sagen nächste Woche kommt die nächste Entwicklungshilfe nach Gaza. Und wir werden wieder die Hamas und dergleichen irgendwie versuchen als staatsähnliches Gebilde anzuerkennen. Das muss man in aller Deutlichkeit auch einmal sagen. Dass hier wahrscheinlich in der Vergangenheit Fehler gemacht wurden, die diese Feinde Israels auch großgemacht haben. Jetzt muss man sich natürlich auch die Frage stellen, wie vorhin schon ein bisschen provokant formuliert, was bringt es irgendjemandem wenn man diese Fahne hisst? Das erleichtert ein bisschen das eigene Gewissen, man hat ja etwas getan. Nur wie sieht es aus? Und ich schaue da jetzt in alle Parteien, was hat man denn getan gegen den Antisemitismus, der im Land seit einigen Jahren, seit einigen Jahrzehnten Auftrieb erhält? Was haben wir da getan? Und ich habe schon einmal an diesem Pult gesagt, dann bin ich geprügelt worden, im Moment ist es nicht der Karl und auch nicht der Walter, die jetzt auf einmal die Liebe zur radikal islamischen Hamas entdeckt haben, das sind andere Menschen. Ich war am letzten Samstag am Hauptplatz und dann habe ich dort Menschen mit einer Palästina-Flagge herumlaufen gesehen, die Kommentare habe ich auf Video, die waren erschütternd. Ich wollte nicht schon wieder posten, dass über 100.000 Aufrufe hat, vor allem hat man die Gesichter erkannt und die Personen waren noch minderjährig. Da hat man schon gesehen, dass ist nicht der Karl oder der Walter, die plötzlich jetzt irgendwo radikalisiert haben und jetzt denken wir müssen jetzt gegen Israel auftreten. Das sind Probleme, die wir uns vor einigen Jahren in dieses Land geholt haben, dass muss man mit dieser Deutlichkeit sagen. Wenn ich heute lese ein Syrer wollte da Graz zerstören. Das ist auch ein Problem, das wir uns ins Land geholt haben. Und der Kollege Ammerer hat das vollkommen richtig gesagt. Wir leben in Deutschland und in Österreich, und ich kann das auch aus München bestätigen, dass dort Treffpunkte und Vereinslokale von jüdischen Einrichtungen nicht mehr beflaggt werden, nicht mehr gekennzeichnet

werden, weil wenn sie nicht gekennzeichnet werden, sind es auch keine Anschlagssziele, unter Anführungszeichen, für irgendwelche Sticker-Aktionen, für irgendwelche Beschädigungen und dergleichen. Aber das ist ein Problem, das haben wir schon, mehr oder weniger, uns auch selbst eingebrockt oder haben vergangene Regierungen uns eingebrockt. Und ich darf an dieser Stelle auch etwas anmerken. Immer nur in einer Situation der Aufregung und in einer Situation der Emotion das Leichteste zu tun, führt langfristig nicht zum Erfolg. Man müsste sich halt auch einmal etwas mehr trauen, man müsste sich halt einmal die Wahrheit ansprechen lassen, nämlich, dass der Antisemitismus, ist sage jetzt einmal der heimische Antisemitismus, der ist zum Glück, da fehlt mir jetzt das Zeitverständnis, vielleicht ab den 60-er, ab den 70-er Jahren weniger geworden, das denke ich schon, das ist besser geworden, das hat sich geändert, auch im Zuge der Entnazifizierung nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber dann hat es wieder zugenommen, dann haben wir uns wieder Probleme ins Land geholt. Und ich habe damals zitiert, ich habe mir diesen Redebeitrag angeschaut, das war göttlich das zu sehen. Damals habe ich vorgelesen, einen Artikel aus dem Standard, ja welche Einstellung denn zugewanderte Menschen, die ab 2015 gekommen sind, zum Staat Israel haben, zu Adolf Hitler haben. Ja welche Einstellung die denn zu anderen derartigen Bewegungen haben. Von „The River to the Sea“, ja das finden viele, nicht alle, aber viele dieser Menschen leider gut. Und insofern kann ich ganz offen sagen, diesen Artikel, den lasse ich gerne jedem zukommen, der eben gerne liest, Flagge zeigen statt hissen, nicht in einer Situation wo man es sich dann leichtmachen kann zu sagen wir sind eh solidarisch, wir hissen diese Flagge und es ist damit gut. Flagge zeigen müsste man eigentlich ganzjährig. Und ich darf auch an eines abschließend erinnern was eigentlich zeigt wo das Problem ist. Vor vielen, vielen Jahren hat ja der Nobelpreisträger Günter Grass, ja ich bin gleich fertig, ein Gedicht veröffentlicht. Einige von Ihnen werden es ja kennen was gesagt werden muss. Da hat es ja wenige gegeben die damals sich wirklich darüber empört haben. Einige, aber sehr, sehr wenige. Wir haben das in der Schule sogar zum Interpretieren bekommen. Und wie ich das damals interpretiert habe in einem Sinne, dass das durchaus nicht sozusagen Anklang gefunden hat. Da ist gesagt worden naja, da gibt es ja diese beiden Seiten und Israel

mit seinen Zerstörungsfantasien, da muss man schon sagen, dass man da den Aufschrei vermissen lässt und jetzt in einer Situation, wo man sozusagen auch damit Punkte machen kann. Da wird diese Thematik, dieser Nahostkonflikt, und da hat die Kollegin Heinrichs sehr recht gehabt, der sich schon über Jahrzehnte und fast einem Jahrhundert oder länger eigentlich, und wahrscheinlich noch davor, zieht, dass der ja wirklich sozusagen einer komplexeren Betrachtung eines Ergebnisses verdient. Ich habe jetzt lange überzogen. Ich darf damit mich fürs Zuhören bedanken. Ich hoffe wirklich, dass man diesen Aufruf von mir, Flagge zeigen anstatt sie zu hissen, auch wirklich ernst nimmt. Ich glaube man kann sehr, sehr viele tun in der Antisemitismus-Prävention, nicht nur ein Gremium einzurichten, das schreibt wieder Berichte und dann macht man daraus sehr wenig, sondern wirklich wahrscheinlich in den Schulen beginnen zu agieren, auch zu sanktionieren und sich vielleicht auch da wieder überlegen, nachdem man schon sehr, sehr lange gebraucht hat, dass man diese ganzen Terrorsymbole verbietet, dass man vielleicht sich auch überlegt okay gut, da neue Straftatbestände zu schaffen, die weiter gehen als die Volksverhetzung. Ich glaube, man könnte sehr, sehr viel tun. Jetzt da draußen die Fahne zu hängen und damit ein weiteres, auch Sicherheitsrisiko aufzumachen, das muss man nämlich auch dazusagen, man macht damit ein massives Sicherheitsrisiko auf und das finde ich sehr traurig, weil das empfinde ich, dass ich das sage, schon fast ein bisschen als Unterwerfung, dass man das ansprechen muss. Aber glauben Sie mir, was das für ein sehr beschämendes Gefühl ist. Ich gehe täglich zum BG West im Moment, man geht an der Synagoge vorbei, und wo früher die Polizei gestanden ist, steht jetzt die Kobra. Und da weiß man dann schon, diese ganze Lage hat sich geändert. Aber warum hat sie sich geändert? Diese Frage müsste man sich einmal stellen. Vielen Dank.

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. So ein Thema in Graz im Gemeinderat zu besprechen ist immer extrem schwierig, weil die Bilder und die Nachrichten und die Social-Media-Beiträge, die uns seit diesem unmenschlichen Terroranschlag und diesem,

ich würde auch das Wort Genozid verwenden, erreichen, sind erschütternd, anders kann ich es nicht sagen. Erschütternd, Magen-umdrehend. Und in diesem Sinne, glaube ich auch, dass man daher jede mögliche Form der Kundmachung, das auszudrücken, wirklich auch nachkommen sollte. Und wir als SPÖ würden auch diesem Antrag natürlich nachkommen, auch dieses Zeichen der Flagge zu wählen. Aber ich habe bei der vorigen Wortmeldung auch sehr viele Magenprobleme bekommen. Weil wenn wir uns da herstellen und sagen das ist der größte Terroranschlag und das größte Auslöschen von jüdischer Lebenszeit davor und seit dem Holocaust, und dann wird vom Herrn Pascuttini darüber gesprochen, dass wir, wenn wir die Menschenrechtsstadt sind, und wir, wenn wir auch eine Geschichte in Graz, der Stadt der Volkserhebung, haben, dann so tun als hätten wir keinen einheimischen Antisemitismus oder als wäre das seit den 60-ern weniger geworden oder hätte gar aufgehört, dann wird mir persönlich schlecht. Und das negiert auch Themen, die es bei uns in Graz gibt und das negiert auch quasi Angriffe, die es bei uns in Graz auf jüdisches Leben und auf unsere jüdische Bevölkerung gibt und das möchte ich nicht so stehen lassen. Und ich möchte auch von allen Parteien, aber vor allem bei dieser Wortmeldung vorher, dazu aufrufen, diese Thematik nicht dazu zu nutzen um irgendwelche andere Thematiken oder irgendwelche anderen politischen Punkte zu machen. Und wenn man davon spricht, dass man sich Probleme ins Land holt oder sich ins Land geholt hat mit Antisemitismus, dann möchte ich das wirklich auch von der Hand weisen, vor allem mit unserer Geschichte in Graz, Stadt der Volkserhebung, und mit unserer Geschichte in Mitteleuropa und in Österreich mit der NS-Zeit, das möchte ich einfach nicht so stehen lassen. Und wir sprechen da auch nicht nur über Menschen bei uns in Graz, die natürlich das erleben tagtäglich, sondern wir reden auch während es jetzt gerade ein Leid in diesem Bereich gibt und da möchte ich nur sagen wir müssen schon auch als Menschenrechtsstadt diese Aufgabe ernstnehmen und klar positionieren und da in Zeiten von Neutralität zu sprechen finde ich persönlich nicht zielführend, weil Neutralität in Zeiten wo so arges Unrecht passiert, wo so arge Terroranschläge passieren, schützt im Endeffekt die Leute, die diesen Terror begehen, oder quasi unterstützt den Terror. Und da möchte ich auch noch einmal ausdrücken, wir haben

dieses Statement und dieses gemeinsame Statement als Stadt Graz gemacht, wir würden dem noch weitergehen mit eben auch dieser Solidaritätsbekundung mit Israel, aber es gilt in diesem Konflikt trotzdem zu sehen, dass am Ende des Tages immer Menschen leiden und vor allem auch Kinder leiden. Und in den letzten Tagen habe ich auch leider auf Social-Media sehr viele Kinder gesehen die gelitten haben und da sollten wir auch, glaube ich, als Stadt Graz aber auch generell als Österreich versuchen dieses Leid so schnell wie möglich zu lindern. Und das kann man auch sagen während diese Solidaritätsbekundung mit Israel macht. Dankeschön.

GRⁱⁿ Hopper:

Geschätzte Mitglieder Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörer am Livestream und bei uns hier im Raum. Vieles ist schon gesagt und bei vielen möchte ich mich anschließen. Um vielleicht auch was Positives zu dieser Diskussion noch hervorzuheben. Ich finde es schon eigentlich sehr schön, dass die Parteien, die sich nicht den politischen Extremen zuordnen in dieser Situation, obwohl wir in ganz, ganz vielen anderen Dingen nicht einer Meinung sind, Tristan, ich weiß, dass wir, glaube ich, 17.000 verschiedene Sachen haben, wo wir genügend diskutieren könnten. Ich möchte mich bei deiner Wortmeldung bedanken. Du hast mir eigentlich aus der Seele gesprochen und aus diesem Grund möchte ich mich auch bei der Anna bedanken, die auch schon viel vorweggenommen hat von dem was ich sagen wollte und ich finde es schön, dass wir da auf alle Fälle einer Meinung sind. Mir ist es trotzdem wichtig hier ein paar Aspekte noch zu erwähnen, die bis jetzt außen vorgelassen worden sind und die mich eigentlich nach wie vor schockieren. Und wenn ich daran denke, dass das ganz viele Menschen auch im Livestream verfolgen, nicht nur hier im Haus, die Kolleginnen und Kollegen in den Büros, sondern auch in der Öffentlichkeit, dann ist es bis zu einem gewissen Grad für mich ganz persönlich ein bisschen beschämend in welcher Art und Weise wir hier diese Situation auch unterschiedlich erfassen, weil ich es einfach nicht verstehen kann. Ganz vorweg möchte ich sagen, und das hat die Frau Kollegin Unger und auch der Herr Stadtrat Hohensinner

bereits gesagt, dass die Fahne für uns nicht sinnbildlich für eine Regierung in Israel ist. Die Fahne ist nicht synonym mit dem Gesicht von Netanyahu und all seinen Ministern oder auch nicht von der jetzigen Übergangsregierung, sondern es ist sinnbildlich für jüdisches Leben. Es ist sinnbildlich deswegen für jüdisches Leben, nicht nur das was aktuell von einer Terrororganisation angegriffen wird, die sich ganz klar zum Ziel gemacht haben jüdisches Leben auszulöschen, sondern es ist auch ein Zeichen, und da möchte ich das unterstreichen was Stadtrat Hohensinner schon gesagt hat, ein Zeichen für die Menschen, für die Jüdinnen und Juden die bei uns hier in Österreich leben, die, wie der Tristan auch schon ausgeführt hat, bereits aufgerufen werden aufzupassen ob sie nicht ihre Fahnen wegtun können, ihre Davidsterne, die sie vielleicht als Halskette haben, bitte ablegen sollten, und möglichst nicht erkennbar auftreten sollten in der Öffentlichkeit als Jüdinnen und Juden. Und das ist was, wo wir uns ganz entschieden dagegenstellen möchten. Und das ist das, wo wir uns auch als Volkspartei erwarten, dass sich auch die Stadt Graz mit all ihren Mitgliedern hier ganz klar dagegenstellt und dafür ist für uns die Fahne ein Zeichen dieses Aufschreis wenn es darum geht, dass jüdisches Leben, egal wo, ob das in Israel ist, ob das überall sonst auf der Welt ist, oder ob das auch hier in Europa, in Österreich ist, dagegenstellen wollen. Zwei Dinge, die mir auch noch sehr wichtig sind und ich versuche mich kurz zu fassen. Es tut mir leid, das ist ein sehr sensibles Thema, deswegen, glaube ich, sind auch die Wortmeldungen dementsprechend. In der Kategorie schockierend möchte ich ganz konkret auf eine Aussage von der Kollegin Heinrichs eingehen und hier eine Klarstellung seitens der Volkspartei, vielleicht auch für den einen oder anderen hier im Raum der nicht bei uns dabei ist, festhalten. Elke, du hast von zwei Bürgerkriegsparteien gesprochen. Und wir hätten diese Diskussion hier in dieser Art und Weise nicht, wenn es sich um einen Bürgerkrieg handeln würde. Es handelt sich de facto einfach nicht um einen aktuell stattfindenden seit letzter Woche Bürgerkrieg, es handelt sich um einen Angriff einer Terrororganisation auf Israel, auf das jüdische Leben in Israel, und wie der Tristan auch schon ausgeführt hat die Konsequenzen die der Staat Israel dann ergriffen hat. Und ich verwehre mich wirklich, dass wir diese Formulierungen hier einfach so stehenlassen, weil es ist de facto nicht so und ich finde es eigentlich schade und wie vor zu Beginn

kurz einleitend gesagt beschämend, dass das so stattfindet und so gedacht wird. Ich möchte mich auch noch ganz kurz einem Aspekt widmen, der mir immer wieder auffällt in diesen Diskussionen, auch bereits eingangs erwähnt. Es ist vollkommen unabhängig davon, verurteilenswert, wenn antisemitische Äußerungen und da Handlungen auch noch stattfinden. Völlig unabhängig davon, ob das Menschen sind die zugezogen sind oder bereits hier wohnen. So zu tun als wäre das ausschließlich ein importiertes Problem, da möchte ich der Anna zustimmen, ist de facto nicht so. Es ist aber auch nicht ausschließlich ein Problem, das wir hier haben. Und dieser Zugang, gerade in diesem sensiblen Thema, finde ich total verwerflich und ich finde es bitter und sehr, sehr schade, dass sich da irgendwo auch dieses politische Spektrum wieder trifft, wenn es darum geht sich herauszuwinden, in dem Fall eine Fahne aufzuhängen gegen Terror auf der Welt.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Ich werde mich jetzt ganz kurzhalten, weil ich vorhin ein bisschen überzogen habe. Man kann natürlich vieles, was gesagt wurde auch falsch verstehen, meistens versteht man es mit Absicht falsch. Die Kollegin Robosch ist leider nicht da, ich hoffe ihre Magenprobleme sind nicht so schlimm geworden, ist auch ein Zeichen der Wertschätzung, wenn man so etwas über einen Vorredner sagt, aber gut. Meine Magenprobleme werden akut, wenn ich Postings der sozialistischen Jugend sehe. Die sind wirklich verwerflich, ich glaube Sie haben alle da ein Bild davor. Und weil auch die Frau Kollegin Hopper doch das eine oder andere mir vorgeworfen hat, sich so rauszuwinden wegen der Flaggenfrage. Da muss ich schon sagen, also ich glaube da war relativ klar in der Wortmeldung, man hat das gut verstanden. Ich darf anmerken den vorhin angesprochenen Günter Grass, der ja wirklich Israel schwer kritisiert hat, der wirklich die Bundesrepublik Deutschland schwer kritisiert hat für Waffenlieferungen. Na von wem ist der als einer der bedeutendsten Literaten der Nachkriegszeit betitelt worden nach seinem Ableben? Ich nehme Fragen entgegen. Es war die damalige Kultursprecherin Maria Fekter. Das nur dazu. Danke.

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

Ja vielen Dank für die Diskussion, vor allem für die, glaube ich, sehr empathischen Darstellungen des Leidens der Menschen auf beiden Seiten, wie das die Kollegen Ammerer und auch Zirngast gemacht haben. Ich möchte am Beginn, weil öfter auch erwähnt worden ist, dass die Macht der Sprache, die Macht der Worte und der Bilder im Moment einen sehr beschäftigt, auch Social-Media, allen vielleicht einen Artikel aus Der Zeit empfehlen, wo es darum geht wie schwierig es ist zwischen Betroffenheit, Protest, Empathie usw. auszubalancieren. Ich darf das sehr empfehlen, es geht da um die Frage ist Leiden gegenüber aufzuwiegen, so sinngemäß. Das führt uns vielleicht, was sozusagen einen persönlichen Zugang ausmacht, ein bisschen näher an das heran was man vielleicht auch Menschlichkeit nennen kann. Das ist, glaube ich, etwas, was uns hoffentlich vereint. Ich darf das noch einmal erwähnen, weil ich finde, dass wir uns nicht einer Relativierung hingeben dürfen, das ist ganz klar, des Leidens, wir dürfen uns aber auch nicht davonstehlen. Und deswegen muss ich das noch einmal betonen was die Anna vorher schon gesagt hat mit dem Hinweis auf die zwei Bürgerkriegsparteien. Da ist leider ganz falsch. Israel ist ein demokratischer Staat, die Hamas ist eine Terrororganisation. Daran gibt es nichts zu deuteln, bei allem Mitgefühl für die Menschen, das möchte ich in aller Deutlichkeit betonen.

Ich habe vorhin schon öfter darauf Bezug genommen, dass uns die historische Dimension bewusst ist, es kennen sich sicher die Menschen auch hier in dem Gremium unterschiedlich gut aus, aber selbstverständlich spielt das Rolle in dem Ganzen. Zum Thema der Fahnen. Ich verstehe nicht warum das so schwierig ist bei so einer Sache eine Fahne zu hissen? Wir reden in diesem Gremium, ich weiß nicht wie oft, über Fahnen wie die Regenbogenfahne oder über Fahnen die bei Fußballspielen hängen oder auch Fahnen die in einem Konflikt, wie man es erst bei dem Überfall Russlands auf die Ukraine erlebt haben. Da haben wir alle kein Problem gehabt über diese Dinge zu sprechen und sie auch zu benennen. Und es ist eigenartig, dass es in diesem Fall ganz anders ist. Ich habe mir auch die Mühe gemacht ein paar Leute zu befragen wie

sie die Beleuchtung am Hauptplatz einschätzen. Kaum einer weiß was das sein soll. Die Bedeutung von Fahnen ist einfach eine andere. Und deswegen muss ich auch dem Herrn Kollegen Pascuttini, wo ich bis zum Schluss nicht draufgekommen bin, was getrennt abgestimmt werden soll, weil es leider nur ein Satz ist im Antragstext, insofern etwas schwierig. Aber deswegen möchte ich ganz klar sagen es geht nicht darum Fahne zu zeigen und nicht die Fahne zu hissen. In diesem Fall ist Fahne hissen, Fahne zeigen, Fahne, Flagge hissen ist Flagge zeigen.

An meinen Kollegen Pointner darf ich ausrichten, nachdem ich auch im Menschenrechtsbeirat sitze, werde ich mich dort gerne einsetzen. Es gibt dort auch immer wieder Arbeitsgruppen, die zu verschiedenen Themen installiert werden. Vielleicht ist das eine Möglichkeit, zumindest einen Beginn in diese Richtung anzustoßen, dass diese Sache auch vorangetrieben wird.

Und bei all den Themen möchte ich auch noch auf den zweiten Teil des Antrags hinweisen, wo es darum geht, eben antisemitischen und terroristischen Aktivitäten in jeder Form, auch bei uns, entsprechend Parole zu bieten. Das ist eine wichtige Frage, wenn man den Verfassungsschutz fragt, wenn man die Organisationen, die ich vorher benannt habe, im Auge hat. Das sind alles keine Kleinigkeiten. Und auch da müssen wir uns ganz klar positionieren. Wenn wir heute abstimmen, ich hoffe, dass viele zustimmen werden, möchte ich bitte allen sagen und noch einmal die Termine in Erinnerung rufen, wo man das dann gleich einmal sozusagen auch nach außen hintragen kann. Am 1. November werden viele von uns am Zentralfriedhof sein, am 8. November viele in der Synagoge. Ich würde bitten, dass man das auch im Hinterkopf halten, wenn wir dort dann mit Leuten wie mit dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde sprechen und bedauern was Menschen jüdischen Glaubens Schreckliches passiert ist. Danke.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Danke Frau Gemeinderätin und vor allem auch für den Hinweis der beiden Termine. 1. November, möchte ich auch noch dazu sagen, nicht nur beim Internationalen

Mahnmal, sondern auch um 9.00 Uhr im Landesgericht, wo tatsächlich die Hinrichtungsstätte war, und ich vielleicht da persönlich auch anmerken möchte, dass ich unabhängig von meiner Funktion, am 1. November seit über 50 Jahren regelmäßig dort bin und viele andere oft vermisst habe in den Jahrzehnten davor. Wir kommen zur Abstimmung.

GR Winter: (zur Geschäftsordnung)

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Unser Klubobmann Alexis Pascuttini hat, wie es auch in den vorhergehenden Sitzungen oftmals möglich war, um getrennte Abstimmung bei diesem Antrag verlangt. Wir wissen, die Frau Kollegin Unger hat in einem einzigen Satz drei Forderungen hineingepackt.

Forderung 1: Das Hissen der Flagge.

Forderung 2: Die klare Verurteilung von Terror bzw. alles was mit Terror gemein ist und

Forderung 3: Die Sanktionierung bzw. Streichung von Förderungen.

In diesem Sinne beantragen wir nochmals die getrennte Abstimmung über diese drei Punkte.

Bgm.in Kahr:

Wie Sie wahrscheinlich wissen, habe ich das in den ganzen Jahren auch immer selbstverständlich zugelassen, aber es wäre halt auch immer gut, wenn man das vorher bespricht. Es ist ein Satz und nicht so leicht herauszulesen. Ich würde jetzt folgende Vorgehensweise vorschlagen, die ich aber zur Abstimmung bringen möchte. Diese drei Punkte, die der Herr Klubobmann ersucht hat, ist es der Wunsch der Mehrheit hier getrennt und einzeln abzustimmen?

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:** (zur Geschäftsordnung)

Werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte gerne anschließen was mein Vorredner ausgeführt hat. Ja, wir haben hier im Haus das eine oder andere Mal zur Abstimmung die getrennte Abstimmung gebracht. Da war aber, und das ich schon explizit jetzt auch herausstreichen, da war aber die Möglichkeit, wenn es mehr wie einen Absatz gab, heißt Absatz 1, Absatz 2 mit zwei verschiedenen Forderungen. Da gab es die Auflistung mit punktuell 1, 2, 3. Wir haben es im Zuge unserer Arbeit entschärft, dass wir gesagt haben, wenn nicht explizit 1, 2 und 3 oder noch mehr steht, dass wir auch absetzen die Chance-Gebung zur getrennten Abstimmung. Ich erkenne hier keinen Absatz und möchte dieses Thema, dem wir jetzt so viel Raum gegeben haben, und ich bin der Meinung wir sind uns grundsätzlich ja alle auf eine gewisse Art und Weise einig, dass es furchtbar grauslich ist, weit weg ist und dennoch in unserer Mitte ist. Und ich fände es jetzt auch grauslich, wenn man anfangt einen Satz, der durch eine Fahne etwas signalisiert, was hier beschrieben steht, das sehe ich ja nicht einmal jetzt als drei Forderungen. Und von daher bitte ich die werte Stadtregierung, auch wenn abgefragt wird, keine getrennte Abstimmung zuzulassen, weil sonst muss ich hier schon langsam hinterfragen was tun wir hier eigentlich? Danke.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Ich würde jetzt wirklich bitten, weil die Argumente werden nicht besser, Herr Klubobmann. Wir stimmen das jetzt einfach ab ob es getrennt abgestimmt werden soll oder nicht.

KO GR **Dreisiebner:** (zur Geschäftsordnung)

Mit Verlaub, wir können natürlich alles abstimmen und trotzdem mag ich hier noch einmal in die Mitte bringen was unsere Geschäftsordnung für den Gemeinderat im § 30 Abs 2c sagt. Wortwörtlich, also zur Reihenfolge der Abstimmung. Besteht der Antrag aus mehreren Teilen, kann der/die Vorsitzende auch über die einzelnen Teile

getrennt abstimmen lassen. Jetzt kann man natürlich mit der Claudia Unger als Antragstellerin im Vorfeld darüber reden ob sie nicht a, b, c, 1, 2, 3 oder zumindest Absätze oder Punktation macht. Hat sie nicht gemacht. Insofern ist es für mich, es sind aber Juristinnen und Juristen unter uns, aber ist das für mich eigentlich eher ein sezieren eines Satzes als eine getrennte Abstimmung entlang getrennter Punkte. Und das ist offenbar von der Antragstellerin, und die hat die Hoheit über diesen Antrag was den Inhalt betrifft, so nicht gewünscht. Folglich würde ist das geschäftsordnungsmäßig nicht sehr unterstützen können und würde auch nicht darüber abstimmen wollen.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Sehr geehrter Herr Klubobmann Dreisiebner, und ich darf Sie bitten jetzt kurz
Nein, ich bin jetzt am Wort. Wissen Sie, es ist davor, jetzt in vielen Wortmeldungen Gutes, Notwendiges und Richtiges gesagt worden und wir sollten das bitte nicht mit diesen ganzen Geschäftsordnungswortmeldungen jetzt zunichtemachen. Wir sind mündige Leute, die Grundintention hat die Kollegin Gmeinbauer gesagt, die sehen wir gleich, sonst gäbe es ja auch gar nicht diese gemeinsame Erklärung. Ich möchte aber nur auch, damit Sie wissen, für künftige solcher Sachen, es wäre und es ist auch mit der Magistratsdirektion und dem Präsidialamt, vorher ja gefragt worden, ich habe es nicht gewusst, aber das ist mir gerade mitgeteilt worden, möglich, es getrennt abzustimmen, soviel nur zur Information. Deshalb, noch einmal, das ist eine Minute, wir stimmen darüber ab ob getrennte Abstimmung oder nicht und wir sind mündig genug um das, glaube ich, zu entscheiden. Ich darf bitten wer ist für eine getrennte Abstimmung?

Die getrennte Abstimmung wurde abgelehnt

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen KPÖ, Frau GRⁱⁿ Schleicher).

KO GR Mag. **Pascuttini**: (zur Geschäftsordnung)

Zu Beginn meiner Wortmeldung vorhin habe ich ganz klar gesagt, wenn es eine getrennte Abstimmung gibt, dann werden wir gegen das Hissen der Flagge stimmen. Jetzt ist das vorab schon abgeklärt worden, ich habe mit verschiedenen Proponenten gesprochen, die mir gesagt haben, die Frau Bürgermeisterin weiß Bescheid, weil sie kann es auf die Tagesordnung setzen, dass getrennt abzustimmen ist. Dann ist das wieder ganz anders. Also ich komme mir oft echt ein bisschen verarscht vor. Und wenn man dann um Geschäftsordnung bittet, wie es in der Geschäftsordnung steht, ist sofort das zuzulassen. Also was an der Aussage, wenn es eine getrennte Abstimmung gibt dann werden wir es abstimmen, nicht zu verstehen ist, verstehe ich nicht ganz. Und das ist wirklich ein Ärgernis. Und immer dieses, das muss ich auch sagen Frau Bürgermeisterin, ich schätze Sie persönlich sehr, aber es war schon einmal der Fall, dass Sie gesagt haben es gibt keine Geschäftsordnung. Der Sager ist ein Wahnsinn. Man stelle sich vor den hätte Nagl oder Eustacchio fallen lassen, und heute wieder, nein, jetzt bin ich da am Wort, also das ist nicht demokratisch. Wenn eine Wortmeldung der Geschäftsordnung verlangt wird, dann ist die sofort abzuhandeln. Dann hätten wir uns jetzt das Procedere erspart. Aber wissen Sie, wie sollte man einen Klub oder seine Mandatare auf eine Abstimmung vorbereiten, wenn vorher kommuniziert wird es gibt eine getrennte Abstimmung, dann wissen Sie nichts davon, obwohl ihr Klub mir mitteilt. Das ist Hanebüchen, das ist wirklich Hanebüchen.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Also jetzt muss ich Ihnen schon mal was sagen Herr Klubobmann, also die künstliche Aufregung. Ich bin da lange genug im Gemeinderat und jetzt muss ich Ihnen einmal was sagen. Ihr früherer Vizebürgermeister Eustacchio, dieser Partei, der FPÖ, haben Sie einmal angehört. Ich kann Ihnen alle Protokolle sagen wo damals das Wort abgeschnitten worden ist. Ich mache überhaupt nicht das Gleiche, ich habe Ihrem Wunsch hier entsprochen und darüber abstimmen lassen, obwohl die Mehrheit hier

anders gedacht hat. Und wir sind somit schon fertig und kommen jetzt zum nächsten dringlichen Antrag.

**8.3 Sektorales Verbot von „E-Choppern“ und „E-Mofas“ auf ausgewählten Radwegen – Petition
(GR Stefan Stücklschweiger, ÖVP)**

GR Stücklschweiger:

Vielen Dank. Die Gemüter sind aufgeheizt und subjektiv finde ich das extrem peinlich was da gerade abgezogen worden ist. Es erleichtert mir aber nach diesem hochemotionalen Thema meinen dringlichen Antrag einzubringen, der nicht ganz so emotional ist wie das eben vorgebrachte Thema, auch wenn es natürlich sehr viele emotionale Faktoren mit sich bringt.

Schon vor einiger Zeit hat der Herr Stadtrat Hohensinner auf die Gefährdung von Fußgänger:innen, von Radfahrer:innen und vielen anderen Verkehrsteilnehmer:innen durch breitbereifte E-Chopper, die man auch als Easy-Rider kennt, und auch auf die Gefährdung durch E-Mofas, die gesetzlich aktuell einen Fahrrad gleichkommen, hingewiesen. Über den Sommer hat dann die Frau Vizebürgermeisterin Judith Schwentner das Thema auch erkannt und aufgegriffen und auf die besondere Herausforderung, die von diesen Fahrzeugen ausgeht, hingewiesen und gefordert, dass diese Fahrzeuge von den Radwegen verbannt werden sollen. Das hat uns natürlich sehr gefreut, dass Sie das erkannt haben, aber das Problem zu erkennen und eine Forderung an den Bund zu richten ist zwar ein wichtiger erster Schritt, aber begrüßenswerter erster Schritt in die richtige Richtung. Wir sind aber die Freunde von lösungsorientiertem Arbeiten und von schnellen Fortschritten. Und es wäre sehr schön, wenn man hier einfach schneller in die Gänge kommen könnte und dafür gibt es auch ein Werkzeug. Und dieses Werkzeug, um auf diesen besonders betroffenen Strecken Abhilfe zu leisten und für mehr Sicherheit zu sorgen, das findet im § 43 der Straßenverkehrsordnung. Die erlaubt es nämlich Maßnahmen zu ergreifen, die es

erlaubt einzelne Fahrzeuggruppen aus beispielsweise dem Aspekt der Gefährdung des Nutzen bestimmter Streckenabschnitte zu untersagen. Wir wissen, glaube ich, alle, aus eigener Erfahrung oder der Erfahrung von Freunden, von Bekannten, von Familienmitgliedern, dass es zum Beispiel im Bereich der Schmiedgasse, im Bereich des Franziskanerviertels oder auch in Parkanlagen sehr, sehr häufig zu extrem gefährlichen Situationen kommt. Mir selber ist es schon mehrfach passiert, dass meine Kinder, und ich habe das schon einmal in einer Gemeinderatssitzung gesagt, von einem E-Chopper, von einem Easy-Rider, fast niedergefahren wurden. Das heißt, ein Verbot ein E-Choppern und E-Mofas auf dem Verordnungsweg erscheint hier als sehr probates und schnelles Mittel um diese bezeichneten Forderungen auch Taten folgen zu lassen und eben diese vulnerablen Gruppen zu schützen. Genau aus diesem Grund stelle ich namens der Grazer Volkspartei den folgenden

dringlichen Antrag:

Die gemäß § 44 iVm. § 60 des Statuts der Landeshauptstadt Graz zuständigen Stellen der Stadt Graz werden auf dem Petitionswege ersucht, zu überprüfen, welche Verkehrswege im Zuge der Anwendung des § 43 StVO von E-Choppern und E-Mofas befreit werden können und ersucht, dort schnellstmöglich ein sektorales Verbot von diesen E-Choppern und den E-Mofas umzusetzen. Ich würde mich freuen, wenn wir hier einen breiten Konsens finden würden, auch wenn nicht mehr allzu viele Menschen im Raum sind. Vielen Dank.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Schon vor einiger Zeit hat Herr Stadtrat Hohensinner auf die Gefährdung von Fußgänger:innen, Radfahrer:innen sowie vieler anderen Verkehrsteilnehmer:innen durch breit bereifte schwere „E-Chopper“ (auch als Easy Rider bekannt) und „E-Mofas“, die gesetzlich derzeit einem Fahrrad gleichkommen, hingewiesen. Über den Sommer hat nun auch Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner das Thema erkannt,

aufgegriffen und die besonderen Herausforderungen, die von diesen Fahrzeugen (im Sinne der StVO) ausgehen, benannt und gefordert, dass diese von den Radwegen verbannt werden sollen.

Das Problem zu erkennen und eine Forderung an den Bund zu richten, ist ein begrüßenswerter erster Schritt in die richtige Richtung. Um lösungsorientiert schnelle Fortschritte zu erzielen, wäre ein wichtiger nächster Schritt, selbst tätig zu werden.

Ein Werkzeug, um schnell auf besonders betroffenen Strecken Abhilfe zu leisten und für mehr Sicherheit zu sorgen, könnte § 43 StVO darstellen. Dieser erlaubt es nämlich, Maßnahmen zu ergreifen, welche einzelne Fahrzeuggruppen aus beispielsweise dem Aspekt der Gefährdung Dritter, das Nutzen bestimmter Streckenabschnitte untersagt.

Besonders oft kommt es dabei beispielsweise im Bereich der Schmiedgasse, dem Franziskanerviertel, Parkanlagen und ähnlich engen Stellen in Graz zu gefährlichen Situationen zwischen den bereits oben genannten Gruppen. Ein Verbot von „E-Choppern“ und „E-Mofas“ auf dem Verordnungsweg scheint hier ein schnelles Mittel, um der bezeichneten Forderung Taten folgen zu lassen und die vulnerablen Gruppen zu schützen.

Daher stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei den folgenden

dringlichen Antrag:

Die gemäß § 44 iVm. § 60 Statut der Landeshauptstadt Graz zuständigen Stellen der Stadt Graz werden auf dem Petitionswege ersucht, zu überprüfen, welche Verkehrswege im Zuge der Anwendung des § 43 StVO von „E-Choppern“ und „E-Mofas“ befreit werden können und ersucht, dort schnellstmöglich ein sektorales Verbot von „E-Choppern“ und „E-Mofas“ umzusetzen.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR Mag. **Pointner**: (Abänderungsantrag)

Werte Frau Bürgermeisterin. Ich Sorge gerne Entschleunigung, wir haben nämlich einen Abänderungsantrag in der doch sehr guten Angelegenheit. Die Prüfung, die der Kollege fordert, welche Streckenabschnitte geeignet sind, welche gefährlich sind, das finden wir ist eine absolut geeignete Maßnahme. Und das soll man auch herausfinden. Dann gleich sektorale Verbote auszusprechen geht uns ein bisschen zu weit, daher stellen wir den

Abänderungsantrag

in folgender Form:

Die gemäß § 44 iVm. § 60 Statut der Landeshauptstadt Graz zuständigen Stellen der Stadt Graz werden auf dem Petitionswege ersucht, zu überprüfen, welche Verkehrswege im Zuge der Anwendung des § 43 StVO von E-Choppern und E-Mofas befreit werden können und ersucht, nach Prüfung und Diskussion alternativer Sicherheitskonzepte dort, wo notwendig, ein sektorales Verbot von E-Choppern und E-Mofas umzusetzen. Ich bitte um Annahme.

Originaltext des Abänderungsantrages:

In Graz gibt es einen bunten Mix an öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln. Darunter gibt es zweifelsohne Fahrzeuggruppen, durch deren Nutzung es auf bestimmten Streckenabschnitten im Grazer Stadtgebiet zu einer erhöhten Gefährdung Dritter kommt. Daher erachten wir NEOS die per Antrag zur dringlichen Behandlung von Gemeinderat Stefan Stücklschweiger (ÖVP) betreffend "Sektorales Verbot von 'E-Choppern' und 'E-Mofas' auf ausgewählten Radwegen – Petition" geforderte Prüfung als geeignete Maßnahme, um herauszufinden, welche Streckenabschnitte im Grazer Stadtgebiet von den beiden genannten Fahrzeuggruppen besonders in Anspruch genommen werden und es dadurch gehäuft zu gefährlichen Situationen mit anderen Verkehrsteilnehmer:innen kommt. Dass es nach erfolgter Prüfung jedoch automatisch zu einem Verbot kommen soll, ohne zuvor alternative Sicherheitskonzepte für die

betroffenen Streckenabschnitte zu prüfen und zu diskutieren, schießt aus unserer Sicht über das Ziel hinaus. Daher stelle ich namens der NEOS-Fraktion im Grazer Gemeinderat den

Abänderungsantrag:

Der Antragstext des Antrags zur dringlichen Behandlung von Gemeinderat Stefan Stücklschweiger (ÖVP) betreffend "Sektorales Verbot von 'E-Choppern' und 'E-Mofas' auf ausgewählten Radwegen – Petition" soll wie folgt lauten:

"Die gemäß § 44 iVm. § 60 Statut der Landeshauptstadt Graz zuständigen Stellen der Stadt Graz werden auf dem Petitionswege ersucht, zu überprüfen, welche Verkehrswege im Zuge der Anwendung des § 43 StVO von „E-Choppern“ und „E-Mofas“ befreit werden können und ersucht, nach Prüfung und Diskussion alternativer Sicherheitskonzepte dort, wo notwendig, ein sektorales Verbot von „E-Choppern“ und „E-Mofas“ umzusetzen."

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:** (Abänderungsantrag)

Lieber Kollege Stücklschweiger. Auch von unserer Seite herzlichen Dank für diesen wichtigen Antrag. Es ist natürlich so, dass E-Chopper, E-Mofas, andere Fahrzeuge immer mehr werden und natürlich auch eine Sicherheitsgefahr darstellen können. Lästig sind sie auf alle Fälle schon. Und wir uns das dann auch rechtlich ein bisschen angeschaut wie das anschaut mit diesen sektoralen Verboten. Offenbar ist das nicht ganz so einfach die verfassungssicher auch umzusetzen. Da gibt es auch entsprechende Urteile. Also es ist zwar grundsätzlich möglich, die unter ganz bestimmten Voraussetzungen da auszuschließen, auf Radfahranlagen, nämlich wenn es die Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs erfordert. Und diese Erforderlichkeit ist aber dann sehr genau zu begründen. Das heißt konkret, dass man zum Beispiel dort Unfallhäufungspunkte haben müsste und die dann in einem Einzelfallverfahren aufrollen und analysiert. Erst dann könnte man ein

verfassungskonformes Verbot für diesen Teilbereich verordnen. Und wenn es nicht verfassungskonform ist, wir wissen eh, dann wird es wieder aufgehoben. Also, das ist dann ein bisschen ein sinnloser Aufwand. Also das Ganze ist komplex. Und es würde auch erst dann wirken, wenn wirklich Unfälle an einem Ort vorkommen und das ist natürlich auch nicht der Sinn der Sache. Deswegen ist es unserer Meinung nach der effektivere und bessere Weg die Straßenverkehrsordnung zu ändern und dort eben entsprechende Maßnahmen zu setzen. Es ist ja auch so, dass das jetzt nicht erst seit Sommer diskutiert wird, sondern es gibt da schon seit längerem eine Arbeitsgruppe auf Bundesebene, auch im Städtebund ist das sehr intensiv schon diskutiert worden, weil das Thema natürlich alle Städte betrifft, nicht nur Graz, sondern auch viele andere. Aber wir können natürlich auch, wenn wir hier eine entsprechende Petition an den Bund richten, einen wichtigen Beitrag leisten, um den Handlungsbedarf zu unterstreichen. Deswegen stelle ich namens der Grünen/ALG folgenden

Abänderungsantrag:

Der Bundesgesetzgeber wird auf dem Petitionsweg ersucht die StVO so abzuändern, dass eine Gefährdung von Fußgänger:innen und Radfahrer:innen durch E-Chopper, E-Mofas und anderen Fahrrädern rechtlich gleichgestellte E-Fahrzeuge auf Fuß- und Radverkehrsanlagen durch gesetzliche Regelungen unterbunden wird.
Ich darf um Zustimmung bitten.

Originaltext des Abänderungsantrages:

„E-Chopper“, „E-Mofas“ und andere E-Fahrzeuge, die rechtlich als Fahrräder gelten, können aufgrund ihrer Geschwindigkeit und Breite Fußgänger:innen und Radfahrer:innen auf Fuß- und Radverkehrsanlagen gefährden. Da die Anzahl dieser Fahrzeuge zunimmt, besteht Handlungsbedarf.

Das von GR Stücklschweiger geforderte sektorale Verbot ist in diesem Kontext naheliegend, rechtlich jedoch nicht verfassungssicher umzusetzen. Zwar ist nach § 43 StVO ein Ausschluss von E-Chopper von Radfahranlagen unter ganz bestimmten Voraussetzungen grundsätzlich möglich, nämlich wenn es die Sicherheit, Leichtigkeit oder Flüssigkeit des Verkehrs erfordert. Diese Erforderlichkeit ist der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs zufolge jedoch sehr genau zu begründen.

Für den Einzelfall bedeutet das, dass Unfallhäufungspunkte mit E-Choppern vorliegen müssen, diese in einem Einzelfallverfahren zu analysieren sind und der jeweilige Streckenabschnitt mit anderen Streckenabschnitten verglichen werden muss. Erst dann könnte ein verfassungskonformes Verbot für einen speziellen Teilbereich eines Radweges verordnet werden.

Dieses Verfahren ist also komplex und die Verordnung wirkt insbesondere erst dann, wenn es schon gehäuft zu Unfällen gekommen ist. Daher ist eine Änderung der Straßenverkehrsordnung der deutlich effektivere und bessere Weg.

Das Thema wird ja auch auf Bundesebene und im Städtebund schon seit geraumer Zeit diskutiert und den Beteiligten ist die Problematik durchaus bewusst. Eine Petition durch den Grazer Gemeinderat ist ein wichtiger Beitrag, um den Handlungsbedarf und die Dringlichkeit zu unterstreichen.

Daher stelle ich namens der Grünen-ALG folgenden

Abänderungsantrag

Der Bundesgesetzgeber wird auf dem Petitionsweg ersucht, die StVO so abzuändern, dass eine Gefährdung von Fußgänger:innen und Radfahrer:innen durch E-Chopper, E-Mofas und anderen Fahrrädern rechtlich gleichgestellte E-Fahrzeuge auf Fuß- und Radverkehrsanlagen durch gesetzliche Regelungen unterbunden wird.

GRⁱⁿ **Pogner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Zuseher von der Liveübertragung. Es wäre natürlich schön, wenn es diesen Abänderungsantrag nicht geben würde, sondern wenn es ein Zusatzantrag wäre, weil ich bin der Meinung, dass es zwei Möglichkeiten gibt, an die Bundesregierung heranzutreten oder im Zuge des übertragenen Wirkungsbereiches, dann könnten wir ja im Endeffekt sehen wer schneller arbeitet oder wo man schneller ein Ergebnis hat bei so einem wichtigen Anliegen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen warum das Ganze ja so gefährlich ist mit diesen E-Choppern. Zum einen ist es das Eigengewicht dieser Fahrzeuge und zum anderen ist es ja die hohe Geschwindigkeit. Und jetzt könnte man sagen, ja, die E-Scooter haben auch bis zu 25 km/h Geschwindigkeit, aber aufgrund des Eigengewichtes, und wenn jetzt so ein E-Chopper über 25 km/h fährt, was ja oft der Fall ist, wenn diese Fahrzeuge getunt werden, das heißt die erreichen eine Geschwindigkeit von bis zu 30 km/h, warum weiß ich das? Ja, weil bei Geschwindigkeitsmessungen, zum Beispiel jetzt auch in der Schmiedgasse, nicht nur ein Fahrzeug mit 30 km/h gemessen wurde, sondern mehrere Fahrzeuge. Und alle wissen, ich hoffe es wissen alle, dass im Stadtgebiet Graz 30 km/h erlaubt ist, außer in den Vorrangstraßen, für motorisierte Fahrzeuge. Jetzt haben aber die E-Chopper ebenso diese Geschwindigkeit und ich möchte mir jetzt nicht ausmalen, gerade im Stadtgebiet oder in der Fußgängerzone, was es bedeuten würde mit so einem Fahrzeug zu kollidieren. Das würde natürlich schwere Verletzungen nach sich ziehen und genau um das geht es ja jetzt eigentlich hier und das wollen wir ja verhindern. Und darum wäre es natürlich schön gewesen, der Zusatzantrag, weil dann hätten wir zwei Möglichkeiten das Ganze zu prüfen. Aber es wäre schön, wenn Sie da auch mitgehen würden. Danke.

Vzbgm.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Es ist jetzt schon einiges erklärt worden. Ich würde das gerne noch einmal aufgreifen, weil ich nehme das sehr, sehr ernst das Thema und bin schon seit mindestens einem Jahr mit dem Thema beschäftigt. Auch wenn es jetzt aufgetaucht ist in der vermeintlichen Leichtigkeit der Umsetzung auf Gemeindeebene ist es leider nicht so, auch wenn es mehrmals und noch einmal behauptet wird. Ich kann es nicht tun, weil so was muss behördlich genehmigt werden. Das Einzige was wir tun können ist, wenn wir jetzt sagen, ich weiß nicht, Abschnitt Schmiedgasse, wird nachgewiesen, dass es dort mit E-Choppern zu Unfallohäufigkeit kommt, dass dort ständig was passiert. Und dann müsste die Verkehrsgruppe für Verkehrssicherheit, die Arbeitsgruppe, das evaluieren, jeden einzelnen Straßenabschnitt und dann könnte nur dieser einzelne Straßenabschnitt auch wirklich für E-Chopper verboten werden. Also müsste man nachweisen, dass irgendwo Unfälle passieren. Deswegen gehen wir parallel dazu. Ich habe den Nachweis nicht, bitte erbringt ihn oder bitte um Hinweise, auch an die Polizei, dann kann man es vielleicht machen. Es gibt keine entsprechenden, außer, dass ich den Befund teile, das ist unerträglich, die fahren zu schnell, das ist immer wieder irritierend. Ein subjektives Gefahrenpotential, man bekommt Angst, wenn die dahinrasen. Und mir wäre nichts lieber als würden die auf die Straße kommen. Das Anliegen teile ich absolut. Daher versuchen wir, es war schon erwähnt, zum einen über den Städtebund, im letzten Verkehrsausschuss vor zwei Wochen in Linz war das Thema, weil es allen Städten gleich geht, alle bemühen sich darum, die Petition an den Bund, weil es sozusagen in der StVO geändert werden muss und auf unsere Initiative hin gibt es auch jetzt auf Bundesebene einen Arbeitsausschuss für Mikromobilität, weil man sich damit beschäftigt mit dem Thema, das ist auch nicht ganz banal, was nämlich jetzt auf die Straße kommt und was nicht. Was ist ein Fahrrad, was ist kein Fahrrad? Wir wissen, da haben wir schon mehrfach die Diskussionen gehabt, wenn das quasi so vier Räder sind, aber nicht angetrieben mit Motor, ist das dann noch ein Fahrrad? Das gleiche Problem haben wir beim Parken gehabt. Also juristisch ist das ziemlich tricky. Und daher wird es in dem Ausschuss auf Bundesebene einmal diskutiert.

Ich bin für jeden Hinweis wie das möglich ist, wenn sie mir Unfallhäufungen nennen, wenn man das an die Behörde weitermelden können, dankbar, damit wir es umsetzen können. Wie gesagt, bisher war es mir nicht möglich.

GR Stücklschweiger:

Vielen Dank Frau Vizebürgermeisterin. Die Kollegin Pogner hat es gerade vorher gesagt, ihr bringt einen Abänderungsantrag und keinen Zusatzantrag ein.

Dementsprechend verfolgt ihr gar nichts parallel, sondern ihr verfolgt irgendetwas alleine und zwar auf Basis unserer Idee. Das ist einmal Nummer eins.

Nummer zwei, ich frage mich, die Herangehensweise erschließt sich mir nicht ganz.

Also Sie wollen zuerst was passieren lassen, Sie wollen das Unfälle passieren bevor Sie wirklich tätig sind, nur, weil Sie der Komplexität nicht Herr oder Frau werden.

Wir wissen ja das es geht, sonst hätten wir diesen Eintrag nicht eingebracht. Wir sind jetzt, glaube ich, nicht in der Wechselrede, das wollten Sie wahrscheinlich gerade sagen Frau Bürgermeisterin. Am Ende des Tages ist es halt so, Frau

Vizebürgermeisterin, Sie sehen sich ein bisschen als Gestalterin der Stadt und wenn es um komplexe Aufgaben wird, dann wird es Ihnen schnell einmal zu heikel. Okay, wir werden unseren Antrag nicht durchgekommen, ihr werdet euren Abänderungsantrag durchbekommen. Dann würde ich Sie nur im Zuge dessen bitten greifen Sie doch einfach zum Telefon, telefonieren Sie mit Ihrer Frau Gewessler, machen Sie nicht nur Selfies mit ihr und schauen Sie, dass dann die Petition schnellstmöglich durchgeht, damit sich wirklich bald was ändert. Ich habe nämlich keine Lust, dass ich dann zu Ihnen kommen muss ins Büro und Ihnen sagen muss meine Kinder sind niedergeführt worden. Dankeschön.

Der Abänderungsantrag (GR Mag. Pointner) wurde abgelehnt.

Der Abänderungsantrag (GR Mag. Dr. Kozina-Voit) wurde mehrheitlich angenommen (gegen Neos, ÖVP, FPÖ, Lohr).

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (17.00 Uhr).

**8.4 Verbot von Schutzhundausbildungen – Petition an den Steiermärkischen Landtag
(GRⁱⁿ Anna-Sophie Slama, Grüne)**

GRⁱⁿ Slama:

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe restlichen Gemeinderät:innen die noch im Raum sind, liebe Menschen auf der Tribüne. In den letzten Wochen ist aufgrund von einem Hundeangriff in Naarn und dem heutigen Versterben einer Joggerin, die nach einem Hundeangriff für zwei Monate im Krankenhaus war, das generelle Thema Regeln für Hundehalter:innen immer größer geworden. Wieso jetzt? Weil es eben genau wieder zeigt, dass es in Österreich zu wenig Regelungen gibt dafür. Und was da ganz viel ins Feld geführt wird mittlerweile ist eben die Schutzhundausbildung. Für die Menschen die nicht wissen was ist, das ist Ausbildung die sonst von der Polizei für ihre Diensthunde verwendet wird. Das heißt in der lernt ein Hund wie einen Menschen festsetzen kann, an einer Flucht hindern kann und wir normalerweise gegen Kriminelle eingesetzt. Jetzt ist die große Frage wieso ist das etwas, das an Privatpersonen vermarktet wird, dass Privatpersonen einfach machen können, ihren Hund zu einer potentiellen Waffe auszubilden. Dazu kommt jetzt auch noch, dass das kein geregeltes Gewerbe ist. Das heißt jeder von uns könnte heute beschließen gut, ich möchte diese Ausbildungen anbieten. Diese Macht sollte doch nicht einfach da sein ohne jegliche Qualifikation, ohne irgendein Zeugnis vorzeigen zu müssen, Hunde zu potentiellen Waffen ausbilden zu können. Mittlerweile ist in Oberösterreich ein Video gefunden worden, das so eine Schutzhundausbildung zeigt. In diesem Fall wahrscheinlich von

einer sehr unqualifizierten Person. Es wird geschrien, es wird auf den Hund losgegangen, der Hund wird geschlagen, er wird auf eine zweite Person gehetzt. Und wenn man das so sieht denkt man sich okay, wie soll so ein Hund ein Freund und Familienmitglied werden, wenn er darauf trainiert wird eigentlich als Waffe eingesetzt zu werden? Mittlerweile wurde es auch schon vielfach behandelt, das heißt, in der Stadt Wien zum Beispiel gibt es dieses Verbot schon länger von dieser Schutzhundausbildung, und zwar seit 2019. Damals gab es nämlich einen Angriff auf ein Kind und nachdem wurde auch, wie schon so oft, darauf gepocht, dass es auch eine bundesweite Lösung gibt. Derzeit wird diese Regelung für Hundehaltung nämlich von jedem Bundesland einzeln festgelegt. Das heißt, während in Wien die Schutzhundausbildung verboten ist und während das Verbot in Niederösterreich und Oberösterreich gerade heftig diskutiert und angestrebt wird, gibt es in der Steiermark noch überhaupt gar nichts. Jetzt haben wir das große Glück, dass die Steirische Landesregierung schon reagiert und zumindest jetzt beginnt die Regelungen für Hundehalter:innen zu überarbeiten. Was wir aber noch überhaupt nicht thematisiert haben ist eben ein Verbot dieser Schutzhundausbildung. Genau deswegen ist es wichtig, dass wir jetzt ansetzen und dass mit reinbringen. Wir haben später dann auch noch einen sehr guten Antrag von der Kollegin Reininghaus, der da auch noch den zweiten Schritt, und zwar die dringend notwendige bundesweite Regelung, mit ins Boot holt. Aber zu meinem Antrag jetzt einmal. Ich bringe den

dringlichen Antrag

ein: Die Stadt Graz wendet sich im Petitionsweg an den Steiermärkischen Landtag mit dem Ersuchen, ein Verbot der Schutzhundausbildung für Privatpersonen in der Steiermark umgehend gesetzlich zu verankern. Ich bitte um Zustimmung.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

*Nach dem Tod einer Joggerin durch einen Hundeangriff in Naarn wird von vielen Seiten zurecht Kritik an den bestehenden Regelungen für Hundehalter*innen laut.*

In der Steiermark ist für die Haltung eines Hundes lediglich ein Sachkundenachweis erforderlich, der aber erst innerhalb des ersten Jahres der Haltung erbracht werden muss. Glücklicherweise sind hierzu Änderungen in Sicht. Was aber auf politischer Ebene noch kaum thematisiert wurde, ist die Möglichkeit, dass Hunde von Privatpersonen eine sogenannte Schutzhundausbildung absolvieren können.

Die Schutzhundausbildung ist eigentlich dafür konzipiert, Diensthunde, etwa für die Polizei, auszubilden. In diesem Training lernen die Tiere, Menschen festzusetzen, zu verfolgen und an einer „Flucht“ zu hindern. Für die Exekutive wichtige und hilfreiche Funktionen, für Privatpersonen dagegen völlig unpassend.

*Für Privatperson ist es nicht notwendig, den eigenen Hund darauf zu trainieren, Menschen zu verfolgen und mit allen Mitteln festzusetzen. Dazu kommt auch noch, dass Hundetraining ein freies Gewerbe ist und somit kein fixes Qualifikationsprofil der Ausbilder*innen voraussetzt. Das bedeutet, dass auch ungeeignete Personen ohne das nötige Fachwissen Schutzhundausbildungen anbieten können, in denen den Hunden Verhalten und Befehle gelernt werden, die sonst von der Exekutive angewendet werden. Bei einer Ausbildung dieses Kalibers ist das besorgniserregend.*

Es werden bei solchen Ausbildungen Triebe gestärkt, die für einen friedlichen Hund nicht wünschenswert und potenziell gefährlich sind, wie Jagd- und Beißtrieb. Ein Hund sollte aber Freund, Begleiter und Familienmitglied sein und keine potenzielle Waffe.

Eine Schutzhundausbildung ist also für Privatpersonen nicht erklärbar und schon seit Jahren umstritten. Das Wiener Tierschutzgesetz verbietet daher auch diese Ausbildungen, mit Ausnahme von Diensthunden, aus gutem Grund.

Schutzhundausbildung §8a: Die Ausbildung von Hunden zu Schutzzwecken (Schutzhundausbildung) sowie sonstige vergleichbare Ausbildungen von Hunden, die ein gegen den Menschen gerichtetes Angriffsverhalten beinhalten, sind verboten. Dieses Verbot gilt nicht für die Ausbildung von Diensthunden des Bundes. (Auszug Wiener Tierschutzgesetz).

Die Steiermark muss hier dringend nachziehen. Daher stelle ich seitens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag

Die Stadt Graz wendet sich im Petitionsweg an den Steiermärkischen Landtag mit dem Ersuchen, ein Verbot der Schutzhundausbildung für Privatpersonen in der Steiermark umgehend gesetzlich zu verankern.

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werter Herr Kollege Pointner. Ich möchte nicht die Zornesröte in ihr Gesicht treiben, aber in dem Sinn werde ich mich nicht nur kurz zur Dringlichkeit äußern, sondern auch zum Inhalt. Okay. Ja, der Vorfall mit dieser Läuferin, mit dieser Spaziergängerin, die haben wir alle noch in Erinnerung, die war auch groß und breit in den Medien. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich finde den Antrag gut, ich glaube, dass diese Schutzhundausbildung wirklich den Einsatzkräften bzw. im öffentlichen Interesse liegenden Spezialgruppen vorbehalten bleiben muss und auch bleiben sollte. Für mich macht es keinen Sinn, dass Privatpersonen bzw. Hunde die im Privatbesitz sind, genauso in dieser Richtung ausgebildet werden. Und für mich ist es aber auch nur ein gewisser erster Schritt, weil man sollte auch diskutieren, ist es unbedingt notwendig, dass gewisse Hunderassen, die leider Gottes, natürlich auch ein unterschiedliches Gefährdungspotential beinhalten, von Privatpersonen zum Erwerb freistehen. Das ist eine weitere Debatte, die man aber auch vielleicht längerfristig beachten sollte. Es gibt Hunde, die sind besser, im Sinne von besser in Familie und soziale Verhältnisse integrierbar und es gibt Hunde, die sind mit Sicherheit auch von ihrer Veranlagung weniger dazu geeignet um es vorsichtig auszudrücken. Jetzt ist die Situation so, dass die Länder dafür zuständig sind, daher habe ich auch das durchaus positiv aufgenommen, dass wir im ersten Schritt den Landesgesetzgeber im Petitionsweg diesbezüglich bemühen. Ob wir langfristig eine Bundesregelung schaffen können ist durchaus denkbar, ist durchaus auch vernünftig vom Grundprinzip her. Weil

aber gegenwärtig die Kompetenzverteilung eben so ist, dass der Landesgesetzgeber zuständig ist, werden wir diesen Antrag unterstützen und den Abänderer bzw. Zusatz nicht unterstützen.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen FPÖ, Lohr).

GRⁱⁿ **Katzensteiner:**

Danke liebe Anna für den Antrag. Mich beschäftigt ja die Thematik auch in den letzten Tagen. Schlimm wenn solche Dinge passieren. Schlimm natürlich für betroffene Menschen, für die Angehörigen, aber letztlich natürlich auch für das Tier, das dann in Konsequenz natürlich eingeschläfert wird, aus verständlichen Gründen, aber letztlich muss man natürlich sagen, die Tiere werden auch zu dem was sie vom Halter an der Leine gemacht werden. Wir haben es gesehen, auch der betroffene Hund, der eben diese Joggerin angefallen hat, da gab es auch die Fotos, eben, dass er diese Schutzhundausbildung absolviert hat, du hat angesprochen auch dieses verstörende Video das da aufgetaucht ist von seiner Ausbildungsstätte., also darf man sich in einer gewissen Weise dann auch nicht wundern, wenn Hunde dann so reagieren wie sie reagieren. Traurig ist es dann, wenn ganze Hunderassen dann eben quasi in die Schublade gesteckt werden potentiell gefährlich zu sein. Wie gesagt, es gibt natürlich Hunde die mehr Veranlagung dazu haben wie andere, nur kommt es letztlich darauf an wie erzieht man diese Hunde, wie geht man mit diesen Hunden um. Und von dem her finde ich diesen Antrag einen wichtigen Schritt, auch den Zusatzantrag von der Sabine Reininghaus, dass man da auf Bundesebene einheitliche Regelungen bekommt. Aber nachdem das erfahrungsgemäß dauert, ist es wichtig, einmal jetzt den Landesgesetzgeber auch damit zu beauftragen und wir werden beiden Anträgen zustimmen. Danke.

GRⁱⁿ **Reininghaus**: (Zusatzantrag)

Liebe Anna. Vielen, vielen Dank für diesen Antrag. Ich bin ein Hundemensch, ich hatte immer schon Hunde. Also ich habe jetzt meinen fünften Hund und ich bin wirklich davon überzeugt, dass ein Leben ohne Hund zwar denkbar ist, aber völlig sinnlos. Das ist so ein Spaß, sagt man gerne mal, ja, aber jetzt zur Sache.

Hunde sind wunderbar. Man kann aber auch Hunde zu Waffen erziehen. Und das ist etwas, das geht einfach nicht meiner Meinung nach, dass jeder X-beliebige Bürger, jede Bürgerin einen Hund mit einer Bisskraft, ich weiß nicht von wie viel Kilo, zu einer Waffe erziehen können soll. Darum bin ich ganz deiner Meinung, das muss geändert werden, das ist ein Missstand, so ein Hund als Waffe gehört in die Hand der Exekutive und nicht in die Hand von Privatpersonen. Und jetzt wissen wir, dass es in Österreich neun verschiedene gesetzliche Regelungen für diese Materie gibt und das ist auch ein Missstand. Ich denke Föderalismus ist wichtig, aber es gibt Thematiken, wo man einfach einheitlich vorgehen muss, weil es um den Schutz der Menschen geht. Was da passiert ist jetzt in den letzten Wochen ist unmöglich, ist traurig und ist furchtbar. Wenn man ein Mann die Frau nicht mehr erkennt, nur mehr an der Kleidung, weil der Hund über sie drüberhing quasi, dann sieht man wie schwerwiegend diese Waffe tatsächlich wirkt. Ich möchte dem Antrag zustimmen. Ich möchte es aber natürlich österreichweit am liebsten aufgesetzt haben und darum stellt ich den

Zusatzantrag:

Der dringliche Antrag von Gemeinderätin Anna Slama betreffend Verbot von Schutzhundausbildungen – Petition an den Steiermärkischen Landtag soll wie folgt als zusätzlicher Punkt ergänzt werden:

Die Stadt Graz wendet sich im Petitionsweg an die Österreichische Bundesregierung mit dem Ersuchen, ein Verbot der Schutzhundausbildung für Privatpersonen bundesweit einheitlich zu regeln. Dankeschön.

Originaltext des Zusatzantrages:

Die aktuellen Ereignisse rund um den Tod einer Joggerin in Oberösterreich und die Attacke auf einen Radfahrer in Seekirchen (SBG) zeigen die Defizite der österreichischen Regelungen zur Hundehaltung klar auf. Besonders der dem Föderalismus geschuldete Fleckerlteppich, was die Schutzhundausbildung für private Halter:innen betrifft, ist ein Missstand, der schnellstens behoben werden muss. Ein bundesweit einheitliches Verbot von Schutzhundausbildungen für private Halter:innen nach Wiener Vorbild kann sicherstellen, dass Hunde im privaten Bereich nicht mehr zu Kampfhunden trainiert werden und andere Personen in einem höchst gefährlichen Ausmaß gefährden, verletzen oder wie der aktuelle Fall aus Oberösterreich zeigt, sogar töten. Um für eine bundesweit einheitliche Lösung zu sorgen, stelle ich daher namens der NEOS-Fraktion im Grazer Gemeinderat den

Zusatzantrag:

Der dringliche Antrag von Gemeinderätin Anna Slama (GRÜNE) betreffend "Verbot von Schutzhundausbildungen – Petition an den Steiermärkischen Landtag" soll wie folgt als zusätzlicher Punkt ergänzt werden:

"Die Stadt Graz wendet sich im Petitionsweg an die Österreichische Bundesregierung mit dem Ersuchen, ein Verbot der Schutzhundausbildung für Privatpersonen bundesweit einheitlich zu regeln."

GRⁱⁿ Slama:

Passt, es zeichnet sich Zustimmung ab dafür. Erst einmal ein großes danke. Um ein paar Sachen noch klarzustellen. Also ich persönlich bin gegen eine Rassehunden-Liste. Ich habe mir ein bisschen angeschaut welche Hunde am häufigsten zubeißen. Die Rassen sind Golden Retriever, Schäfer und Mischlinge, keiner der drei steht auf jeglichen Rassenlisten. Ich bin aber sehr wohl der Meinung und da hätte ich gesagt zeichnet sich grundsätzlich der Wille dieses Gemeinderats ab, dass wir mehr

Voraussetzungen brauchen für Hundehalter und Hundehalterinnen und dass wir hier vor allem das Commitment brauchen von den Personen, damit sie sich wirklich mit ihrem Hund beschäftigen und mit ihrem Hund ein Leben führen, in dem Hund und Mensch gut zusammenleben können. Und danke Sabine für deinen Antrag, weil im Endeffekt, unsere Justizministerin hat das schon gesagt, es ist 2019 schon einmal probiert worden und im Endeffekt brauchen wir eine bundesweite Lösung. Ich hoffe nur, dass wir es schaffen, dass zumindest in der Steiermark wir schnell handeln können. Deswegen Dankeschön und vor allem auch danke für die Wortmeldungen meiner Vorredner:innen, sie waren alle sehr angenehm zu hören und schön zu wissen, dass wir da alle an einem Strang ziehen. Dankeschön.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen FPÖ, Lohr).

Der Zusatzantrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen FPÖ, KFG, Lohr).

8.5 Auswirkungen eines möglichen Ausbaus der Autobahn A 9 auf Graz (GR Mag. Dr. Kozina-Voit, Grüne)

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

Schönen Nachmittag noch einmal. Wir haben im September vom Land Steiermark den Rohentwurf, die Rohfassung einer Studie präsentiert bekommen, wonach der Ausbau der A 9 zwischen Wildon und Graz-West verkehrlich alternativlos sei. Man geht davon aus, dass Bevölkerung und Wirtschaft südlich von Graz weiter zunehmen. Man sieht, dass die Autobahn jetzt schon in gewissen Zeiten überlastet ist und sagt, okay, das würde steigen, es gäbe noch mehr Stau, deswegen braucht man eine dritte Spur, dann hätte man keine Überlastung mehr. Das muss man jetzt hinterfragen, weil bloß, weil

man die Flasche breiter macht heißt das nicht, dass der Stau weg ist, weil der Flaschenhals gleich eng bleibt. Und man muss auch die Annahmen da hinterfragen. Wenn man sagt, okay, es gibt mehr Bevölkerung und mehr Betriebe, ist es tatsächlich so? Wenn, dann kann das vielleicht über Nachverdichtung gehen. Wir haben dort jetzt schon eine enorme Versiegelung. Kalsdorf hat einen Baustopp beschlossen. Wir haben dort sehr wertvolle Ackerflächen. Wir wollen dort eigentlich gar nicht alles zupflastern. Die Steiermark ist jetzt schon Weltmeister in der Flächenversiegelung. Und aus diesem Grund ist hier wirklich ein Umdenken nötig, sonst haben wir zwischen Graz und Leibnitz bald nur mehr eine Betonwüste und dass kann ja so nicht das Ziel sein. Zurück zum Verkehr, es ist ja auch nicht Gott gegeben dann, dass mehr Verkehr entsteht. Also wenn es mehr Menschen und mehr Betriebe gibt, ja, dann werden mehr Wege zurückgelegt, aber nicht automatisch mehr Autoverkehr. Wie lange die Wege sind, womit die Leute fahren, das hängt einfach von der Infrastruktur ab. Und breite Straßen mit hoher Geschwindigkeit, die ziehen natürlich den Autoverkehr an, wer Straßen sät wird Autoverkehr ernten sagt man ja immer, und wenn ich jetzt die durchschnittliche Geschwindigkeit auch noch weiter erhöhe, dann steigt die Länge der Wege, und dann habe ich mehr Wege, längere Wege, das heißt in Summe viel mehr Autoverkehr, das heißt auch eine dritte Spur füllt sich rasch auf und in Stoßzeiten habe ich am Ende des Tages erst wieder Stau, wie viele Beispiele international belegen oder auch national. Was würde das jetzt mal für Graz bedeuten? Der Verkehr verschwindet ja auch nicht an der Stadtgrenze. Wir würden von Süden mehr Verkehr in die Stadt kriegen, ein Teil davon würde ins Stadtgebiet gehen über die Kärntner Straße, über die Triesterstraße, über den Südgürtel, vielleicht noch über die Straßganger Straße und andere. Und wir wissen, gerade im Grazer Süden sind die Menschen schon sehr belastet. Mit dem Ausbau der Autobahn hätten wir noch mehr schlechte Luft, noch mehr Lärm und noch mehr Bodenverbrauch. Graz muss ja laut Gesetz auch sicherstellen, dass kein Rückstau auf die Autobahn entsteht. Also man müsste diese Straßen weiter ausbauen, das kostet natürlich auch entsprechend, entlang der Kärntner Straße gibt es schon Pläne, dann müssten wir ja die ganzen Häuser dort oder einige Häuser dort auch abreißen. Also das ist alles wirklich Verkehrspolitik von gestern und wir sagen ganz klar, dass

wollen wir so nicht. Wir haben deswegen in Graz ja auch Klima- und Mobilitätsziele beschlossen. Wir wollen 2040 klimaneutral sein, wir wollen den KFZ-Verkehr im Stadtgebiet um 50 % reduzieren. Und jetzt wissen wir ja, dass die Hälfte des Verkehrs, den wir in der Stadt haben, aus dem Umland kommt. Das heißt, die Ziele für Graz sind nur erreichbar, wenn auch aus dem Umland weniger Autos in die Stadt kommen und nicht mehr. Das heißt, es ist auch ein absoluter Widerspruch zu einer Zunahme des Verkehrs auf der Autobahn, auf der A 9. Man sollte sich stattdessen Maßnahmen überlegen, wie man den Verkehr auf dieser Achse reduziert. Man könnte zum Beispiel Tempo 100 auf der gesamten Strecke als ersten Schritt anordnen, das würde zu weniger Stau führen und den ÖV natürlich auch wieder im Vergleich attraktiver machen. Das wird aber nicht reichen. Es wird noch weitere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung brauchen. Vor allem auch, und das ist schon sehr wichtig, zur Entlastung der südlichen Umlandgemeinden. Ich verstehe nicht wie man dort glauben kann, dass der Ausbau der Autobahn den Gemeinden eine Entlastung bringt. Die Autos fliegen ja nicht auf die Autobahn, die kommen, die fahren über die Zubringer durch die Gemeinden durch. Und wir sehen, überall wo Straßen ausgebaut werden, gibt es auch rundherum mehr Verkehr. Also was das bringen würde, die Verlangsamung des KFZ-Verkehrs auch in den Gemeindegebieten, mehr Tempo-30-Zonen, mehr Begegnungszonen, eine Reduktion der Straßenbreiten, ein Ausbau der Fuß- und Radwege, damit die Menschen dort auch Alternativen haben zum Auto, auch in den ländlichen Gemeinden, ein weiterer Ausbau des öffentlichen Verkehrs, auch kleine Park & Ride-Anlagen entlang der ganzen Stationen von öffentlichen Verkehrsmitteln und, ganz wichtig auch, eine Forcierung der funktionalen Durchmischung. Das heißt, dass man nicht auf der einen Seite das Wohngebiet hat und auf der anderen Seite das Gewerbegebiet und dazwischen weite Wege zurücklegen muss, sondern dass das eben auch in den Orten möglichst gut durchmischt ist, dass Arbeit, Einkauf, Bildung und Freizeit für viele zu Fuß und mit dem Fahrrad zurücklegbar sind. Also es gibt ganz sicher Alternativen, man muss sie nur sehen wollen. Wir in Graz gehen diesen Weg, wir forcieren die nachhaltige Mobilität, wir haben uns klare Ziele gesetzt, wir wollen weniger KFZ-Verkehr. Nicht nur wegen dem Klimaschutz, sondern wirklich auch wegen

den Menschen, all jenen Menschen, die jetzt schon unter dem vielen Verkehr leiden und das sind vor allem die weniger wohlhabenden Gruppen, wie wir auch wissen. Wir werden nicht zulassen, dass das jetzt von außen irgendwie debattiert und wird dann einfach noch mehr Autos und LKW's einfach nach Graz geführt werden. Deswegen stelle ich namens der Grünen ALG den folgenden

dringlichen Antrag:

1. Vizebürgermeisterin Judith Schwentner wird ersucht, eine von den zuständigen Fachabteilungen des Magistrats durchzuführende Untersuchung der verkehrlichen Auswirkungen eines dreispurigen Ausbaus der A9 zwischen Wildon und Graz-West auf den Kfz-Verkehr in Graz zu veranlassen – vor allem in Hinblick auf die Veränderung der Kfz-Verkehrsbelastung im Grazer Stadtgebiet, aber auch in Hinblick auf die dadurch nötigen straßenbaulichen Maßnahmen in Graz. Die Ergebnisse sind dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung sowie den zuständigen Abteilungen des Landes Steiermark vorzulegen.
2. Des Weiteren werden die zuständigen Mitglieder des Stadtsenats ersucht, auf politischer sowie auf fachlicher Ebene mit dem Land Steiermark in Austausch zu treten, um für die Zukunft die bestmöglichen klima-, umwelt- und Standort gerechten Mobilitätsentscheidungen für die Stadt Graz, für die südlichen Umlandgemeinden und für den gesamten steirischen Zentralraum zu erarbeiten.

Dabei sind eben auch Park & Ride-Lösungen im Einzugsgebiet von Graz zu berücksichtigen. Abschließend vielleicht noch, bei Radoffensive und ÖV-Ausbau gibt es ja schon eine sehr konstruktive Zusammenarbeit, auch bei Park & Ride. Also insofern bin ich mir sicher, dass wir da auch einen konstruktiven Weg finden. Ich darf um Diskussion und Annahme dieses Antrags bitten.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Das Land Steiermark hat im September des heurigen Jahres erste Ergebnisse aus der Rohfassung einer Studie zum möglichen Ausbau der Autobahn A9 zwischen Graz-West und Wildon präsentiert. Darin wird entlang der südlich von Graz liegenden Gemeinden von einer deutlichen Zunahme des motorisierten Individualverkehrs bis 2040 ausgegangen, woraus die Studienautoren auf Basis der Datengrundlage aus der Studienrohfassung zum Schluss gekommen sind, dass ein Ausbau der A9 aus verkehrlicher Sicht alternativlos sei.

Gleichzeitig hat die Stadt Graz einen Mobilitätsplan verabschiedet, der eine Reduktion des Kfz-Verkehrs im Stadtgebiet um 50% bis 2040 vorsieht. Diese Reduktion ist Voraussetzung dafür, dass Graz Klimaneutralität bis 2040 erreichen kann.

Daraus ergibt sich ein Widerspruch: Die Stadt Graz will den Kfz-Verkehr von und nach Graz reduzieren, das Land Steiermark geht hingegen von einer Zunahme des Verkehrs auf einer Autobahn aus, die direkt ins Grazer Stadtgebiet führt. Hier besteht dringender Klärungsbedarf, bevor weitere Schritte gesetzt werden.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Dringlichen Antrag

- 1. Vizebürgermeisterin Judith Schwentner wird ersucht, eine von den zuständigen Fachabteilungen des Magistrats durchzuführende Untersuchung der verkehrlichen Auswirkungen eines dreispurigen Ausbaus der A9 zwischen Wildon und Graz-West auf den Kfz-Verkehr in Graz zu veranlassen – vor allem in Hinblick auf die Veränderung der Kfz-Verkehrsbelastung im Grazer Stadtgebiet, aber auch in Hinblick auf die dadurch nötigen straßenbaulichen Maßnahmen in Graz. Die Ergebnisse sind dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung sowie den zuständigen Abteilungen des Landes Steiermark vorzulegen.*

2. *Des Weiteren werden die zuständigen Mitglieder des Stadtsenats ersucht, auf politischer sowie auf fachlicher Ebene mit dem Land Steiermark in Austausch zu treten, um für die Zukunft die bestmöglichen klima-, umwelt- und Standort gerechten Mobilitätsentscheidungen für die Stadt Graz, für die südlichen Umlandgemeinden und für den gesamten steirischen Zentralraum zu erarbeiten.*

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (17.18 Uhr).

GR Dr. Piffl-Percevic:

Frau Verkehrsstadträtin und Vizebürgermeisterin und Frau Vorsitzende, lieber Kollege Manfred Eber, liebe Alle hier und im Netz und auf der Galerie. Ich kann nur sagen lieber Kollege, Thema verfehlt. Du sprichst selbst im zweiten Teil deines Antrages von einer standortgerechten Mobilitätslösung. Du stülpst über die Realität eine Ideologie, du erwähnst keines dieser wesentlichen Fakten, die da uns zum Handeln zwingen. Vorgeschichte: Graz, die Landeshauptstadt der Steiermark, ist seit den 50-er Jahren von Gleisdorf bis Mooskirchen in der Planung 6-spurig, der A 2. Danach folgte die A 9 vom Norden 6-spurig von Friesach. Und ausgerechnet in dem Entwicklungsraum der Stadt, wo schon lange die umweltschädlichen Betriebe, Logistikbetriebe, LKW-Reparatur, Rauch & Wagner, schon längst sich an der A 9 südlich, Gott sei Dank, vorbildlich, zum Teil ohne Förderung, angesiedelt haben und das Stadtgebiet nicht mehr belasten. Dort haben wir die 4-spurige Autobahn. Einzige Ast Richtung Süden. Soweit so gut oder so schlecht. Alle schwärmen von der Koralmbahn. Ende nächsten Jahres wird sie fahren, nicht nur die GKB auf der Strecke. Was haben wir dort an der Koralmbahn. Das neuntgrößte Immobilien-Logistik-Zentrum, nicht Österreichs, Europas, der Güterterminal Werndorf. Hast du vom Kombiverkehr schon mal was gehört? Okay, ich dann der These Straße zieht Auto an zu einem gewissen Punkt durchaus folgen. Dort haben wir ein anderes Phänomen. Schiene zieht Straße an. Der

Kombiverkehr braucht in der Lastmeile die Straße. Das nächste große leistungsfähige Logistikzentrum ist westlich von Graz, Villach. Und, ihr werdet es nicht glauben, ich habe es auch nicht geglaubt, schau in die Bücher, ins Internet, östlich von Graz ist das nächste leistungsfähige Kombigüterzentrum, Wien. Wir haben in Kapfenberg und St. Michael, Gott sei Dank für die obersteirische Industrie, auch zwei Zentren. Aus – Ende. Das heißt, der ganze Gewerbeverkehr entlang der Koralmbahn, jedenfalls von Frohnleiten Richtung Westen, wird logistisch für die vielen Betriebe, interkommunale Gewerbeparks in der Weststeiermark, alles wird mit LKW von Werndorf abgewickelt. Die Mitarbeiter kommen mit der S-Bahn, da bin ich voll dafür, das müssen wir erreichen. Der Frachtverkehr dessen, was sie dort erzeugen, kommt alles von Werndorf. Ihr steckt den Kopf in den Sand. Koralmbahn heißt Ausbau der A 9. Das ist schon längst im Gange. Messpunkt die Autobahnabfahrt bei Wildon, nicht die nach Wildon, sondern Richtung Preding, in beiden Richtungen, schon längst realisiert. Denn die Koralmbahn wird ein gewaltiges Verkehrsaufkommen entlang ihrer gesamten Strecke für die Gewerbebetriebe erzeugen. So, mehr brauche ich nicht sagen, jetzt schon

103 % Auslastung jenseits jeder Sicherheitsaspekte und der Leistungsfähigkeit und demnächst, in ein paar Jahren, 108. Meine Klubobfrau, Kollegin Dani Gmeinbauer, wird dann unseren Abänderungsantrag hiezu einbringen. Das war jetzt nur das Warmlaufen dort wo wir uns befinden. Das schaut total anders aus als du das darstellst. Danke.

GR Wagner:

Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, hoher Gemeinderat. Ja, der dringliche Antrag hat mir ein bisschen ein Schmunzeln ins Gesicht gezaubert. Ein dringlicher Antrag vom grünen Gemeinderat, der die grüne Vizebürgermeisterin beauftragt oder ersucht eben etwas zu tun. Ich gehe einmal davon aus, ihr könnt ja wahrscheinlich auch miteinander reden. Oder du hast es so genau niedergeschrieben, weil du der Vizebürgermeisterin als Verkehrsstadträtin misstraust und nicht glaubst, dass sie das so in deinem Sinne erledigt. Aber sei es wie

es ist. Ich glaube es ist die nächste Episode mit wer kann härter gegen den Autofahrer vorgehen. Der Preis der geht jetzt definitiv an dich. Aber jetzt zum Antrag Ausbau der A 9 aus verkehrlicher Sicht alternativlos, steht oben, drunter steht natürlich ihr wollt im Stadtgebiet den Autoverkehr um 50 % reduzieren. Da ergibt sich ein Widerspruch, das sehe ich genauso wie du das siehst und da sind wir uns auf jeden Fall einig. Wenn da nämlich die Phantasie mit der Realität aufeinanderprallt und das ist definitiv in dem Zusammenhang ein Widerspruch. Ich bin auch sehr gespannt, wie die SPÖ mit dem Thema umgehen wird. Der Anton Lang hat sich ja ganz eindeutig auch dafür ausgesprochen und hat alle sin die Wege geleitet, in dem Antrag allerdings steht da im Motivenbericht drinnen, bevor weitere Schritte gesetzt werden, ich glaube die sind gesetzt, und in dem Fall eben von Graz aus zu richten, dass wir jetzt mit allem wieder aufhören halte ich einfach nicht für ganz richtig und sinnvoll. Wie gesagt dem dringlichen Antrag kann ich da wirklich nicht zustimmen. Ich glaube nämlich auch, dass die Frau Vizebürgermeisterin und auch die Verkehrsabteilung sehr wohl, wenn so ein Projekt auf Graz zukommt, dass natürlich im Auge behaltet, natürlich schauen wird und sich da sorgen wird was passiert dann mit den Autos die ankommen, auch wenn ganz sicher nicht alle Autos, die jetzt dann auf der dritten Spur fahren, vor lauter Spaß dann nach Graz fahren, weil sie sonst nichts Besseres vorhaben. Die werden auch da vorbeifahren, da brauchen wir uns überhaupt nicht fürchten. Das wird wirklich nicht passieren. Um noch einmal zurückzukommen auf das Thema. In der letzten Sitzung habe ich einen Antrag eingebracht. Da geht es um eine Park & Ride-Geschichte im Bereich Webling. Ich glaube das wäre sinnvoll, dass dann dringlich zu behandeln, weil das werden wir dann jedenfalls brauchen mit einer guten Anbindung in die Stadt, dass die ganzen Einpendler und die Konsumenten, die glücklicherweise nach Graz kommen, also ich möchte die nicht verschrecken, ich bin froh, dass die alle herkommen und ich glaube die Gewerbetreibenden sind auch alle froh, dass die herkommen. Damit wir die dann vielleicht dort zum Umsteigen aktivieren können und dafür begeistern können. Und es wird auch andere geben die weiterhin mit der S-Bahn, mit dem Zug nach Graz fahren und ich glaube das ist auch ganz gut und das kann man mit Anreize schaffen

und da muss man jetzt nicht wieder was abdrehen und gegen wen vorgehen und jemanden zum Glück zwingen. Ich glaube das brauchen wir nicht. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG, Lohr).

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:** (Abänderungsantrag)

Liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Vieles ist schon gesagt worden im Zuge der Dringlichkeit. Aber ich würde gerne aufrollen wie die Geschichte eigentlich begann und warum wir jetzt diskutieren ja oder nein eine dritte Spur, Ausbau oder nicht und für wen und warum und überhaupt. Es gab Ende 2021 durch das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Innovation und Technologie den Beschluss, dass man Projekte, durch die Asfinag lanciert, auch aus Klimaschutzgründen absagt und da hat es bedauerlicherweise auch den Ausbau der A 9 bei uns in der Steiermark getroffen. Anders kann man es nicht formulieren. Daraufhin hat die Landesregierung einen Unterausschuss und in diesem Unterausschuss ist man letzten Jahres, im Sommer, zu dem Entschluss gekommen, dass man mit Beschluss in der Landesregierung eine Studie in Auftrag gibt. Diese Studie wurde dann im Juni 2022 in Auftrag gegeben und die TU Graz und eine weitere Agentur in Zusammenarbeit hat diesen Auftrag dann erhalten und wurde in Aussicht gestellt, dass man 12 Monate später die Ergebnisse präsentieren kann. Diese Ergebnisse haben dann heuer Ende August stattgefunden. Die Präsentation durch unseren Landeshauptmann und auch durch den Verkehrsreferenten und Landeshauptmannstellvertreter Toni Lang, wo präsentiert wurde, dass es sehr wohl, und es ist alternativlos, zu anderen Überlegungen, Ambitionen, es muss eine dritte Fahrspur her, sonst wird man dieser Situation nicht mehr Herr. Das soll jetzt kein Wortspiel sein. Und warum sage ich das jetzt? Es geht nicht nur darum und meine Befürchtungen, lieber Herr Kollege, möchte ich zerstreuen, wenn wir eine dritte Fahrspur hier jetzt bauen nach Graz und ab Graz, an Graz, dann heißt das nicht, dass wir mehr Autoverkehr haben. Wir würden zuerst alle Umlandgemeinden, wo viele Autofahrer in der Früh und auch zu

Stoßzeiten am Nachmittag schon ausweichen, natürlich wieder beruhigen. Diese Umlandgemeinden schnaufen auch unter dem Verkehr, weil viele eben diese Ausweichrouten nutzen um schneller voranzukommen und sich das in der Früh, dieses zweispurige Gewusel und Stausituation nicht antun, ob es jetzt in der Früh ist oder auch am Nachmittag. Und selbst an den Wochenenden, wo wir gar nicht jetzt vom Güterverkehr auf der Autobahn reden, hat man zu Stoßzeiten den Ausflugsverkehr, und das ist auch bitte Stau. Und von daher darf ich bitte meinen

Abänderungsantrag

einbringen. Und zwar im Absatz 1 wird die zuständige Verkehrsstadträtin aufgefordert die Erkenntnisse der vorliegenden Studie der TU Graz zur Kenntnis zu nehmen und ehestmöglich einen Termin mit der zuständigen Bundesministerin mit dem Ziel zu vereinbaren, rasch die Umsetzung der dritten Spur anzustreben. Und im Punkt 2 darf ich die zuständige Verkehrsstadträtin auffordern endlich einen umfassenden Ausbau der Park & Ride-Anlagen innerhalb bzw. an den Stadtgrenzen zu starten. Das haben wir des Öfteren hier in diesem Haus schon angeraten und auch erbeten. Dann kann man vielleicht ein bisschen den Verkehr vor den Stadtgrenzen der Stadt auffangen, die dann in den öffentlichen Verkehr übergehen. Und zu guter Letzt darf ich mir noch die Anmerkung erlauben, da unser Stadtbudget eh nicht gesegnet ist, zweifle ich an einer Studie, die das Gegenteil besagt von der Studie der TU Graz. Dankeschön.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Der vorliegende Dringliche Antrag ist eine neuerliche Attacke auf den Wirtschaftsstandort Graz, vielmehr ist der dreispurige Ausbau der A9 in Richtung Süden lebenswichtig für den Standort Graz. Eine Studie von unserer renommierten Technischen Universität gibt es dazu bereits, die dies untermauert.

Das für die steirische Landeshauptstadt wesentliche Logistikzentrum liegt an der A9 in Werndorf.

Des Weiteren sehen wir keine Gefahr für den innerstädtischen Verkehr, wenn es endlich einen Ausbau der Park & Ride Anlagen am Stadtrand geben würde.

Aus diesem Grund stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Abänderungsantrag:

- 1. Die zuständige Verkehrsstadträtin wird aufgefordert, die Erkenntnisse der vorliegenden Studie der TU Graz zur Kenntnis zu nehmen und ehestmöglich einen Termin mit der zuständigen Bundesministerin mit dem Ziel zu vereinbaren, rasch die Umsetzung der dritten Spur anzustreben.*
- 2. Die zuständige Verkehrsstadträtin wird aufgefordert, endlich einen umfassenden Ausbau der Park & Ride Anlagen innerhalb der bzw. an den Stadtgrenzen zu starten. Ein entsprechender Bericht über den derzeitigen Planungsstand ist dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung in der nächsten Sitzung vorzulegen.*

GR Winter:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Ich melde mich bei dem Antrag zu Wort, weil ich selbst betroffen bin, weil meine hauptberufliche Tätigkeit in Wildon ist und ich sehe das im Prinzip jeden Tag, welches Verkehrschaos vom Süden nach Norden in der Früh herrscht. Und man merkt genau, dass hier nicht erkannt wurde wie die Realitäten sich eigentlich lagern. Mindestens ab Lebring staut es sich Richtung Norden, und zwar genau bis zu einem Punkt, bis zur Abzweigung Graz Ost, genau in diesem Bereich teilt es sich auf. Das heißt diese Auswirkung auf das Stadtgebiet selbst wird sehr, sehr gering sein. Warum? Weil genau bis zu diesem Punkt der Stau ist und dann auf einmal nicht mehr. Jeder das klar erkennt weiß aber auch das kommt nicht von ungefähr. Wir haben im Süden der Steiermark, wir haben im gesamten Leibnitzer Bereich, wir haben natürlich auch im Süden von Graz-Umgebung in den letzten Jahren einen enormen Zuzug an

Wohnhäusern, an Mehrparteienhäusern erlebt und selbstverständlich müssen sowohl die Menschen, aber auch diese ganzen Betriebe, die sich auch in diesem Bereich teilweise angesiedelt haben, denken wir an Lebring, riesiges Industriegebiet entstanden, mit Gütern, die natürlich zum Großteil auch mit LKW's beliefert werden. Das heißt, es kann nur eine Verbesserung geben, wenn wir uns den Realitäten anpassen. Und ich verstehe persönlich nicht warum man diese Studie der TU in dem Sinn nicht anerkennt. Für mich gibt es einzige Erklärung. Das Ergebnis passt nicht zu den ideologischen Vorstellungen. Und so lässt sich leider Gottes keine Politik machen. Wir müssen mit den Realitäten leben und infolgedessen brauchen wir, und das ist auch das Ergebnis von dieser TU-Studie, wir brauchen diese weitere Spur, um dieses Verkehrschaos langfristig zu lösen und in dem Bereich eine Verbesserung anzustreben und auch zu erreichen. Und ich muss auch am Ende noch was wirklich Bezeichnendes sehen was für mich ja auch der Kern von diesem Antrag eigentlich ist, es ist bis zu einem gewissen Grad eine Effekthascherei. Also, soweit ich informiert bin, ist die Frau Vizebürgermeisterin und auch du, ihr seid in der gleichen Partei. Jetzt forderst du deine eigene Vizebürgermeisterin auf, dass sie Untersuchungen mit den Fachabteilungen der Stadt Graz vorantreibt, welche Auswirkungen sich ergeben würden. Also, bei allem nötigen Respekt, bis zu einem gewissen Grad lachen ja die Hühner bei dem Antrag.

GR Huber:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, lieber Antragsteller, lieber Christian. Vielen Dank für dein Kompliment zuerst einmal, weil das finde ich super, dass du um 11.57 Uhr anscheinend noch einmal was von uns kopierst, von unserem Abänderungsantrag, und zu deinem Antrag hinzufügst. Das haben wir bis jetzt nicht gewusst, aber auch als ÖVP lernen wir nicht aus. Danke dafür, das wissen wir jetzt für die Zukunft, werden wir auch so handhaben. Aber ich möchte deinen Antrag, lieber Christian, schon dazu benutzen um herauszuarbeiten was der Unterschied zwischen der ÖVP und den Grünen in der Verkehrspolitik ist, nämlich ihr nehmt wirklich jedes Verkehrsprojekt zum Anlass um den Menschen das Leben schwer

zu machen. Ihr seht überall nur Auto weg, nämlich nichts Anderes wird diese Studie sagen am Ende des Tages, und wir sehen das komplett anders. Wir sehen nämlich den Menschen hinter dem Auto, wir sehen die Lehrerin, die zur Arbeit fährt, wir sehen die Pflegerin, wir sehen die Krankenschwester, die jeden Tag nach Graz zur Arbeit fährt, denen wir das Leben erleichtern müssen und nicht erschweren müssen meine sehr geehrten Damen und Herren. Und der Kollege Winter hat es eh schon angesprochen was mich auch sehr amüsiert hat muss ich ehrlicherweise sagen, weil das kommt ja schon fast einem Misstrauensantrag gleich vom eigenen grünen Klub an die Frau Vizebürgermeisterin Schwentner. Also ihr sitzt ja zusammen im Klub. Und wir haben ja zusammen Ausschüsse, also, wenn ihr nicht zum Reden kommt, ich gehe mit euch beiden gerne mal auf einen Kaffee, dann fädle ich das ein, dass ihr zum Reden kommt. Aber irgendwie ist das schon komisch, weil dieser Antrag lässt dann eigentlich nur zwei Schlüsse über. Nämlich, entweder spricht die eigene Vizebürgermeisterin nicht mit dem eigenen Klub, das wäre traurig, aber würde mich nicht überraschen, oder der zweite Punkt, und ich glaube eher, dass es das ist, der eigene grüne Klub sieht, dass die Arbeit der grünen Vizebürgermeisterin ins Leere läuft. Und jetzt müssen wir auf dem Weg schauen, dass man das irgendwie noch einmal ins Reine bringt, dass das eine erfolgreiche Periode wird, Frau Vizebürgermeisterin Sie lachen, aber es ist leider wirklich so. Sie schikanieren die Autofahrer bei jeder Gelegenheit und das wird es mit uns nicht geben und ich fordere Sie wirklich auf ein bisschen eine realitätsnahe Politik zu machen, auch für die Autofahrer.

GR Dr. Hackenberger:

Liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bin ja an sich nicht vom Fach und auch mein Klubobmann ist irritiert und verwundert, dass ich da jetzt rausgehe ohne das abgesprochen zu haben. Es sind mir nur einige Dinge so im Gedächtnis haften geblieben, dass ich nicht drumherum komme ein paar Worte dazu zu verlieren. In Städten, in denen sie rundherum und mitten durch die Städte riesige Autobahnen haben, 8-spurig, 10-spurig, stehen die Leuchte am allermeisten im Stau. Das ist sehr

symptomatisch und es spricht nicht gerade dafür mehr Straßen zu bauen und breitere Autobahnen zu bauen, sondern das spricht eindeutig dagegen. In Jakarta stehen die Leute 22 Tage im Stau im Jahr. Das Problem scheint, ihre Realitäten sind offensichtlich, dass es so viele Autos gibt wie sich die Menschen das leisten können und in jedem Auto mehr oder minder ein Mensch drinnen sitzt, der wahnsinnig viel Fläche und wahnsinnig viel Straße verbraucht und damit zum Staugeschehen massiv beiträgt. Das heißt, wenn Sie sich anschauen welche Städte in Europa moderne Verkehrspolitik betreiben und was die tun, dann werden Sie sehr unschwer erkennen können, dass überall dort wo in die Zukunft gedacht wird und nicht in die Vergangenheit, die Straßen nicht verbreitert werden und die Autobahnen nicht vergrößert werden. Und ich denke, dass sollten wir uns auch ersparen, das kostet viel Geld, das versiegelt uns die Landschaft und bringt uns nichts. Wir müssen letztlich schauen wie alle anderen in die Zukunft denken, dass wir weniger Autos haben werden und weniger Autos unser vorhandenes Straßennetz bevölkern. Und der Kollege Huber, dem gratuliere ich, der ist Hellseher, der weiß jetzt schon was in der Studie drinstehen wird, die derzeit noch nicht beschlossen ist. Danke.

GR Huber: (tatsächliche Berichtigung)

Herr Kollege Hackenberger, ich weiß ja nicht wo Ihre A 9 verläuft, aber die A 9 von der wir sprechen verläuft nicht direkt durch die Stadt Graz, sondern außen herum. Also ich weiß nicht von welchem Stau Sie sprechen innerhalb der Innenstadt.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (17.40 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Der Kollege Hackenberger hat es schon erwähnt. Vielleicht einmal zum Antrag. Erstens, ich würde sehr gerne die Studie kennen, also ich nehme genau Bezug auf deinen Abänderungsantrag. Die Studie gibt es noch nicht. Das waren Ankündigungen in den

Medien und es wurde schon breit auf diese Ankündigungen reagiert. Nicht zuletzt von Verkehrsexpertinnen und –experten, auch dem Herrn Kollegen Fallast, euch sehr bekannt, von eurer Fraktion sehr oft auch jetzt als Experte quasi im Einsatz. Genau er sagt auch, man müsste erforschen was das eigentlich für das Grazer Stadtgebiet bedeutet, wenn jetzt eine vierte Spur gebaut wird. Also, genau das, was er sagt, greifen wir, greift mein Kollege gerade mit seinem dringlichen Antrag auf. Ich würde gerne aber eines noch klarstellen. Ich mache für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer Verkehrspolitik. Das ist der große Unterschied zu früher. Nämlich für die zu Fuß Gehenden, für die Radfahrer:innen, für die Autofahrer:innen und für die, die in Öffis fahren. Zweitens, ich nehme sämtliche Beschlüsse, die hier im Gemeinderat gefasst wurden, sehr, sehr ernst, das sind nicht zuletzt die Klimaziele, die haben wir hier gemeinsam beschlossen, einstimmig, wenn ich mich recht erinnere. Und auf den Klimazielen basierend passieren auch die Mobilitätsziele 2040. Und wenn ich das ernst nehme, dann werde ich umschichten müssen, umschichten unter Führungszeichen, umverlagern, nämlich von der Straße auf die Schiene, von der Straße auf den Radweg, von der Straße zum zu Fuß gehen. Und wir müssen die entsprechende Infrastruktur schaffen. Drittens, ist schon öfter erwähnt, es ist eine gute Zusammenarbeit dem Land in vielen Bereichen, bei der Radoffensive genauso wie bei der Park & Ride-Strategie, die genau das brauchen wird, dass die Leute früh genug umsteigen und andere Verkehrsmitteln, nämlich zum Beispiel die S-Bahn verwenden um in die Stadt rein zu fahren. Deswegen verbiete ich mir eigentlich da sämtliche Polemik. Ich nehme die Gemeinderatsbeschlüsse sehr ernst und mache wirklich Politik für alle, und das ist der große Unterschied zu früher.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (17.45 Uhr).

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

Vielen Dank für diese doch sehr hitzige Diskussion. Erstens möchte ich einmal festhalten, dass ich es sehr wichtig finde, dass wir hier als höchstes Organ der Stadt ein klares Zeichen setzen. Deswegen diskutieren wir das nicht intern, parteiintern, sondern hier im Gemeinderat im höchsten Gremium. Zweitens, ihr macht mich ein bisschen traurig, ich komme mir da ein bisschen vor wie ein Fußball mit neun Millionen Teamchefs, wo jeder glaubt er kennt sich aus. Wir haben sehr viele Argumente aus den 70-er Jahren gehört, ich habe gedacht wir sind weiter. Leider ist das offenbar nicht der Fall. Sie sagen, da brauchen wir uns nicht fürchten, es ist eh keine Gefahr, es steht im Antrag. Wir brauchen nur ein bisschen Park & Ride am Stadtrand machen oder die fahren eh alle nach Graz Ost und lösen sich dann in Luft auf. Die fahren sicher nicht weiter nach Graz. Also lauter so Argumente, wo man sich denkt, schaut euch doch bitte die Empirie an, schaut euch die Realität an. Was passiert denn, wenn man eine Straße ausbaut? Man kriegt überall mehr Verkehr. Natürlich gibt es überall gute Argumente. Das ist ja nicht so, dass in anderen Städten einfach Straßen ausgebaut werden aus heiterem Himmel. Die sagen auch, ja bei uns wächst halt die Bevölkerung, bei uns wächst die Wirtschaft, deswegen müssen wir das ausbauen. Das ist ja jetzt kein Spezifikum für Graz. Und trotzdem führt es immer wieder zu den gleichen Problemen. In Wien haben sie sich auch gedacht, dass sie mit der Südost-Tangente alle Probleme lösen. Das ist der größte Staumagnet von allen geworden. Also das ist einfach so schlechte Argumentation, das ist ein Wahnsinn. Ich möchte nur noch auf diesen Punkt mit der Ideologie eingehen, weil das lasse ich mir nicht gefallen, das ist einfach völlig daneben, wenn man das so kommuniziert. Wir haben hunderte Gründe, warum wir den Verkehr in der Stadt reduzieren wollen. Wir haben deswegen Mobilitätsziele beschlossen. Die Menschen in der Stadt leiden unter dem Verkehr und die, die sich zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem ÖV bewegen wollen, werden benachteiligt. Wenn da Ideologie ist, dann gibt es eine andere Ideologie und die haben wir eh zur Genüge gehört, dass man einfach den Autoverkehr weiter forcieren will wie bisher und das ist sicher nicht die Linie die wir befürworten können. Also letzten Endes wollen wir ja eigentlich eh nur eine Überprüfung. Wir wollen eh nur schauen, was das jetzt auf Graz heißt. Ihr sagt, nein, das wird eh nicht alles so schlimm, aber eigentlich

geht es uns um eine Überprüfung und es geht uns um einen guten Dialog mit dem Land. Wie man da dagegen sein kann, verstehe ich nicht ganz. Deshalb freue ich mich, wenn dann doch eine Zustimmung dazu stattfindet. Dankeschön.

Der Abänderungsantrag wurde ablehnt (gegen ÖVP, KFG, Lohr, KPÖ).

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr).

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (17.48 Uhr).

8.6 Schulprojektatlas als identifikationsstärkender Beitrag (GRⁱⁿ Dipl.-Wirtschaftsing.ⁱⁿ Daniela Schlüsselberger, SPÖ)

GRⁱⁿ Dipl.-Wirtschaftsing.ⁱⁿ **Schlüsselberger:**

Liebe Stadtregierung, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Es geht heute wieder einmal um die Bildung bei mir. Und es freut mich immer wieder, dass die Bildung in dem Hause eigentlich ein Herzensprojekt von vielen ist und ich hoffe auch dieses Mal habe ich viele an Bord. Es geht nämlich um einen Schulprojektatlas. So, das ist jetzt vielleicht ein Wort, wo man sich nicht viel drunter vorstellen kann. Ich werde dann auch im inhaltlichen Teil noch genauer erklären was ich meine. Aber für was braucht es diesen Atlas, der kurz gesagt nicht anderes ist als eine Aufsammlung von Möglichkeiten, was die Stadt so bietet. Die Stadt nicht als einzelnes Organ, sondern alles was sich innerhalb der Stadtgrenzen befindet. Gut, wieso ist das jetzt wichtig? Na die Schule fängt an und viele von euch werden es kennen von den Kindern, von den Enkelkindern, von Nichten und Neffen, da sind alle aufgeregt und am

Anfang ist immer relativ viel los und dann werden thematisch schon die ersten Felder abgesteckt von unseren großartigen Pädagoginnen und Pädagogen. Und innerhalb dieser Felder ist es oft ein Mühseliges eine Exkursion zu planen. Jetzt macht zum Beispiel eine Pädagogin etwas zum Thema Energie, Energiewende, Energiesparen. Da muss ich jetzt wieder wissen was innerhalb der Stadt an Ausflügen möglich ist, sie muss jahrelange Erfahrung haben oder ein Zufall hat sie auf die Initiative gebracht. Oder, sie könnte wo nachschauen, wo drinsteht, dass im Norden von Graz ein kleines EVU eine Stromschule hat, Kindern dort eine Führung anbietet, die 2 ½ Stunde dauert und ihr nichts kostet und wie sie mit welcher Buslinie dort hinkommt. Oder sie möchte etwas im Bereich Mobilität machen. Jetzt lassen wir einmal die Autos weg, sondern gehen in den öffentlichen Verkehr, der Straßenbahn, dann muss sie wissen, dass man bei der Holding die Werkstatt besuchen kann, die Straßenbahnen anschauen, schauen wie das Ganze funktioniert und dass man dort auch willkommen ist. Wie man hinkommt, wie viel Kinder das sein können, wie lange das dauert. Und, und, und, da gibt es ganz viele Möglichkeiten in Graz und ganz tolle Pädagoginnen und Pädagogen die diese Möglichkeiten nutzen würden, gerade am Schulanfang, wo die Themengebiete abgesteckt sind, auch noch Potential da ist gewisse Ausflüge zu planen. Und deswegen müssen wir jetzt frühzeitig so einen Projektatlas ins Leben rufen, hoffentlich. Ich bin einmal guter Dinge, damit man spätestens im nächsten Schuljahr, vielleicht schon Ende des Sommersemesters, wo dann der eine oder andere Ausflug auch möglich ist, schon wo nachblättern kann und sich nicht mühselig das zusammensuchen muss. Und deswegen hoffe ich einmal auf Zustimmung zur Dringlichkeit und freue mich dann auch über Weiteres. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG, Lohr).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Graz hat sehr viel zu bieten: Unsere Stadt beheimatet eine ganze Reihe namhafter NGO's, die ganz wesentlich mit zum sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen, die auch über die Stadtgrenzen hinaus den Gedanken der Menschenrechtsstadt Graz, der solidarischen Gesellschaft tragen; Graz ist der Wirtschaftsmotor des Zentralraumes – mit namhaften Leitbetrieben und Unternehmen; Graz ist mit den Universitäten und Fachhochschulen Bildungsstadt; und nicht zuletzt verfügt Graz über viele städtische Einrichtungen, die der Bevölkerung hervorragende Serviceleistungen bieten. Manches davon ist bekannt, manches ist weniger bekannt – umso wichtiger ist es, frühzeitig bereits Kindern und Jugendlichen diese Bandbreite aufzuzeigen, sie mit ihrer Heimatstadt „vertrauter“ zu machen. Das war auch mit ein Grund dafür, dass Tatjana Kaltenbeck in ihrer Funktion als Schulstadträtin vor gut 25 Jahren einen Schulprojektatlas herausgab, der damals in den Grazer Schulen auf großes Interesse stieß.

Die Idee dahinter: Lehrer:innen sind immer wieder auf der Suche nach interessanten Exkursionen und Projekten – der Schulprojektatlas listet solche Möglichkeiten, die sich in Graz bieten, auf: Von Medien über die verschiedensten Vereine, Unternehmen, Kulturinstitutionen bis hin zu städtischen Einrichtungen wie Feuerwehr, Sturzgasse oder Klärwerk können Dutzende mögliche Themen für Exkursionen, Besichtigungen, Themen aufgelistet werden. Und das durchaus detailliert mit Zielrichtung, den jeweiligen Ansprechpartner:innen, allfälligen Kosten bis hin zur Altersgruppe, für die das Angebot interessant sein könnte. Kinder und Jugendliche können auf diesem Weg wiederum erfahren, was Graz alles zu bieten hat – ein solcher Schulprojektatlas könnte somit auch durchaus identitätsstiftende Wirkung haben, was auch in Hinblick etwa auf die Migration von Bedeutung wäre.

Daher stelle ich im Namen des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag:

Die Abteilung für Bildung und Integration und die städtische Kommunikationsabteilung werden ersucht, unter Beiziehung aller relevanten Abteilungen zu prüfen, inwieweit die Möglichkeit besteht, dass gemäß Motivenbericht ein solcher Schulprojektatlas für die Grazer Volks- und Mittelschulen sowie gegebenenfalls auch für die AHS-Unterstufe entwickelt und aufgelegt wird. Ein entsprechender Bericht ist dem Bildungsausschuss bis Jänner kommenden Jahres vorzulegen.

GRin Dipl.-Ing.ⁱⁿ **Aygan-Romaner:**

Liebe Stadtregierung, liebe Kolleg:innen, liebe noch vorhandene Zuschauer:innen online, auf der Galerie ist ja niemand mehr. Liebe Dani, danke für diesen dringlichen Antrag. Wie schon alle wahrscheinlich wissen habe ich selber drei Kinder im Schulalter und ich weiß wie sehr sie sich freuen, wenn es um Projekte geht in der Schule, wenn sie einmal aus dem Schulalltag rauskommen und anders lernen können. Weil es geht ja nicht darum, dass sie keine Bildung mehr vermittelt bekommen, sondern ganz im Gegenteil, Bildung auf viele verschiedene Möglichkeiten vermittelt bekommen. Wie schwer das teilweise für Lehrer:innen ist habe ich mit meiner mittleren Tochter vor zwei Jahren erlebt, die nach Wien wollten und da einfach nicht mitfahren durften usw. Das wurde auch schon groß berichtet in der Zeitung, das war die Klasse meiner Tochter. Und dass es eben schon ein großer Aufwand für die Lehrer:innen, für die Lehrpersonen, bedeutet, einfach diese große Fülle, die es in der Stadt Graz gibt, zusammenzufassen. Das führt im Endeffekt dazu, dass Schulen eine Liste haben, wo sie regelmäßig eben Projekte und Ausflüge und Workshops eben buchen oder hingehen, aber eine große Zusammenfassung hat es, glaube ich, 1996 einmal gegeben, also es schon relativ lange her. In meinem beruflichen Umfeld habe ich auch mit NGO's und Projekten und Workshopangeboten zu tun, dort im Zusammenhang mit Stadtentwicklung und Wohnen. Aber das kann man wirklich sehr analog sehen zu Schulprojekten. Wir haben nämlich eine unglaubliche Fülle an NGO's, Institutionen, Organisationen, die Führungen sehr oft kostenlos oder wirklich ermäßigt für Schulklassen anbieten. Da würde es einfach total Sinn machen, wenn man einen Atlas, das heißt jetzt natürlich nicht, dass man etwas

Analoges zum Blättern haben müssen, wir sind ja, Gott sei Dank, schon sehr digital auch unterwegs und es wäre zum Beispiel auch ein Anwendungsbereich der KI, also das ist ja nicht von der Hand zu weisen, man muss das ja positiv sehen. Analog dazu vielleicht zu sehen was gerade entwickelt wird im Zentralraum Graz mit der Jugendlandkarte, das ist ja für den Zentralraum Graz schon fertig, die Angebote für Jugendliche, das kann man wirklich ganz, ganz analog zum Atlas für Schulprojekte sehen. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir da einfach gemeinsam das beschließen können. Von unserer Seite gibt es auf jeden Fall ein großes ja.

StR Hohensinner:

Ganz spontan von meiner Seite. Wir begrüßen die Idee. Ich habe selbst jetzt einen Sohn in einer Volksschule und ich glaube jede Schule hat eine Liste an Möglichkeiten, wo man außerhalb der Schule auch lernen kann. Und wenn man diese Listen zusammenführen ist das sicher ein Mehrwert. Wir schauen ja auch, dass wir die unterschiedlichsten Museen kostenlos bereitstellen, wie das Kindermuseum oder das Center of Science Activities und ich glaube, dass das eine gute Geschichte ist, wenn man das zusammenführt. Wir haben ja eine Bildungsstrategie gemacht, wo wir einmal 70 unterschiedliche Ideen gehabt haben, die wir alle systematisch dann umgesetzt haben. Und ich möchte einfach als Bildungsstadtrat eine Einladung an euch alle aussprechen. Wenn ihr irgendeine gute Idee habt, ich bin der Erste der so eine Idee auch umsetzt, man muss nicht alles dann dringlich im Gemeinderat einbringen. Ich war selbst lange Gemeinderat, ich weiß schon, da versucht man dann auch gewisse Punkte zu machen, das kann ich nachvollziehen, aber es geht oft schneller, wenn man das mit mir bespricht, mit der Bildungsabteilung, weil es ist im Sinne der Kinder letztendlich, dann können wir solche guten Ideen auch schneller umsetzen. Das ist ein Angebot.

GRⁱⁿ Dipl.-Wirtschaftsing.ⁱⁿ **Schlüsselberger:**

Vielen lieben Dank auch schon mal für die sich abzeichnende mehrheitliche Annahme. Ich glaube der eine oder die andere haben ja doch beschlossen nicht mitzugehen. Danke Kurt auch für dein Angebot. Bewusst ein dringlicher Antrag, erstens bewusst sein, zweitens die Einladung an alle, du bist ja mit gutem Beispiel vorangegangen. Ich kann mir vorstellen, dass auch alle anderen Stadtsenatsmitglieder in ihrem Bereich natürlich diese Einladung auch aufnehmen und auch dort schauen, deswegen sind ja auch exemplarisch Abteilungen genannt, aber es trifft ja alle, es trifft die Holding, es trifft das breite Angebot innerhalb von der Stadt und ich glaube da werden wir alle zusammenhelfen. Ich freue mich. Ja, auch über eine digitale Variante, natürlich, würde ich sagen, analog hat auch Vorteile, aber macht doch Sinn und bin ich ganz bei dir. Ob KI oder ob es die Intelligenz des Hauses ist, ist jetzt zweitrangig. Aber zumindest freue ich mich darauf, dass es mit großer Zustimmung von euch möglich ist, zukünftig den Pädagogen und Pädagoginnen einfach das Leben ein bisschen leichter zu machen. Dankeschön.

Vorsitzwechsel – Bgm.in Kahr übernimmt den Vorsitz (17.55 Uhr).

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG, Lohr).

8.7 Gegen Periodenarmut – für kostenlose Menstruationsartikel in Grazer Schulen (GRⁱⁿ Anna Robosch, SPÖ)

GRⁱⁿ **Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher:innen online, auf der Tribüne ist niemand mehr. Ich persönlich und wir auch als SPÖ setzen uns ja schon sehr lange

für kostenlose Menstruationsartikel für alle ein. Und ich habe heute auch welche mitgebracht, weil sehr oft in Graz auch schon Schülerinnenvertreter:innen an uns herangetreten sind und gesagt haben wir würden das bei uns gerne in der Schule machen und wir sind dann sehr oft einfach hergegangen und haben einfach einen Monatsvorrat, einen Semestervorrat oder auch einen Vorrat für das gesamte Jahr gekauft und einfach unbürokratisch zur Verfügung gestellt. Aber wir haben in diesem Gemeinderat auch schon sehr oft darüber diskutiert das generell zu machen und deswegen haben wir es auch geschafft ein Pilotprojekt in Graz, in drei Grazer Mittelschulen, ins Leben zu rufen und dieses Pilotprojekt ist grandios angelaufen und auch ohne Komplikationen, die oft auch im Vorhinein befürchtet worden sind, angenommen worden. Und in dem Zusammenhang möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen, dass das nicht einfach nur ist, wir wollen ein Tabu brechen und wir wollen generell über Menstruation reden, sondern es hat noch einen anderen Charakter, dass man das kostenlos zur Verfügung stellen wollen. Und das ist die sogenannte Periodenarmut. Also Armut, die im Zusammenhang mit der Menstruation steht, ganz praktisch gesagt eigentlich, dass Menschen, die es brauchen, sich keine Menstruationsartikel oder andere Produkte im Zusammenhang mit der Menstruation, leisten können. Und diese Periodenarmut ist nicht nur weltweit ein Problem und wird deswegen auch weltweit quasi bekämpft, sondern auch in Österreich und auch in Graz. Wir haben zum Beispiel gesehen, dass die Jacinda Ardern, die sozialdemokratische Premierministerin, die ehemalige in Neuseeland, festgestellt hat, dass ein Teil der Mädchen einmal im Monat nicht zum Unterricht kommt und dann eben auch keinen Zugang zu Bildung hat, weil sie sich eben keine Menstruationsartikel leisten können. Wir haben auch in Befragungen in Frankreich gesehen, dass sehr viele Studierende auf Unis schon einmal sich entschieden haben, ob sie entweder Geld für Nahrung ausgeben oder Geld für Menstruationsartikel. Und diese Entscheidungen sind im Zusammenhang mit Armut eben keine Seltenheit. Auch in Graz sind im Zuge der Kampagnen für kostenlose Menstruationsartikel und auch in Bezug auf die Berichterstattung über unser Pilotprojekt Schülerinnen auf uns zugekommen und haben gesagt ich brauche das auch, wir brauchen das auch. Und es hat auch bei uns

schon in der Klasse Fälle gegeben, wo das so war. Und deswegen fordern wir eben, dass generell bei so einem Thema, dass die Hälfte der Bevölkerung betrifft, endlich auch gesagt wird, dass kostenlose Menstruationsartikel genauso selbstverständlich sein sollen so wie das in der Schule auch vorhandene Klopapier. Und in dem Sinne darf ich auch im Namen des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag

stellen.

- Die zuständigen Mitglieder des Stadtsenats und die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, die Möglichkeiten zu prüfen, das Pilotprojekt der Peri-Boxen, also Boxen in den Menstruationsartikel sind, mit kostenlosen Menstruationsartikel auf alle Grazer Schulen und alle öffentlichen WCs auszuweiten.
- Die Stadt Graz fordert in einer Petition die Bundesregierung dazu auf, die Steuer für Menstruationsartikel auf 0 zu setzen und kostenlose Menstruationsartikel für alle zugänglich zu machen.

Dankeschön.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die sogenannte „Periodenarmut“, also Armut im Zusammenhang mit der Menstruation, ist weltweit ein großes Problem. Man kann sich nicht aussuchen ob und wann man Periodenblutungen hat, aber wenn das Geld knapp ist, werden Dinge wie Perioden-Produkte einfach zum unerschwinglichem Luxusgut.

Die „Perioden-Armut“ weltweit aber leider auch in Österreich zeigt, dass Menstruationsartikel für manche Frauen unleistbar sind, die Gesundheit und sogar der Zugang zu Bildung dadurch eingeschränkt wird. Weil die ehemalige sozialdemokratische Premierministerin Jacinda Ardern in Neuseeland erkannt hat, dass ein gewisser Teil der Mädchen einmal im Monat der Schule fernbleibt, weil sie einfach keinen Zugang zu

Menstruationsartikel haben, erklärte sie dieser Menstruations-Armut den Kampf. Auch Neuseeland stellte dann an allen Schulen gratis Menstruationsartikel zur Verfügung. „Junge Menschen sollten nicht auf Bildung verzichten müssen, wegen etwas, das für die Hälfte der Bevölkerung ein normaler Teil des Lebens ist“ meinte Jacinda Ardern nach diesem wichtigen Schritt.

Es ist der aktuellen Koalition zu verdanken, dass es nach vielen Jahren des Einsatzes und Anträgen im Gemeinderat endlich möglich war, ein Pilotprojekt für kostenlose Menstruationsprodukte an 3 Grazer Schulen zu starten. Schüler:innen können dort kostenlos, schnell und unkompliziert Periodenprodukte aus den „Peri-Boxen“ entnehmen.

Mittlerweile ist einige Zeit vergangen und wir sehen, dass das Angebot der Peri-Boxen gut und ohne Komplikationen angenommen wird und für viele junge Frauen eine große Hilfe ist. Es ist daher an der Zeit, dieses Service flächendeckend in der Stadt Graz auszurollen und so Periodenarmut entgegenzuwirken.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

- 1. Die zuständigen Mitglieder des Stadtsenats und die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, die Möglichkeiten zu prüfen, das Pilotprojekt der „Peri-Boxen“ mit kostenlosen Menstruationsartikel auf alle Grazer Schulen und alle öffentlichen WCs auszuweiten.*
- 2. Die Stadt Graz fordert in einer Petition die Bundesregierung dazu auf, die Steuer für Menstruationsartikel auf 0 zu setzen und kostenlose Menstruationsartikel für alle zugänglich zu machen.*

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Antragstellerin. Wir unterstützen das Thema, weil das uns erstens ein Anliegen ist, dass Mädchen und Frauen unterstützt werden und keine Nachteile erleiden aufgrund ihrer Disposition, je nachdem wie die ist. Ich möchte auf zwei Sachen hinweisen. Das eine ist, für uns ist ein ganz wichtiger Moment des Ganzen, warum wir das so wollen, im öffentlichen Raum als auch in Schulen begrüßen, dass dadurch Frauen und Mädchen einfach nicht von der Regelblutung einfach überrascht und dadurch in unangenehme Situationen gebracht werden, sondern eigentlich unterstützt werden, dass sie in diesen Situationen gut umgehen können. Das ist etwas, was wir durchaus nachvollziehen können und auch gut finden. Es sind ja auch von uns genug betroffen. Das zweite ist, in den Schulen, der Pilotversuch hat stattgefunden, das haben wir gehört. Der war erfolgreich, das haben wir auch gehört. Ich möchte nur darauf verweisen, dass uns auch zu Ohren gekommen ist, dass das schon auch mit viel Engagement von Lehrpersonal verbunden war, natürlich auch mit der einen oder anderen Kinderei und Verschwendung, das ist sicher alles auch der Klientel von jungen Menschen zu schulden. Wir möchten nur darauf hinweisen, dass ist auch ein Aspekt, den wir langfristig einfach bedenken und auch in den Griff kriegen muss, dass es dann nicht zu einer unnötigen Verschwendung kommt. Und das dritte ist, dass wir auch wissen, dass das Amt für Jugend und Familie bereits angekündigt hat, dass im Zuge der Kinder- und Jugendstadt, die ja letztes Jahr bereits beschlossen wurde, eventuell eine Kooperation vorstellbar wäre mit dem Frauenreferat. Also ich glaube, dass ist ein breiter Konsens, der durchaus zu begrüßen ist. Da darf ich mich bei den Damen und Herren auch entsprechend bedanken. Ich möchte ganz am Schluss sagen, dass wir, glaube ich, achten müssen, Periodenarmut im weltweiten Vergleich schaut sehr unterschiedlich aus, ich glaube das kann ich aufgrund meiner langjährigen Tätigkeit auch im Afro wirklich beurteilen. Man kann das vielleicht mit Neuseeland, das weiß ich nicht, aber Indien oder andere Länder, wo das ein Riesenthema ist, nicht unbedingt mit Österreich vergleichen. Der Begriff Armut ist ein großer. Ich glaube auch um das Schamgefühl nicht zu erhöhen, glaube ich, muss man das gut einordnen, das wäre nur mein persönliches Anliegen und

ich darf in diesem Zuge auch um getrennte Abstimmung bitten. Dem ersten Punkt stimmen wir auf jeden Fall und gerne zu. Danke.

GRⁱⁿ Dipl.-Ing.ⁱⁿ **Aygan-Romaner:**

Liebe Alle, liebe Online-Zuschauer. Ist das Thema Periodenarmut dringlich? Ja, wenn ich mir so ansehe wie in unserem Land über Armut geredet wird. Und ja, wenn ich mir so ansehe mit wieviel Unwissenheit und Tabus über den Monthly Cycle geredet wird. Philipp ist jetzt nicht da, aber ich wollte seine Billigung einholen, dass ich trotzdem auf den Inhalt da eingehen kann und nicht nur über die Dringlichkeit rede. Ich hoffe Ihr seid alle einverstanden? Wir brauchen dann die Diskussion nicht mehr weiterführen zum Thema Inhalt, ist okay? Passt, super. Das Thema Periodenarmut ist ja, wie du gesagt hast, liebe Claudia, in Österreich, Gott sei Dank, nicht so extrem dringlich wie in Ländern wie in Indien oder wie in vielen Ländern in Afrika, aber trotzdem ist ein Thema, dass sich viele Periodenartikel nicht in dem Umfang leisten können wie sie sich eigentlich leisten können sollten. Einen ersten Schritt hat es ja schon gegeben mit der Reduzierung der Umsatzsteuer auf 10 %, das heißt nicht, dass die Artikel dann deswegen unbedingt leistbarer werden, weil zum Beispiel in Deutschland hat es dann gleich darauf, Deutschland hat ja angefangen, wir sind ja gefolgt mit der Reduzierung der Umsatzsteuer, da hat es auf einmal eine Diskussion gegeben um die Erhöhung der Preise der Periodenartikel, dass die Hersteller auf einmal die Preise erhöhen wollten. Also da muss man aufpassen, dass man eben da schaut, einen umfassenden Blick auf diese Preisgestaltung und Leistbarkeit dieser Produkte hat. Deswegen 0 % Umsatzsteuer begrüße ich auch. Es gibt ja eine Felder in Österreich wo es keine Umsatzsteuer gibt, da fallen unter anderem Versicherungen, gewisse Pflegeleistungen, gewisse Heilleistungen, also Heilbehandlungen, die Finanzexperten werden mir das genauer sagen können. Es gibt auf jeden Fall Bereiche wo es keine Umsatzsteuer zu entrichten gibt. Also das ist natürlich auf jeden Fall zu unterstützen. Das Projekt der Peri-Boxen und danke Anna, dass du das noch einmal aufgreifst und wirklich ausweiten möchtest, da war ich ja im November 2022 mit einem dringlichen Antrag und mit der breiten Unterstützung des

Gemeinderates, auch dieses Pilotprojekt gefordert, die Untersuchung, das wurde sehr erfolgreich durchgeführt, aber wie dringlich die Ausweitung ist sieht man daran, dass das im Umfeld von Graz, also jetzt nicht direkt in Graz, aber ich glaube, ist weiß es nicht mehr genau, aber in Graz-Umgebung, ist das so gewesen, dass es mit sehr viel Hämme auch konfrontiert war, dass man solche Projekte in Schulen macht. Auf Kommentare online, Kommentare Zeitungsartikel wurde eben wirklich mit sehr viel Hämme und sich lustig machen und so weiter reagiert. Das dürfen wir einfach in Graz nicht zulassen. Deswegen ist es sehr wichtig das in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu bringen und auch in den Schulen auszuweiten. Also danke Anna für diesen Antrag. Dass wir eine Petition an die Bundesregierung stellen, das unterstütze ich ja auch, weil wir haben eine sehr engagierte Frauenministerin, die diese Frauenangelegenheiten sicher weitertreiben wird und die Menstruationsartikel im öffentlichen Sektor oder überall wo es notwendig ist einfach zugänglich, frei zugänglich für Frauen, dieses Projekt lancieren und weitertreiben wird. Wir sind auf jeden Fall dafür, in beiden Punkten, Dringlichkeit und inhaltlich. Danke sehr.

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museolog.ⁱⁿ **Braunersreuther:**

Sehr geehrte Zuhörer:innen. Ich möchte jetzt vor allen Dingen darauf hinweisen warum dieser Antrag tatsächlich dringlich ist. Dringlich ist er nämlich deshalb, nicht nur, weil es um Periodenarmut geht, sondern um das Bewusstsein dafür zu wecken, dass Frauen überhaupt ihre Periode haben und dass das mit bestimmten Notwendigkeiten verbunden ist. Alles kann man nicht hier im Gemeinderat fordern. Man kann nur fordern, dass solche Projekte fortgeführt werden, die hoffentlich dann und das kann man wirklich nur hoffen, dass die in den Schulen auch positiv für Gesprächsstoff sorgen, sondern, dass auch gleichzeitig und das ist was wovon, glaube ich, alle Frauen berichten können, wie generell auf die dadurch entstehende Benachteiligung reagiert wird. Zum Beispiel, es ist schön wenn es kostenlose Periodenprodukte auf Toiletten gibt, es ist aber nicht schön wenn es dort keine Mistkübel gibt in denen man sie entsorgen kann, und die fehlen ganz, ganz häufig. Und ich glaube keine Schülerin wird ihre Binde gerne durch das

halbe Schulhaus tragen wollen bis sie irgendwo einen Mistkübel findet. Da kann man nur hoffen, dass die Schulen da selber drauf reagieren. Dann, dass es generell mehr Toiletten gibt, denn Menstruation haben bedeutet auch mal mehr Zeit brauchen auf der Toilette und wir alle kennen das in jedem Restaurant, auf jedem Festival, auf jedem Bahnhof ist auf der Damentoilette eine viel längere Schlange, auch darauf müsste eigentlich schon längst reagiert werden. Gerade im Bausektor, wird aber auch nicht, weil hauptsächlich von Männern gebaut wird, das ist einfach so. Und dann möchte ich noch einen Punkt anbringen, weshalb mich diese Auswahl hier nicht so ganz glücklich macht, denn ein ganz wichtiger und zukunftsweisender Punkt ist es nämlich, dass nämlich gerade in Schulen über Mehrwegprodukte an Menstruationsartikeln informiert wird. Die kann man natürlich nicht in diesen Peri-Boxen ausgeben, weil die sollten ja die Mädchen und Frauen behalten. Es gibt diese Mehrwegprodukte aber, die sind ökologisch sinnvoller, die sind gesünder und sie sind über die Zeit hinweg sehr viel preisgünstiger. Deswegen wäre es wichtig das in Schulen auch mit Informationsveranstaltungen zu verbinden bzw. kann eben so etwas wie eine Peri-Box dieses Gespräch darüber auslösen. Und zum großen Glück ist die Menstruation längst nicht mehr so mit Scham behaftet jetzt wie noch zu der Zeit als ich jung war, sodass einfach Mädchen wie Burschen in der Pubertät über solche Themen reden, auch mit ihren Lehrer:innen reden und das wäre einfach sehr gut.

GRⁱⁿ Robosch:

Ich danke für die gesamte Unterstützung. Es zeichnet sich eine breite Unterstützung an. Ich möchte nur auf drei Dinge kurz eingehen. Erstens, natürlich bin ich auch sehr froh, dass unser Frauenreferat mit der Expertise dieses Pilotprojekt begleitet hat und auch sehr oft gewisse Beziehungen aufgebaut hat, damit auch diese Umsetzung so gut funktioniert. Und das möchte ich auch unterstreichen was die Claudia gesagt hat, dass da sehr viel Engagement auch vom Lehrpersonal vorhanden war und dem danke ich natürlich auch sehr, aber im Sinne von einer Selbstverständlichkeit, die auch bei uns in Graz Einzug halten sollte, glaube ich, dass man da im Zuge auch der Facility, quasi

Betreuung, hergeht und die GBG beauftragt, nach diesem Pilotprojekt, weil eben auch für Klopapier die Facilitybetreuung zuständig ist, und das sollte eben auch in Bezug auf den Einkauf und auch schauen, dass es vorhanden ist und auch konstant vorhanden ist, generell gesichert sein. Und im Sinne von wie Periodenarmut aussieht. Natürlich schaut Periodenarmut in Ländern wie Indien oder in anderen Ländern komplett anders aus als auch in Mitteleuropa oder auch in Graz. Aber, und das möchte ich auch ganz kurz sagen, Armut ist generell mit Scham behaftet. Und bei so etwas, wo dann Perioden auch mit Scham behaftet ist, natürlich noch mehr, aber es gibt trotzdem Studien, die zeigen, dass auch in Österreich und auch in Graz quasi Frauen zu oft an Haushalten mit Menstruationsartikeln, was dann zu Gesundheitsproblemen, zu Entzündungen führen kann, dass man quasi für einen Monat viel zu wenig Periodenprodukte vorhanden hat, und dadurch eben einfach auch sagt, so von wegen, ich muss mit dem auskommen was ich habe oder was ich mir leisten kann. Und das sind eben auch Dinge, die sollte es in einem so reichen Land und in einem so fortschrittlichen Land wie Österreich gar nicht geben. Und in Bezug auch darauf, dass da schon sehr viel passiert ist, sicher ist bei Kindern und bei Jugendlichen immer ein bisschen ein Risiko mit dabei, dass man ein paar davon anders benutzt als man es tun sollte, aber ich habe es sehr toll gefunden, dass möchte ich auch kurz sagen. Wir waren ja mit der Bürgermeisterin zur Einführung dieses Pilotprojekts in einer Schule und dort haben wir dann auch mit den Schülerinnen geredet und sowohl auch die Mädchen als auch die Buben haben sich sehr über dieses Projekt gefreut und haben dann auch Wortmeldungen, die Buben dort, gemacht, von wegen, dass sie sich sehr freuen, dass mit diesem Service jetzt quasi den Mädchen in der Klasse geholfen wird und dass sie sich auch nicht dafür schämen sollen. Und da sieht man schon, dass da sehr viel passiert ist, aber trotzdem ist es weit weg von selbstverständlich und dahingehend, dass es irgendwann wirklich genauso selbstverständlich ist wie Klopapier oder Papierhandtücher, dahingehend brauchen wir einfach überall kostenlose Menstruationsartikel. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG, FPÖ, Lohr).

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (18.14 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Erstens einmal, danke Anna für den Antrag selbst und vor allem für alle guten und unterstützenden Wortmeldungen bisher dazu, weil es genauso ist wie alle Anmerkungen vorhin von den Rednerinnen schon gekommen sind. Als Frauenstadträtin habe ich das sehr gerne mit dem Frauenreferat in Umsetzung gebracht. Wie schon angesprochen worden ist, haben wir an drei Pflichtschulen in Graz oder Mittelschulen, wie man sagt, das Projekt schon umgesetzt. Die Anna hat es schon gesagt, wir waren da damals bei der ersten Schule, die sich damals zurückgemeldet hat, das war die NMS Algersdorf, und es war genauso. Es ist nicht nur, dass das schön war zu sehen welche Unterstützung es von den Lehrenden dort gibt, sondern vor allem wie großartig eigentlich über dieses Projekt eigentlich in der Klasse und an dieser Schule gesprochen wurde und diskutiert wurde und auch von den Burschen überhaupt nicht in einer Häme, also diese Befürchtung was da vorher gekommen ist, eigentlich überhaupt nicht der Fall war und ich habe auch die Rückmeldungen von den anderen Schulen genauso in Erinnerung und das ist eigentlich ein gutes Zeichen und vor allem ein gutes Zeichen, welche großartigen Lehrenden wir eigentlich an unseren Pflichtschulen haben. Und dafür einfach ein großes danke. Aus dem Grund gehen wir dieses Projekt deshalb natürlich nicht gleich mit Bausch und Bogen an, das ist auch so abgesprochen mit dem Frauenreferat. An der Stelle muss ich auch wirklich sagen, das Frauenreferat macht ihre Sachen wirklich, wenn sie ein Projekt angehen, mit einer unheimlichen Umsicht und Sorgfalt. Und bevor sie einen Schritt setzen wird gut überlegt, alle Seiten, und dafür bin ich sehr froh und dankbar, dass das so passiert. Wir haben vor dem Sommer drei weitere Schulen angeschrieben und haben jetzt auch schon vor einigen Wochen positive Rückmeldungen erhalten und wir werden für diese drei weiteren Schulen ebenso die Boxen und auch dann für das ganze Jahr hindurch, die Binden und alles, zur Verfügung stellen. Dass das weiter ausgebaut werden soll, das ist unsere Absicht. Wir müssen dann nur schauen, weil derzeit stemmen wir das Budget vom Frauenreferat, ich werde auch teilweise von meinem Budget einspringen.

Wenn wir es flächendeckend, was ja der Plan ist, dann ausbauen, müssen wir schauen, wie wir da dann kontinuierlich die Kosten auch dann bewerkstelligen, weil es ja wichtig ist, wenn man es einmal implementiert, dass man es dann wirklich dauerhaft sicherstellen können und es auch gut weiterhin betreut ist. Und das ist unser Ziel. Und der Antrag unterstützt das, vor allem auch mit der Ausweitung der öffentlichen WC-Anlagen, weil das halte ich für gescheit und da braucht es tatsächlich dann auch die Unterstützung von den Stadtratskolleg:innen, und da bin ich mir aber sicher, dass das gelingen wird. Danke.

Vorsitzwechsel – Bgm.in Kahr übernimmt den Vorsitz (18.20 Uhr).

Punkt 1) Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG, Lohr, FPÖ).

Punkt 2) Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KPÖ, FPÖ, Lohr).

GR Mag. **Winter:** (zur Geschäftsordnung)

Hoher Gemeinderat, werte Frau Bürgermeisterin. Das Zitat scheint durchaus zu stimmen. Die Geschäftsordnung des Gemeinderats scheint von Ihrer Seite außer Kraft gesetzt zu sein, weil es werden Anträge, wo punktuelle Abstimmungen verlangt werden, sehr unterschiedlich behandelt. Vorher haben wir darüber abgestimmt ob wir eine getrennte Abstimmung haben werden, ja oder nein. Jetzt entscheiden Sie im Alleingang, bitte erklären Sie mir das.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Jetzt bin ich seit 25 Jahren hier, jedem Gemeinderat und jeder Gemeinderätin ist es bisher gelungen, wenn man verschiedene inhaltliche Punkte hat, sie auch inhaltlich

getrennt abzugeben, damit es für jeden Gemeinderat und jede Gemeinderätin gut ersichtlich ist was inhaltlich gemeint ist. Im letzten, wo der Klubobmann Pascuttini um eine getrennte Abstimmung gebeten hat, war das nicht gleich ersichtlich. Ich habe aber trotzdem die Möglichkeit dem Gemeinderat gegeben abzustimmen ob man eine getrennte Abstimmung haben möchte, nur hat der Gemeinderat mehrheitlich sich dagegen ausgesprochen. Nur das zur Information.

8.8 Erhaltung und Förderungen: Brauchtümer und Traditionen in Graz (KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)

GR Mag. **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat. Ich wollte vorhin von da hinten eine tatsächliche Berichtigung machen, ich bin leider übersehen worden. Ich benutze da oben die Loge um ein bisschen die Beine auszustrecken zwecks der Thromboseprophylaxe. Die Frau Vizebürgermeisterin hat gesagt sie macht Verkehrspolitik für alle. Ich möchte das damit tatsächlich berichtigen. Ich komme aber nun zu meinem Antrag bezüglich den Traditionen und Bräuchen in Graz. Dieser Antrag ist dahingehend entstanden, am vergangenen Montag, wie ich in Vorbereitung einer Bürgersprechstunde in Liebenau war, Thema Auwiesen. Und da haben wir uns einmal überlegt, na wie geht Graz mit Traditionen und Bräuchen um? Und wie sie wissen, es gibt ja in Graz-Liebenau seit einigen Jahren einen neuen Brauch, dass ist das ganzjährige Grillfestival auf den Liebenauer Auwiesen, wo man jeden Tag zu jeder Jahreszeit entspannt das ein oder andere einfach abbrennen kann, obwohl durch Landesgesetz verboten, sämtliche Brauchtumsfeuer in Graz sind. Und jetzt habe ich mir die Frage gestellt, was ist das für eine Wertschätzung unseren Traditionen und Bräuchen gegenüber, wenn wir Wintersonnwendfeiern, Sommersonnwendfeiern durch das Osterfeuer in Graz verbietet, aber dort unten ganzjährig eine Luftverpestung zulässt. Und ich war vergangenen Samstag unten, es war das schönste Wetter, ich habe mich auf einen

Ausflug in die Natur gefreut, Natur in Liebenau, und es ist ja wirklich eine schöne Anlage geworden. Ja, wenn man dort nicht von diesen ganzen Gerüchen und Dämpfen penetriert werden würde. Man hat ja dort wirklich erlebt, wenn man dort ist, dass dort wirklich die ganze Zeit irgendjemand etwas abbrennt. Und jetzt haben wir das ja schon oft auch thematisiert, es hat ja auch diverse Versammlungen dazu gegeben, wo es dann immer wieder geheißen hat, naja, es halten sich einige wenige nicht an die Regeln. Nein, es haltet sich dort niemand an die Regeln, zumindest am vergangenen Samstag nicht. Das sage ich ganz offen. Wir haben durchgesehen, wir waren dann etwas anders gekleidet als die Menschen dort und haben gedacht wir sind ein Aufsichtsorgan. Und dann sind die Leute gekommen und haben gesagt, darf ich das machen und darf ich das machen? Nein, es steht ja auf der Tafel, du darfst das dort nicht machen. Und wir waren eine Stunde dort. Wir haben gemerkt wie jemand den Wald abschlägert. Er hat das Holz rausgeholt und zerhackt, dann haben sie uns gesehen und haben geglaubt wir sind irgendein Organ der öffentlichen Aufsicht und haben gesagt ja ist das erlaubt oder nicht? Ich habe gesagt, wenn ihr nicht fragen würdet, ihr wisst es ja eh, dass es nicht erlaubt ist. Ja gut, dann hat er das Holz genommen und hat es wieder reingehaut. Amüsant. Dann ist die Ordnungswache gekommen, es dampft, es raucht, es wird alles Mögliche abgeheizt, alles Mögliche, wirklich alles. Die Ordnungswache geht durch, straft, die Ordnungswache ist weg, es geht weiter. Das ist ganzjährig dort der Fall. Und jetzt stelle ich mir die Frage warum sind Brauchumsfeuer verboten, die einmal im Jahr, mit Sicherheit die Luft belasten, aber da könnte man ja auch eine Grenze ziehen und sagen na gut, okay, zumindest Traditionsvereine, zumindest öffentlichen Einrichtungen und den Bezirksräten ist es erlaubt ein Brauchumsfeuer abzuhalten. Und wenn dann dem so wäre, ja dann wird das ja nicht in jedem Bezirk stattfinden. Dann wird man sich ja wahrscheinlich organisieren und dann gibt es ein Osterfeuer in einem Bezirk, da machen drei, vier Bezirke mit, ist ja die Anreise nicht so weit. Also da stelle ich mir schon die Frage warum man die heimischen Traditionen und Bräuche, ich sage so, mit Füßen tritt, aber diese neuen Bräuche da bestärkt und sagt, na das ist auch toll was in den Auwiesen stattfindet, dass da ganzjährig dieser Wahnsinn stattfindet. Etwas Anderes ist ja das

alljährliche Feuerwerk zu Silvester, es findet statt, es ist verboten. Kann man diskutieren ob man das will oder nicht. Was aber dann im regen Ausmaß erlaubt wird ist das Feuerwerk beim St. Veiter Schlössl. Also da rufen die Bürger auch an und sagen zu Silvester, was anerkannter Brauch ist, darf ich nicht schießen, aber die dürfen immer, bekommen immer die Genehmigungen, also das ist ja wirklich absurd. Das ist eine Thematik wo ich sage, da müsste man sich wirklich überlegen ob das da noch mit fairen Dingen zugeht. In diesem Sinne zielt mein Antrag darauf ab, dass man wieder den Fokus mehr darauflegt, dass man heimische Bräuche, heimische Traditionen fördert und ich sage gewisse Sitten und Unbräuche, die sich eingeschlichen haben, vielleicht den Riegel vorschiebt. Weil es mag schon gut gedacht sein, und ich sage Vieles was in diesem Haus beschlossen wird ist gut gemeint, aber gut gemeint ist halt nicht gut gemacht. Und die Auwiesen zeigen es ja vor, dass etwas ganz und gar nicht funktioniert. Und ich frage mich wie lange müssen wir zusehen, wenn etwas nicht funktioniert, wie oft müssen wir noch über die Auwiesen sprechen, während wir gleichzeitig alle dabei mithelfen, indem es dieses Verbot gibt, dass die heimischen Traditionen und Bräuche, die außerhalb von Graz hier auch gelebt werden, in Graz leider, ja langsam aber sicher, aussterben. Da ist jetzt gar noch nicht der Perchtenlauf angesprochen, der Krampuslauf, der, wie ich nach Graz gezogen bin, noch ein alljährliches Ereignis war, mittlerweile leider nicht mehr stattfindet. Das ist auch ein Stück Tradition, das damit leider verloren geht. Ich glaube das Interesse daran wäre ein sehr großes, es wäre auch für die Innenstadt eine gewisse Belebung, dass an dem Tag noch mehr Menschen als sonst in der Innenstadt sind, danach wahrscheinlich die Weihnachtsmärkte besuchen, die Gastronomie besuchen. Das wäre eine gute Sache. Auf diese Richtung zielt mein Antrag. Ich bin noch in der Zeit, jetzt muss ich ihn nur schnell finden in der großen Mappe. Habe ihn schon gefunden. Vielen lieben Dank.

Namens des korruptionsfreien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat bekennt sich zum Erhalt und zur Förderung der heimischen Traditionen und Brauchtümer im Grazer Stadtgebiet.
2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, dem Gemeinderat bis Ende des 1. Quartals 2024 einen Bericht vorzulegen, in welchem konkrete Maßnahmen zur verstärkten Förderung heimischer Traditionen und Brauchtümer im Grazer Stadtgebiet dargelegt werden.
3. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen im Interesse der Grazer Bevölkerung und im Sinne der Förderung heimischer Traditionen und Bräuche die notwendigen Schritte in die Wege leiten, damit im Grazer Stadtgebiet zukünftig wieder die Abhaltung einzelner, die Betonung liegt auf einzelner, Brauchtumsfeier, Oster-, Wintersonnwend- und Sommersonnwendfeier, durch Vereine und Institutionen, wie zum Beispiel einem Bezirksrat, erlaubt werden können. Keine Private, nicht das Abfackeln von Sommerreifen zur Wintersonnwend.
4. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen im Interesse der Grazer Bevölkerung und im Sinne der Förderung heimischer Traditionen und Bräuche die notwendigen Schritte in die Wege leiten, damit die Ausbreitung unliebsamer, von der klaren Mehrheit der Bevölkerung abgelehnten Bräuche wie dem mittlerweile ganzjährig stattfindenden Liebenauer Grillfestival ein Riegel vorgeschoben werden kann.

Ich bitte um Zustimmung, sie sehen wir haben durchnummeriert, sie können getrennt abstimmen, wenn sie das wollen und einzelnen Punkten zustimmen, anderen abstimmen. Vielen lieben Dank.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

In der Gemeinderatssitzung vom 30. März 2023 brachte der Korruptionsfreie Gemeinderatsklub eine Anfrage betreffend die heimischen Traditionen und Bräuche sowie zur Durchführung von Brauchtumsfeuern in Graz ein. Unter anderem war die erste Frage direkt an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister, wie folgt gerichtet:

Wie stehen Sie, Frau Bürgermeisterin, zum Erhalt heimischer Brauchtümer und zur Durchführung von Brauchtumsfeuern – etwa zur Sonnenwende bzw. Ostern – in begrenztem und kontrolliertem Ausmaß?

Diese konkrete Frage wurde uns bedauerlicherweise nie beantwortet, denn auf diese Anfrage erhielten wir bis dato lediglich eine Teilerledigung durch das Umweltamt.

In der fachlichen Beantwortung unserer Anfrage heißt es:

Jahrzehntelang hat das Abbrennen von diversen Feuern im Stadtgebiet aus Anlass von „Brauchtumsfeuern“ insbesondere zu Ostern zu sehr hohen Luftbelastungen geführt. Ähnlich wie bei „Silvesterfeuerwerken“ war damit fast immer ein PM10-Überschreitungstag verbunden. Nach fachlichen Diskussionen hat der Gesetzgeber mit einem weitgehenden Verbot reagiert. Nach kurzen anfänglichen Diskussionen wurde dieses Verbot von der Bevölkerung gut akzeptiert und weitaus überwiegend positiv kommentiert.

Diese - fachliche - Antwort des Umweltamtes lässt Raum für Diskussionen. Zum einen würde sich ein „PM-10-Überschreitungstag“ leicht dadurch verbieten, dass Privaten auch in Zukunft Brauchtumsfeuer und Feuerwerke verboten werden, jedoch (Brauchtums-)Vereinen oder zum Beispiel auch Bezirksräten Möglichkeiten geboten werden, entsprechende Brauchtumsveranstaltungen und damit verbundene „Feuer“ zu erlauben. Realistischerweise wird es im Grazer Stadtgebiet bei einer derartigen Aufweichung der Regelungen zu den bereits genannten Feierlichkeiten (Oster-, Winter- und Sommersonnwendfeier) maximal ein Dutzend Feuer geben, die keinesfalls eine massive Luftbelastung darstellen werden.

Was im Zuge dieser Diskussion nicht vergessen werden darf: Obwohl sämtliche Brauchtumsfeuer verboten sind, ist das Abbrennen von diversen Feuern im „Naherholungsgebiet Auwiesen“ in Liebenau lange Zeit von Seiten der Stadt erlaubt und

gefördert worden. Dies führte und führt nahezu täglich zu enormen Belastungen der angrenzenden Bevölkerung sowie der dort lebenden Tiere und Umwelt. Ohne Rücksicht auf geltende Regeln oder die Umgebung und die Anrainer wird schonungslos alles verbrannt was gefunden wird, siehe nachstehendes

Bild vom vergangenen Samstag (14.10.2023):



Ein Benutzer der Auwiesengrillplätze hat die von der Stadt aufgestellten Verbotstafel scheinbar genau studiert und verstanden – und bearbeitet unmittelbar nach Lesen der Tafel im angrenzen Wald – illegal! - gesammeltes Holz mit der mitgebrachten Axt, um dann ein – nicht erlaubtes! – Feuer zu entzünden.

Der Vollständigkeit halber sei auch angemerkt, dass die Auwiesen tagtäglich auch anderen Umweltbelastungen ausgesetzt sind: Geschirr mit enormen Fettrückständen wird in der Mur und den umliegenden Tümpeln gewaschen und Müll in Form von Verpackungen, kaputte Griller, Zelte sowie Teppiche (!) werden hinterlassen. Insgesamt handelt es sich bei den Zuständen in der Auswiese um kein einmaliges Ereignis wie bei einem Osterfeuer, sondern um TÄGLICH DUTZENDE Feuer und angezündete Griller, die mit Sicherheit auch die Luftgüte in der Umgebung belasten. Würde man hier aus Sicht der

Verantwortlichen also eine fachliche Diskussion führen, bliebe nur das von uns bereits seit langem geforderte generelle Feuer und Grillverbot als Lösung übrig.

Insgesamt ist zu beobachten, dass sich über Jahrhunderte entwickelte heimische Traditionen und Bräuche nach und nach aus dem Leben der breiten Masse zu entfernen scheinen, sei es aus Budgetnöten (Perchtenlauf!) oder aufgrund mangelnder Förderung durch die Grazer Stadtregierung, während sich neue, von der breiten Bevölkerung unerwünschte „Bräuche“ wie das ganzjährige Grillfestival bei den Auwiesen – gegen die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gefördert wird.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Der Gemeinderat bekennt sich zum Erhalt und zur Förderung der heimischen Traditionen und Brauchtümer im Grazer Stadtgebiet.*
- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, dem Gemeinderat bis Ende des 1. Quartals 2024 einen Bericht vorlegen, in welchem konkrete Maßnahmen zur verstärkten Förderung heimischer Traditionen und Brauchtümer im Grazer Stadtgebiet dargelegt werden.*
- 3. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen im Interesse der Grazer Bevölkerung und im Sinne der Förderung heimischer Traditionen und Bräuche die notwendigen Schritte in die Wege leiten, damit im Grazer Stadtgebiet zukünftig wieder die Abhaltung e i n z e l n e r Brauchtumsfeier (Oster-, Wintersonnwend- und Sommersonnwendfeier) durch Vereine und Institutionen (wie zB einem Bezirksrat) erlaubt werden können.*

4. *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen im Interesse der Grazer Bevölkerung und im Sinne der Förderung heimischer Traditionen und Bräuche die notwendigen Schritte in die Wege leiten, damit die Ausbreitung unliebsamer, von der klaren Mehrheit der Bevölkerung abgelehnten „Bräuche“ wie dem mittlerweile ganzjährig stattfindenden „Liebenauer Grillfestival“ ein Riegel vorgeschoben werden kann.*

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Keine Wortmeldungen zur Dringlichkeit.

GR Mag. **Pascuttini:**

Ich bedanke mich für die sich abzeichnende Zustimmung zu diesem Antrag und freue mich schon den einen oder anderen dann bei den Brauchtumsfeuern zu sehen die jetzt bald anstehen. Vielen Dank.

Die Dringlichkeit wurde abgelehnt (gegen ÖVP, FPÖ, Lohr, KFG, Neos).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Das mit dem Perchtenlauf oder Krampuslauf. Da stimme ich Ihnen vollkommen zu. Ich habe gerade mit dem Stadtratskollegen gesprochen, da werde ich noch einmal mit dem Stadtrat Riegler reden und notfalls da auch mithelfen. Weil, ich finde das schade, dass es das auch nicht mehr gibt. Danke.

**8.9 GKB-Infoveranstaltung
(GR Mag. Michael Winter, KFG)**

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Neuer KFG-Antrag, neues Glück, sozusagen. Diesmal den Ausbau GKB bzw. die betreffende Infoveranstaltung dazu. Der Kollege Luttenberger war ebenfalls, gleich wie meine Wenigkeit, bei der letzten Bezirksversammlung letzte Woche in Straßgang und ein Thema hat diese Veranstaltung durchaus dominiert, wenn man so sagen möchte, das ist nämlich der Ausbau in Straßgang, in Wetzelsdorf, im Grazer Westen der GKB, die viele Fragen aufwirft, die durchaus sehr, sehr viele Bürger interessiert und die sich auch in vielen Bereichen hier nicht richtig informiert fühlen. Formell hat es bereits eine Infoveranstaltung zu diesem geplanten Ausbau, zu dieser Erweiterung gegeben. Wir waren auch dort und wir können ruhigen Gewissens sagen, dass diese Infoveranstaltung eigentlich diesen Namen in dem Sinn so nicht verdient hat. Es war völlig überfüllt, es war nicht möglich allen Bürgern diese Veranstaltung überhaupt zu besuchen. Man hat sie in Kleingruppen jeweils in dieses Lokal gelassen und einzeln im Prinzip Antworten gegeben auf Fragen, die von den Bürgern gekommen sind. Und dementsprechend sind auch viele Fragen, die noch bei den Bürgern herrschen, die sich für dieses Thema interessieren, nicht beantwortet und weiterhin sind viele Bürger nicht informiert. Als Reaktion darauf haben wir auch einen Brief an Sie, Frau Bürgermeisterin, geschickt, der hoffentlich auch angekommen ist, wo wir gebeten haben, wir müssen dieser Informationspflicht, die wir auch als Stadt Graz haben, durchaus nachkommen. Es ist ein Problem für viele Bürger, es gibt viele Fragezeichen bei den Bürgern. Und wir müssen natürlich auch die Verantwortlichen der GKB in dem Sinne durchaus in die Pflicht nehmen, dass sie hier den Bürgern Rede und Antwort stehen. Des Weiteren hätten wir gerne, dass von der Stadt Graz durchaus auch überprüft wird ob, nachdem ja eine Umweltverträglichkeitsprüfung bisher abgelehnt worden ist, wenn es veränderte Pläne gibt, eine Umweltverträglichkeitsprüfung im weiteren Sinne doch in Frage kommt. Das wäre ein weiterer Punkt, der uns

interessieren würde. Mit anderen Worten was brauchen wir jetzt? Wir brauchen eine echte Infoveranstaltung. Wir brauchen die Beteiligten der GKB dort, wir brauchen eine Lokalität, eine Räumlichkeit, die allen Bürgern den Zutritt gewährt, wo Fragen wirklich dem ganzen Publikum beantwortet werden und wo eine echte Information den Bürgern weitergegeben wird, ohne dass man jetzt technische Details bis in die kleinste Kleinigkeit ausdiskutiert. Daher auch der vorliegende

Antrag

von unserer Seite: Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Verantwortlichen der GKB werden ersucht eine neuerliche Infoveranstaltung, Bürgerinformationsveranstaltung, zum Ausbau der GKB im notwendigen und geeigneten Rahmen zu organisieren. Ich danke für die Zustimmung.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Der geplante Ausbau der GKB erhitzt nach wie vor die Gemüter, daran konnte auch die von der GKB abgehaltene „Infoveranstaltung“ nichts ändern. Dass die Leute nur in Kleingruppen in den Veranstaltungsort gelassen wurden, diene lediglich weiterer Verunsicherung statt dem Transport der wichtigen Informationen an alle Betroffenen aber auch Interessierten. Nicht jeder konnte zum Beispiel die Beantwortungen der Fragen der vorhergehenden Gruppe mitverfolgen, geschweige denn im Nachhinein erfragen. Aus welchem Grund die Veranstaltung in der Form abgehalten wurde ist vor allem auf Grund der zu dem Zeitpunkt bereits bekannten Ausmaße der Bürgerinitiative völlig unklar.

Anschließend an die Veranstaltungen schrieben wir direkt einen Brief an die Bürgermeisterin, um zum einen zu informieren und zum anderen auch die Stadt mit der Abhaltung einer „ordentlichen“ Informationsveranstaltung zu betrauen. Hier sollen die Verantwortlichen der GKB in Form einer geführten Veranstaltung allen anwesenden Personen gleichzeitig Rede und Antwort stehen.

Die technischen Details zum Ausbau der GKB Strecke sind bewusst nicht Bestandteil dieses Dringlichkeitsantrages, da diese jedenfalls den Rahmen sprengen würden und aber auch zum Teil individuelle mögliche Belastungen für einzelne Bewohner oder Gebiete darstellen.

Bis dahin, ist seitens der Stadt Graz jedenfalls zu prüfen, ob eine etwaige Änderung der Pläne gegenüber den für den Entscheid zur Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung enthaltenen Plänen zu einer neuerlichen Entscheidung führen kann und das Projekt doch einer Prüfung unterzogen werden muss.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Verantwortlichen der GKB werden ersucht, eine neuerliche Informationsveranstaltung (Bürgerinformationsveranstaltung) zum Ausbau der GKB im notwendigen und geeigneten Rahmen zu organisieren.

GR Dipl.-Ing. Topf:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, lieber Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich war auch dort, etwas später, und es ist tatsächlich so wie der Kollege Winter das geschildert hat. Ich weiß nicht wer noch hier bei dieser Veranstaltung beim Lindenwirt teilgenommen hat. Es war wirklich sehr schwierig, tatsächlich die Fragen zu stellen und dann auch die Fragen für die Allgemeinheit beantwortet zu kommen. Das ist vollkommen richtig was du anschneidest. Ich möchte aber noch einen Punkt anschneiden, der in deinen letzten Sätzen angeklungen ist. Ich

habe in einer Fragestunde an die Frau Bürgermeisterin noch einmal das Thema UVP-Verfahren aufgeworfen. Und zwar nicht im Sinne der Elektrifizierung, ob sie jetzt sozusagen UVP-pflichtig wäre oder nicht, sondern meine Frage war dazu, und das wird momentan auch geprüft, ob das Wiederaufnahmeverfahren für dieses UVP-Verfahren nicht begründet werden kann durch die Situation, dass man eigentlich der GKB-Strecke aufgrund der Situation, dass also die GKB-Strecke auch zur Entlastung oder wenn die Koralmstrecke sozusagen hier nicht zur Verfügung steht, aus welchen Gründen auch immer, durchaus zur Hauptbahn werden kann. Das heißt, diese Prüfung muss stattfinden. Ich würde das noch einmal durchaus begrüßen und noch einmal unterstützen. Es geht also nicht darum, so wie die Fragebeantwortung von dir, liebe Frau Bürgermeisterin, gekommen, dass also die zuständigen Stellen im Land gesagt haben, die Elektrifizierung per se wäre nicht UVP-pflichtig, sondern es geht darum, dass man der Frage nachkommen muss und das ist ein neuer Sachverhalt. Das ist der Grund warum eine Wiederaufnahme möglich wäre. Dass also aufgrund der Beschreibung der GKB-Strecke, nämlich auch als Entlastung oder als Strecke verwenden zu können, wenn die Koralmstrecke nicht funktionieren sollte, dann ist ganz eindeutig aus meiner Sicht eine Hauptbahnstrecke zu klassifizieren und nicht eine Nebenbahnstrecke. Damit würde per se diese Strecke UVP-pflichtig werden. Das muss man sich genauer anschauen, das wird momentan, Gott sei Dank, geprüft. Mit der Beantwortung meiner Frage seinerzeit bin ich nicht einverstanden.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR Mag. **Pascuttini:**

Nur ganz kurz noch zu der Thematik. Lieber Georg, was du angesprochen hast, also ich hoffe also, dass das Erfolgs hat, also diese neuerliche Prüfung. Ich habe da wenig Hoffnung, also, dass diese Wiedereinsetzung über den vorigen Stand in irgendeiner Art und Weise erfolgreich sein wird. Ich darf mich auch bei der Frau Bürgermeisterin

bedanken. Das letzte Mail haben wir eine Anfrage gestellt und haben sie am selben Tag noch beantwortet bekommen und da ist ja das auch sehr deutlich dargelegt, dass dieses, ich sage jetzt mehr oder weniger, 2020 durchgerutscht ist. Und damit natürlich jetzt diese Problematik eben besteht. Ich glaube, zumindest mit einer sich abzeichnenden Mehrheit für diese Infoveranstaltung, ist schon der erste Schritt getan, dass zumindest alle einmal auf den gleichen Schritt kommen, mitgenommen werden, auch, weil eben einfach sehr viele Ängste und Verunsicherung auch in der Bevölkerung dahingehend herrscht und dann wird man sich anschauen, ob man nicht vielleicht doch etwas machen kann. Weil es gibt doch, und ich habe mit einigen Anrainern dort gesprochen, ja auch was die Trassenführung betrifft, natürlich die eine oder andere Überlegung warum man die Belgierkaserne komplett verschont, aber auf der anderen Seite dann sozusagen bei den Privateigentümern zulangt, ob es da nicht noch eine andere Lösung gäbe, das müsste man sich wirklich im Detail einmal anschauen wie das Ganze abgelaufen ist. Also ich war, wie viele andere, auch dort, also, dass man draußen in einer langen Schlange wartet, 200/300 Personen, die dann einzeln eingelassen werden, natürlich immer einen anderen Informationsstand erhalten, die hören ja nicht immer das Gleiche. Fragen, die kritisch irgendwie geäußert worden sind, sind dann dem Einen beantwortet worden, dem anderen nicht. Also das war wirklich sehr misslungen. Ich glaube es war gut gemeint, aber leider nicht gut gemacht. Und in diesem Sinne hoffe ich, dass man diese Informationsveranstaltung noch heuer erleben werden unter aktiver Teilnahme der GKB und ich glaube, dann wird sich das Ganze hoffentlich etwas, im Sinne der Bevölkerung, entwickeln. Vielen Dank.

GR Luttenberger:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Stadtregierung oder Teile der Stadtregierung, sagen wir so. Ich verfüge mich nach langer Zeit wieder einmal zum Rednerpult und ich möchte nur einen Aspekt einbringen. Also ich war auch bei dieser Veranstaltung und es geht ganz einfach um die Sorge vieler Menschen was da in nächster Zeit passiert. Und das zweite ist, ich glaube keiner hier im Haus und nicht draußen bei den Menschen, mit

denen ich gesprochen habe, ist gegen den Ausbau der GKB. Im Gegenteil, sie sehen das als wichtigen Bestandteil eines Konzeptes den Nahverkehr in Graz zu attraktivieren. Ich habe jetzt das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom Oktober 2022 nochmal durchgelesen. Wir nähern uns schon im Großen und Ganzen einer Detailplanung. Und jetzt ist es soweit, dass, wie versprochen, zugesagt, die Bürgerinnen und Bürger da auch miteinbezogen werden. Und deswegen bin ich rausgegangen und ich hoffe da auf eure Zustimmung. Danke. Schönen Abend.

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

Ja, nachdem ich auch bei dieser Infoveranstaltung war, gesehen dort auch, es war wirklich nicht sehr gelungen und ich glaube, dass man da Vieles nachholen muss, das besser machen kann. Es geht ja einfach nur darum einmal, dass die Leute informiert sind, dass sie einmal auf einen Stand gebracht werden. Ich finde, Planungsausstellungen sind grundsätzlich kein schlechtes Instrument, aber nur eine Planungsausstellung ohne eine vorhergehende Information, das hat, zumindest in diesem Fall, nicht sehr gut funktioniert. Also da geht es darum, glaube ich, insgesamt zu lernen wie man das am besten macht. Was insgesamt natürlich schon wichtig ist, dass ist jetzt eh noch einmal angeklungen. Ich glaube, dieser Ausbau der GKB, es geht darum eigentlich verkehrlich, dass man dort einen 15-Minuten-Takt in Zukunft fahren kann, dass man eben attraktive S-Bahn-Verbindungen auch von der Weststeiermark nach Graz herein hat oder auch die S-Bahn in diesem Bereich stadintern nutzen kann, was ja bisher auch noch sehr wenig passiert. Also da ist ein sehr großes Potential eigentlich für den öffentlichen Verkehr, dass die Menschen dann eben wirklich mit dem Zug in die Stadt kommen und auch wieder hinaus. Und, ich glaube, unter der Prämisse kann man das sehen und dann kann man schauen was man da verbessern kann, auch im Kontext, im Dialog mit den Menschen vor Ort. Danke.

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Dem Vernehmen nach wird das etwas werden. Freut mich. Ich glaube wir sind es den Bürgern schuldig. Die erste Veranstaltung war, wie es ganz richtig gesagt worden ist, wenig gelungen. Das können wir aber nachholen und danke für die Zustimmung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**8.10 1. Grazer Stadtbaum
(GR Mag. Philipp Pointner, Neos)**

GR Mag. **Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen. Es geht um den Baum, der Stadtbaum. Wir haben heute schon über Stadtbaum im Allgemeinen geredet und auch vieles Gutes beschlossen, was da passieren wird. Aber jetzt geht es um einen Signature Tree, wenn ich das einmal so formulieren darf. Und es geht in zwei Richtungen in meinem Antrag. Es geht in einer Hinsicht um eine klimafitte Innenstadt und auch um eine lebenswerte und wirtschaftlich aufgewertete Innenstadt. Und da brauchen wir kurz-, mittel- und langfristige Strategien. Kurzfristige Maßnahmen finden ja statt, wie zum Beispiel jetzt in der Wirtschafts- und Förderungspolitik, zum Beispiel bei den Hilfen für Unternehmer:innen bei Großbaustellen. Mittelfristig brauchen wir Maßnahmen, um die Attraktivität der Innenstadt als Standort weiter zu steigern, gute Verkehrskonzepte nenne ich da, bis hin zu einem funktionierenden und mit ausreichenden Mitteln ausgestatteten Citymanagement, damit wir mehr Außenwirkung generieren und Unternehmen anlocken, die sich hier ansiedeln wollen in der Innenstadt. Und dann gibt es die längere Sicht, und die ist, glaube ich, auch bei allen unbestritten, die Innenstadt muss grüner werden, weil ich habe, glaube ich, nicht

als einziger den Oktober hier erlebt, der Oktober war bis jetzt, wenn man von den letzten vier Tagen absieht, ein Hitzemonat. Wir hatten sogar im Oktober noch 30 Grad. Und da, wenn ich es zeigen darf, am Franziskanerplatz vor der Kirche, zu spielen auf einem Kinderspielplatz, ist eigentlich fast unmöglich und im Sommer halte ich mich dort nicht gerne auf, auf einem Asphalt wo man ein Spiegelei braten kann. Das heißt, was vorher bei dem Stück nicht besprochen worden ist, ist das Kernthema worum es in der Innenstadt gehen muss, und in der ganzen Stadt gehen muss, es ist Entsiegelung. Wir müssen kühler werden. Es ist Entsiegelung, es ist mehr grün auf Achsen, die bis jetzt vernachlässigt sind. Und das ist die Stadtallee, die wir seit Jahren fordern. Eine Stadtallee vom Hauptbahnhof über die Annenstraße hinunter, Hauptplatz, Herrengasse, bis zum Jakominiplatz. Die schönste Flaniermeile Österreichs. Und dafür steht jetzt die Pflanzung dieses Stadtbaumes. Der Stadtbaum soll der erste Baum dieser Stadtallee sein, die die Innenstadt attraktiviert und auch wieder lebens- und bewohnenswert machen soll, nebst vielen Maßnahmen, die wir da anzugehen haben. Wie soll das ausschauen? Natürlich mit Bäumen, die wir auswählen aus einer Liste förderbarer Bäume. Es wächst ja nicht mehr alles bei den derzeitigen klimatischen Bedingungen. Wir steuern ja, wenn ich es so sagen darf, wenn es so weitergeht, und das wird es, in Richtung Savannenklima zu. Das Wiener Becken ist quasi ausgetrocknet. Dort verenden, wenn ich so sagen darf, die Föhren. Föhren, eigentlich ein robuster Baum. Wir brauchen alle nur mehr Kastanien in der ganzen Stadt anschauen. Kastanien verfärben sich nicht mehr, ich kenne sie noch, Kastanien verfärben sich gelb. Das gibt es nicht mehr, die sind weg. Das heißt, wenn wir neu begrünen, dann müssen wir förderbare Baumarten wählen und dann müssen wir natürlich im besten Falle schon größere Bäume wählen, die selbstverständlich nach dem Stockholm-System zu pflanzen sind, damit wir auch nachhaltig etwas davon haben.

Also die allseits beliebten Trogbäume werden keine wirklich gute nachhaltige Stadtallee formen. Ein kleiner Hinweis und eine kleine Anregung, nämlich der Finanzierbarkeit, eine Idee wäre ein Modell der Baumpatenschaften, schon für diesen Baum bzw. dann auch für andere Bäume der Stadtallee. Ich würde mich sehr freuen, wenn diese ganzen Gedanken ihre Zustimmung finden würden als Ergänzung zu dem

heute beschlossenen Stück. Entsiegeln wir Graz, gehen wir es an, endlich mit der Stadtallee in Richtung schönste Flaniermeile, schönste Innenstadt Österreichs. Ich bitte wirklich herzlichst um Zustimmung und möglichst breite. Danke schön.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Baustellensituation in der Grazer Innenstadt dominiert mittlerweile seit vielen Monaten die politische Diskussion in unserer Stadt. Neben leeren Fördertöpfen, politischen Schuldzuweisungen und Demonstrationen bleibt nur mehr wenig Raum, um über die Perspektiven und Potenziale der Grazer Innenstadt zu diskutieren. Zudem heizt der Klimawandel die Innenstadt immer weiter auf, was vor allem die Aufenthaltsqualität im Sommer stark negativ beeinflusst. Passiert weiterhin nichts bzw. zu wenig, wird die Grazer Innenstadt einen irreparablen Schaden davontragen, von dem vor allem die Innenstadtwirtschaft betroffen sein wird. Um das abzuwenden, braucht es jetzt geeignete kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen, damit die Grazer Innenstadt künftighin gut begleitet und zukunftsfit umgestaltet werden kann.

Kurzfristige Maßnahmen betreffen dabei vor allem die Wirtschafts- und Förderungspolitik der Stadt Graz. Hierbei ist federführend die Wirtschaftsabteilung gefordert, um allen Unternehmer:innen rasch jene Hilfe zukommen zu lassen, die sie wegen der Auswirkungen der aktuell immer noch laufenden Megabaustelle zur Innenstadtentlastung brauchen. Mittelfristig braucht es Maßnahmen, um die Attraktivität der Innenstadt als Standort weiter zu steigern, beginnend bei geeigneten Verkehrskonzepten bis hin zu einem funktionierenden und mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestatteten Citymanagement.

Und auf längere Sicht gesehen, muss die Innenstadt "grüner" werden. Das bedeutet: es braucht mehr Grünraum mit klimawirksamen Bäumen, Dachbegrünung, kühlende Wasserflächen, Parks, etc. - nur so wird die Innenstadt in immer heißeren und trockeneren klimatischen Bedingungen lebenswert bewohnbar bleiben.

Weil Bäume viele Jahre benötigen, um zu wachsen und damit klimawirksam zu werden, fordern wir NEOS seit langem eine Stadtallee, die vom Jakominiplatz über die

Herrengasse und die Annenstraße bis hinaus zum Hauptbahnhof führt. Damit wollen wir ein erträgliches Klima für die Zukunft schaffen und die Grazerinnen und Grazer zum Verweilen einladen. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Grazer Innenstadt das Potenzial hat, zur schönsten Flaniermeile Österreichs zu werden. Doch bis heute hat sich diesbezüglich nichts getan. Es braucht jetzt endlich die ersten Schritte, damit die Grazer Innenstadt eines Tages klima- und damit zukunftsfit sein wird. Aus Sicht von uns NEOS gilt es keine Zeit mehr zu verlieren.

Beginnen wollen wir mit der Pflanzung des 1. Grazer Stadtbaumes. Dieser Baum soll nicht nur als Symbol für ein klimafittes Graz stehen, sondern auch der erste Baum der gerade erwähnten Stadtallee sein. Dieser Stadtbaum soll zwischen Kapistran-Pieller-Platz, Franziskanerkirche und Erzherzog-Johann-Brücke stehen und eine vielseitige Funktion im Rahmen der städtischen Entwicklung übernehmen. Er wird nicht nur als ästhetisches Element dienen, sondern auch maßgeblich zur Verbesserung der städtischen Umweltqualität beitragen. Als erster Baum der Stadtallee stellt er in seinem Wirkungskreis Schatten bereit, reguliert das Mikroklima, verbessert die Luftqualität durch die Aufnahme von Schadstoffen und schafft einen einladenden öffentlichen Raum um sich herum, der den Grazerinnen und Grazern als Treffpunkt und Platz der Erholung dienen soll.

Die Auswahl des Baums soll mit Einbezug der „Liste förderbarer Baumarten“ erfolgen. Damit wird sichergestellt, dass er den örtlichen klimatischen Bedingungen entspricht und in das städtische Umfeld integriert werden kann. Überlegt werden soll, ob nicht gleich ein „größerer“ Baum umgepflanzt werden kann. Außerdem sollen die Grazerinnen und Grazer in Form von Baumpatenschaften bei der Pflanzung des Stadtbaumes und künftig bei der Schaffung der Stadtallee miteinbezogen werden. Diese Form der engagierten Beteiligung trägt dazu bei, Graz gemeinsam zu einem attraktiveren und lebenswerteren Ort für die Zukunft umzugestalten und unterstreicht unser Engagement für eine nachhaltigere Zukunft.

Darüber hinaus kann der gegenwärtige Antrag als Ergänzung des GR-Stücks „Grazer Stadtbaum – Baumpflanzungen im Grazer Stadtgebiet“ (GZ: 053647/2020/0010 und GZ: A8-205500/2022-47) gesehen werden. Denn möchte sich unsere Stadt wirklich zu

einer klimafitten Stadt der Zukunft weiterentwickeln, müssen jetzt versiegelte Flächen aufgebrochen und neuer Grünraum geschaffen werden. In Punkt B des angeführten Gemeinderatsstückes wird von Baumpflanzungen und Baumstandortverbesserungen im öffentlichen Straßenraum gesprochen. Leider fehlen in der dortigen Auflistung der ausgewählten Standorte sowohl Jakominiplatz, Herrengasse, Hauptplatz, Murgasse als auch die Annenstraße - zusammengefasst die beiden größten Einkaufsstraßen der Stadt. Doch gerade hier sind im Sinne der Weiterentwicklung und Attraktivierung des Standortes jene Maßnahmen umzusetzen, die die Grazer Innenstadt endlich klima- und damit zukunftsfit machen.

Daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie und bis wann die Umsetzung des 1. Grazer Stadtbaumes gemäß des Motivenberichtes erfolgen kann und wie hoch die Kosten dafür wären.

Über das Ergebnis der Prüfung sollen die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung sowie der Antragsteller bis spätestens im Jänner 2024 informiert werden.

GRⁱⁿ Dipl.-Ing.ⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Liebe Alle, liebe Stadtregierung. Lieber Philipp, vielen Dank für den für uns natürlich immer willkommenen Antrag. Wenn es Bäume geht, da haben wir natürlich eine offene Seite, ganz klar. Ich bin auch sehr beeindruckt von den Visualisierungen die im Zuge dessen, sozusagen, auch aufgetaucht sind. Sie zeigen sehr schöne Bilder, Animationen, das sind Visualisierungen, die, also ich weiß wie einfach die gemacht werden können, es ist kompliziert sie zu machen, das muss man sagen, es ist aufwendig. Ich meine einfach in dem Sinne, dass man sich vorstellt wie das ist mit

diesen Bäumen die man überall setzen kann. Was dabei nicht beachtet wird ist die Frage was brauchen Bäume? Also wenn wir wollen, dass die Bäume zu unseren Begleitern werden in den nächsten Jahren, uns anzupassen an die Klimaerwärmung... Du hast schon Klima erwähnt und du hast von der Trockenheit gesprochen und du hast der Wärme gesprochen. Die Möglichkeiten dem entgegen zu gehen oder dem entgegen zu wirken ist zum Beispiel das Stockholm-System. Jetzt ist aber die Frage, wo geht das mit dem Stockholm-System, es ist durchaus nicht so einfach. Die Idee gibt es ja schon länger, die Herrengasse, die Annenstraße zu begrünen. Es ist nicht so, dass die Verwaltungen sich nicht damit beschäftigt hätten, aber es gibt einfach Probleme dahingehend, dass dort zum Teil der Raum fehlt für die Wurzeln der Bäume. Und es ist einfach eine Realität, die natürlich in der Animation nicht wesentlich ist, aber in der Durchsetzung und Umsetzung sehr wohl. Ich möchte auch da noch einmal erwähnen, es passiert im Moment sehr viel hinsichtlich der Stadtbäume. Es wurden 2022 794 Bäume im Grazer Stadtgebiet gesetzt, gepflanzt. Für das Jahr 2023 können wir schon feststellen, dass es 860 Stück sind die gesetzt werden oder gepflanzt werden. Und 60 Bäume werden als Baumpatenschaften teilfinanziert. Die Idee ist sehr interessant die du einbringst und es gibt schon bereits eine Initiative, die Grünrauminitiative Graz, die hat schon einmal hier eine Veranstaltung gemacht. Es gibt immer wieder Gespräche mit der Judith, mittlerweile auch mit der Stadtverwaltung. Also da läuft relativ viel und es gibt ein Konzept oder es wird gerade ein Konzept erarbeitet, wie Bürger:innen investieren oder teilhaben können, auch finanziell, an der Schaffung oder an der Pflanzung von Bäumen. Ich möchte aber in dem Zusammenhang noch einmal auf diese Idee der Stadttallee zurückkommen. Das ist tatsächlich die schönste Flaniermeile von Graz. Was ich jetzt sozusagen aus der stadtplanerischen Sicht schon anmerken muss ist, dass hier eine Achse sozusagen gewählt wird, die an und für sich von sich aus, also die Herrengasse, die funktioniert natürlich sehr gut als Straße. Da leiden die Wirtschaftstreibenden nicht allzu sehr, das ist Bestlage in Graz. Und gerade dort ist es so schwierig, dass, was man sich an Begrünung wünscht, begrünte Gleiskörper zum Beispiel oder auch Bäume, gesetzt entlang der Gleiskörper, das bringt ziemlich viel Probleme. Es ist ein Problem zum Beispiel der Befahrbarkeit. Also wie können

Einsatzfahrzeuge oder Lieferfahrzeuge überhaupt sich bewegen dann in dieser Straße. Auch ist die Barrierefreiheit plötzlich nicht mehr gegeben. Also das sind alles Punkte, die sind zu bedenken, wenn man solche Ideen entwickelt. Sie schauen wunderbar aus, sie treffen uns in unserem Wunsch nach mehr grün, aber die Realität der Umsetzung ist noch einmal eine weitere und die muss zu bedenken sein. Demgegenüber, muss man sagen, dass jetzt, in der jetzigen Phase, von der Grünraumabteilung, jede Baustelle oder jeder offene Bereich, aufgerissene Pflasterbereich, Asphaltbereich, dazu genutzt wird das zu prüfen, ob man Bäume setzen kann und es wird in jedem Fall immer versucht das auch dazu zu nutzen für Baumpflanzungen. Insofern sehen wir die Dringlichkeit nicht wirklich gegeben, obwohl diese Ideen sehr, sehr schön sind, auch diese Flaniermeile ist eine sehr exklusive Sicht und betrifft eigentlich nur eine Achse in der Stadt. Wir sind der Auffassung, dass man viel mehr in die Breite denken muss. Das wird auch in der Stadtplanung empfohlen, dass man sozusagen nicht sich konzentriert nur auf die Ausformung einer einzigen Achse, sondern es wichtig breitere Felder und Umfeld miteinzubeziehen. In dem Sinn können wir der Dringlichkeit nicht zustimmen.

GR Mag. **Pointner:**

Ich lasse mich gerne überraschen, aber ich habe da ein sehr ungutes Gefühl. Deswegen melde ich mich jetzt schon. Es ist für mich frappierend, wie eine Sprecherin der Grünen sich so vehement gegen ein grünes Thema einsetzen kann. Ist ganz erstaunlich. Und eigentlich nicht darauf eingeht, dass wir einmal den einen Platz entsiegeln, sondern sich in Ausreden flüchtet, die ich seit Jahren jetzt höre, es sind zwei Jahre. Natürlich geht es, wenn man will. Selbstverständlich. Und ich bin die ganze Innenstadt abgeklappert und habe mit den Unternehmer:innen gesprochen. Und ich habe keine Unternehmer:in gefunden, die nicht begeistert gewesen wäre von der Idee. Also es wäre eigentlich eine Verpflichtung das einmal anzugehen und das zu attraktivieren. Und in die Breite gehen, ja gerne, aber gibt es die Innenstadt nicht? Hat die keine Relevanz? Sie ist sehr relevant, sie ist der Brennpunkt, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. Es ist der Hotspot. Dort ist es am heißesten. Und dort tun wir nichts? Und ich kenne das von Wien aus der

Mariahilfer Straße. Mein Gott, was war das für ein Geschrei. Das geht nicht, das ist furchtbar, grauenvoll. Heute sind sie froh. Wir haben 30 Jahre alte Bäume dort und es funktioniert fantastisch. Und so würde auch die Annenstraße funktionieren, so wird die Herrengasse funktionieren, so funktioniert der Hauptplatz. Man muss es nur wollen. Und ich kann echt noch einmal nur plädieren, stimmen sie dem endlich zu, wenigstens einmal den einen Baum. Wenn es eh schon die Patenschaften gibt und wenn sie eh schon alles machen. Dann machen Sie das halt mit. Vielen Dank.

Die Dringlichkeit wurde abgelehnt (gegen ÖVP, Neos).

8.11 Grazer Schilderwald von Experten durchforsten lassen (GR Günter Wagner, FPÖ)

GR Wagner:

Hoher Gemeinderat. Richtig. Der Kollege Pointner war gerade beim Baum, ich gehe es ein bisschen größer an, ich gehe zum Wald. Aber wie man mich kennt wird es auch nicht der Wald sein mit den Bäumen, in dem ich mich sehr gerne aufhalte, sondern es geht um den Schilderwald, der halt in einer Stadt nach und nach entsteht und den natürlich meistens keiner so plant. Durch Baustellen, durch Veränderungen kommt es dann teilweise, ab und zu, zu sehr kuriosen Dingen. Mir fällt das immer wieder einmal auf wenn man unterwegs ist. Man denkt sich nicht viel. Diesmal hat Der Grazer wieder etwas aufgeworfen und dieser Bericht war dann auch schlussendlich für mich der Beweggrund, zu sagen, okay, dann muss man das vielleicht wieder einmal durchschauen, durchforsten, um da diese unklaren Beschilderungen, zusätzliche Beschilderungen, die man nicht braucht, ein bisschen ausmisten und das ordentlich gestalten, um einfach übersichtlich zu bleiben. Eines ist ganz klar, wir brauchen die Verkehrsregeln und wir brauchen die Schilder, gar keine Frage, aber wir haben ja

relativ lange ein gutes Beispiel gehabt da am Liebenauer Gürtel, wo, ich glaube, 6 Geh- und Radwegschilder immer durch ein paar Meter getrennt aufgestellt waren, das macht dann schon ein kurioses Bild. Das ist inzwischen gelöst. Aber wahrscheinlich gibt es derer Fälle sehr viele und genau deshalb auch mein

dringlicher Antrag,

den ich jetzt gleich so einbringe:

Die zuständige Stadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert,

1. gemeinsam mit den zuständigen Stellen des Magistrates, im eigenen Wirkungsbereich natürlich, eine Evaluierung der Notwendigkeit der ausgeschilderten Gebote und Verbote an Grazer Straßen durchzuführen,
2. gegebenenfalls eine Reduzierung von nicht notwendigen Verkehrstafeln anzustrengen und
3. dem Gemeinderat darüber dann zu berichten.

Bitte um Annahme. Danke.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Das steigende Verkehrsaufkommen der letzten Jahrzehnte auf Österreichs Straßen, die Erhöhung des Durchschnittsalters der Straßenbenützer und eine immer stärker werdende Informationsüberflutung im Alltagsverkehr führen zu einer rasant ansteigenden Komplexität für sämtliche Verkehrsteilnehmer. Aufgrund dessen kommt den Verkehrsleiteinrichtungen sowie der Straßenbeschilderung eine immer wichtiger werdende Bedeutung zu. Damit diese Klarheit im Straßenverkehr schaffen können, muss ein besonderes Augenmerk auf die Lesbarkeit und Sinnhaftigkeit gelegt werden.

Tatsächlich wird der Straßenbenützer mit einer oftmals unübersichtlichen Situation konfrontiert. Nicht nur bei hohen Geschwindigkeiten ist aufgrund der Fülle an Straßenschildern ein schnelles Erfassen der Regelungen schwierig, auch in Ortsgebieten

stößt der Lenker eines Fahrzeuges häufig an die Grenzen des Zumutbaren, wenn es um das ganzheitliche Verstehen der Straßenverkehrsvorschriften geht.

Beispiele für eine derartige Schilderflut gibt es zur Genüge. So berichtet die „Kleine Zeitung“ bereits im Oktober 2018 über den Teilbereich des Liebenauer Gürtels, auf welchem sechs Geh- und Radweg Schilder hintereinander montiert waren – jeder Teilbereich des Radweges war nur wenige Meter lang. Ein Umstand, der erst durch die vor wenigen Wochen in die Wege geleitete Sanierung des Straßenstückes behoben werden konnte.

(Quelle:

https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/5518491/Ausnahmesituation_Schilderwald-in-Graz_Die-kuerzesten-Rad-und)

Ähnlich irritiert dürften Verkehrsteilnehmer am Grazer Hauptbahnhof sein. Auch dort ist die Beschilderung des Radweges keinesfalls eindeutig, wie eine aktuelle Reportage des „Grazer“ aufzeigt. In der Innenstadt ist es die Beschilderung der Fußgängerzone und die damit verbundenen Ladezeiten, die bei den Autofahrern Fragezeichen hinterlassen dürfte. (Quelle: „Grazer“, Ausgabe vom 1. Oktober 2023, Seite 12)

Dabei ist eine Durchforstung der Straßenschilder im Sinne der Verkehrssicherheit sogar von Experten angeraten. Bereits 2018 berichtete der „ORF Steiermark“ in Zusammenhang mit einer Initiative der Freiheitlichen auf Landesebene beispielsweise folgendes: „Kurt Fallast vom Institut für Straßen und Verkehrswesen an der Technischen Universität Graz und Geschäftsführer des Ingenieurbüros Planum hält nicht wenige Verkehrsschilder für überflüssig - sie würden den Verkehrsteilnehmer nicht nur ablenken, ,er wird manchmal durch Verkehrsschilder entmündigt und verlässt sich eigentlich immer darauf, wenn es wo gefährlich oder unübersichtlich wird, dann gibt es ohnehin ein Schild. Also da ist eine Durchforstung ganz sicher sinnvoll.‘ Laut Fallast gibt es auch Verkehrsschilder, die gar nicht mehr der Verordnung entsprechen, etwa wenn sie nach einer Baustelle nicht wieder an der richtigen Stelle aufgestellt wurden und: ,Viele Halteverbote, Parkverbote, Ladetätigkeiten sind oft nachträglich mit irgendwelchen Zusatzschildern versehen worden, das betrifft weitgehend das Gemeindestraßennetz.“ (Quelle: <https://steiermark.orf.at/v2/news/stories/2939316/>)

Verkehrstafeln sollten den Sinn haben, ein geordnetes Befahren der Straßen sicherzustellen. Wenn jedoch die Straßenbenutzer mit einer oftmals unüberschaubaren Situation, ausgelöst durch eine Vielzahl an Schildern, konfrontiert werden, kann genau das Gegenteil passieren und es zu einer Ablenkung kommen. Um dem entgegenwirken zu können, ist es notwendig, einfache und übersichtliche Situationen auf Österreichs Straßen zu schaffen. Auch seitens der Stadtregierung sollte eine Durchforstung des Schilderwaldes in der Landeshauptstadt angestrebt werden, um in einem weiteren Schritt die Veränderungen von Verkehrsleiteinrichtungen in die Wege leiten zu können.

Namens des Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständige Stadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, innerhalb des eigenen Wirkungsbereiches

- gemeinsam mit den zuständigen Stellen des Magistrates eine Evaluierung der Notwendigkeit der ausgeschilderten Gebote und Verbote an Grazer Straßen durchzuführen,*
- gegebenenfalls eine Reduzierung von nicht notwendigen Verkehrstafeln anzustrengen und*
- dem Gemeinderat darüber Bericht zu erstatten.*

GRⁱⁿ Pogner:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung. Ich habe vor vier Jahren bereits einen ähnlichen Antrag eingebracht bezüglich der Überschilderung in Graz und

wer schon einmal bewusst durch Graz gefahren, mit was auch immer ist, bzw. gegangen ist, dem wird diese Überschilderung auch aufgefallen sein. Zum einen führt es zu einer Informationsüberlastung und zum anderen beeinflusst es auch den Fließverkehr, könnte sein. Es hat natürlich auch ästhetische Aspekte für eine Stadt und es kann sich auch negativ auf ein Stadtbild zum Beispiel auswirken. Oder, von den ökonomischen Auswirkungen her, eine Herstellung und Entsorgung hat ja gewisse Auswirkungen in dem Fall. Ich möchte aber auch ein konkretes Beispiel für so etwas bringen. Ich bin jetzt, ich glaube gestern war das, auf einer Stelle vorbeigekommen, vor einer unübersichtlichen Kurve, und ihr seid wahrscheinlich alle Führerscheinbesitzer:innen und wisst ganz genau, nehme ich an, dass man vor einer unübersichtlichen Kurve nicht halten und nicht parken darf. Aber es kommt sehr oft vor, dass genau in diesen Bereichen zum Beispiel ein Halteverbot-Anfang steht und ein Halteverbot-Ende. Das kann jetzt zu einer Irreführung insofern führen, weil wenn das Halteverbot-Ende ist, dann glauben manche Autofahrer vielleicht, die nicht mehr so versiert sind mit den ganzen Führerscheinregeln, sie dürfen dort ihr Fahrzeug abstellen. Dem ist aber nicht so, weil eben in einer unübersichtlichen Kurve das Halten und Parken sowieso verboten ist. Und deshalb werden wir natürlich der Dringlichkeit zustimmen, nicht nur, weil ich das schon einmal eingebracht habe, sondern, weil ich auch wirklich die Notwendigkeit darin sehe. Dankeschön.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Das mit dem Schilderwald, das ist interessant. Auf der einen Seite haben wir tatsächlich zu viele. Jeder, der mit dem Fahrrad oder mit dem Auto, wie immer, unterwegs ist, weiß eigentlich genau, dass man auf Sicht fahren sollte und nicht so viel auf Schilder, umgekehrt wird das sehr oft eingefordert. Vorgestern, ich kann mich noch gut erinnern, war es schon finster, da bin ich mit dem Auto in der Nacht unterwegs gewesen und wollte parken, sehe eine große freie Parkfläche, und 2 Tafeln und da dachte ich mir, das muss der Grund sein, dass da niemand steht. Und dann schaue ich genauer hin, weil sonst war alles zu, ist das eigentlich schon seit 2 Tagen abgelaufen

und keiner hat sich getraut sich hinzustellen. Also es haben die Schilder natürlich auch eine Wirkung. Ich habe mich dann hingestellt, weil es natürlich schon abgelaufen war, wo kein Strafzettel zu erwarten war.

GR Dr. **Hackenberger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer. Zugegeben, manchmal hat man den Eindruck, man ist in Schilda vor lauter Schilder. Und das Beispiel der Liebenauer Tangente ist auf der einen Seite ein sehr anschauliches Beispiel oder war ein sehr anschauliches Beispiel dafür, aber auf der anderen Seite unterliegen wir halt einer Gesetzeslage und das Straßenamt kann es sich nicht einfach aussuchen ob sie jetzt zwei oder sieben Schilder aufstellen, weil, wenn nämlich der Fahrrad- oder Gehweg zu Ende ist, dann besteht die Verpflichtung, dass auch entsprechend durch Straßenverkehrszeichen zu kennzeichnen, und wenn es drei Meter weiter wieder anfängt, dann ist das nächste Straßenverkehrszeichen fällig und das kann man sich eben nicht aussuchen. Deswegen ist, glaube ich, Vorsicht geboten, wenn man ohne eine genauere Prüfung irgendwelche Missstände festzustellen glaubt, weil sehr oft dahinter Verpflichtungen aus der Straßenverkehrsordnung stehen. Das vermisse ich in dem Antrag, die Beschäftigung mit dieser Frage, weil ich sehr stark vermute, dass das allermeiste davon, was im Grazer steht, oder sonst jemand irgendjemand einem Medium gesagt hat, dass es dem am Hintergrund mangelt. Der Herr Professor Fallast ist ein honorierter Universitätsprofessor in Rente. Der aber nicht Jurist ist, und dem man daher diesbezüglich da keine besondere Glaubwürdigkeit in diesen rechtlichen Dingen genießt. Fragt man beim Straßenamt nach, bekommt man gesagt, dass es auch gegenläufige Tendenzen gibt, nämlich viele Leute, die sich darüber beschwerten, dass sie beispielsweise in Straßen, die nicht vier Spuren aufweisen, wenn auf einer Seite Autos stehen, wenn die sich auf der anderen Seite hinstellen, dass sie dann ein Strafmandat bekommen, weil die StVO nun mal sagt, dass man nur so parken darf, dass noch 2 Fahrstreifen übrigbleiben. Oder dass es viele Menschen gibt, die sich über

fehlende 30-er Tafeln beschweren, was man durchaus nachvollziehen kann, auch wenn man denen zu recht sagen kann, naja, in Graz haben wir ein flächendeckendes Tempo 30 für Nachrangstraßen, daher bedarf es gar keiner Tafeln. Das Straßenamt ist, soweit mir das bekannt ist, bemüht, diese Dinge abzustellen soweit wirklich ein Wildwuchs da ist. Und ich glaube, dass es nicht notwendig ist, beim Straßenamt noch für mehr Arbeit zu sorgen oder irgendeine eigene Einrichtung zu kreieren um Wildwuchs abzustellen, von dem wir eigentlich noch gar nicht wissen ob es diesen überhaupt gibt. Wir werden daher der Dringlichkeit nicht zustimmen.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat, lieber Antragsteller. Ganz kurz zu der Thematik mit den Schildern. Ich hoffe aber, bei der Gelegenheit, räumt man nicht nur mit den Schildern auf die obsolet sind, sondern auch mit den Schildern, die wirklich grobe Fehler auf der Beschilderung beinhalten. Der Ausgangspunkt für diesen Antrag vom Kollegen Günter Wagner war ja der Bericht rund um dieses verunglückte Schild, was diesen Sportplatz betrifft in Lend, wo auf einer kurzen Tafel unzählige falsche Formulierungen, unzählige Rechtschreibfehler zu finden sind. Diese Tafel steht leider nach wie vor dort. Es ist wirklich beschämend und ärgert mich. Ich gebe zu bedenken, auch wenn man diesen Schilderwald durchforstet, dass in Graz noch sehr, sehr viele, ich sage bei Anrainern sehr beliebte, Beschilderungen gibt was das Fahrverbot - ausgenommen Anrainerverkehr betrifft. Da gibt es noch sehr, sehr viele Tafeln, die noch nicht entsorgt worden sind. Wenn diese, im Zuge dieser Durchforstung, entfernt werden, ja dann gibt es, sage ich, massive Beschwerden der Anrainer, weswegen wir da aus Vorsicht dagegen stimmen werden. Aus diesem Grund. Weil wenn diese Anrainer bemerken, dass wieder Schilder wegkommen, ich habe das damals erlebt in Kirchweg, am Kalvarienweg, das hat dazu geführt, dass dort die Beschwerden massiv geworden sind, früher Fahrverbot – ausgenommen Anrainerweg, jetzt Durchzugsstraße, Umfahrung der Augasse, ein massives Problem geworden. Und deswegen sprechen wir

uns da dagegen aus, wiewohl es sicher sehr, sehr viele Schilder gibt, die einfach widersinnig sind oder die einfach fehl am Platz sind. Vielen Dank.

StR Hohensinner:

Weil der Herr Gemeinderat Klubobmann Pascuttini den Street-Workout-Park im Bezirk Lend angesprochen hat. Ich habe mich da auch erkundigt. Weil der Thomas Rajakovics ist ja ein sehr guter Rechtschreiber, das ist vom Hersteller des Parks aufgestellt worden und wir sind da auch dahinter, dass diese Tafel entfernt wird. Also das hat mit dem Sportamt nichts zu tun. Das möchte ich nur festhalten.

Bgm.ⁱⁿ Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner:

Eine Ergänzung zum Gesagten. Also es waren einige Beispiele genannt, wo es natürlich vielleicht notwendig ist und man das Gefühl es sind zu viele Schilder. Ich weiß vom Straßenamt, ich habe auch nachgefragt, immerhin, es ist ja eine Behörde, das heißt die sind ja auch verpflichtet gewisse Schilder stehen zu lassen, aber es passiert regelmäßig so eine Art Evaluierung. Das ist das eine. Das zweite wäre wirklich eine Frage wie geht man methodisch vor die ganze Stadt zu durchforsten wie die Schilder sind. Ich würde eher vorschlagen, wenn solche Dinge auffallen, bitte einfach auch, Sie sind bei der Exekutive, wenn das auffällt, kann man das einfach der Behörde melden, wenn ein falsches Schild im Straßenraum angebracht ist. Und auch alle anderen sind herzlich eingeladen das einfach zu melden ans Straßenamt. Und dann wird man sich das anschauen und gegebenenfalls entfernen.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich kann das aus den fünf Jahren fürs Straßenamt der letzten Periode nur bestätigen. Das wird tatsächlich so gemacht. Das wird ja wirklich evaluiert. Und Sie wissen selber, die Kollegen und Kolleginnen im Straßenamt, wenn man irgendeine Meldung schickt,

sind sie eigentlich sofort bemüht das auch zu erledigen. Und dafür muss man auch danken, weil das ist nicht wenig Aufwand was da sowieso immer konstant betrieben wird.

Die Dringlichkeit wurde abgelehnt (gegen ÖVP, FPÖ, Neos, Lohr).